4° So 576 a

Jahresverzeichnis der im „O.-H." erschienenen Aufsätze (15. Jahrgang) 1935.

Ausland.

Nr.

Schweden.

Die erste Sitzung der deutschen Handelskammer in Schweden (Dr. Schrader) 11
Der deutsch-schwedische Handel (Dr. Schoene) . . . 11
Schwedens jetzige Wirtschaftslage und Außenhandelsbeziehungen (Freiherr v. Siernstedt) 21

Norwegen

Drontheims Handel und Schiffahrt 7
Pioniere der Holzindustrie (H. Kiaer) 23

Dänemark.

Dänemark (Dr. Zadow) 21

Memelgebiet.

Die deutsche Kaufmanns- und Handelsstadt Memel (H. Bergmann) 23

Lettland.

Die Wirtschaftslage Lettlands im Jahre 1934 4
Ausländisches Kapital in den Aktiengesellschaften Lettlands 12
Der Warenausgleich zwischen Lettland und Deutschland (N. Ozolins) 15

Estland.

Die Wirtschaftslage in Estland 12

Finnland.

Fortschreitende Industrialisierung Finnlands 5
Ein Ueberblick über die Wirtschaft Finnlands im ersten Vierteljahr 1935 12
Der Außenhandel Finnlands im ersten Halbjahr 1935 . 16
Aus Finnlands Wirtschaft 21

Polen.

Die Bedeutung des neuen polnisch-englischen Abkommens 6
Besuch der Posener Messe und des Seehafens Gdingen 10
Der Außenhandel Polens im ersten Halbjahr 1935 . . 15

Rußland.

Die neuen Wirtschaftsvereinbarungen zwischen Deutschland und Rußland (Dr. Dieckmann) 9
Rußlands Außenhandel im 1. Halbjahr 1935 17

Uebriges Ausland.

Die Frage der Absatzforschung in Frankreich und Belgien (Dr. Haerecke) 5
Der nächste Handelskammerkongreß in Paris (Dr. Haerecke) 9
Entwicklung und Struktur der jugoslavischen Wirtschaft (Paul Voß) 19
Wirtschaftsaufbau und Wirtschaftsfragen Rumäniens (Dr. Lukas) 19
Wirtschaftssorgen der tschechoslowakischen Industrie (Dr. Nelböck) 19
Ueberblick über die gegenwärtige ungarische Wirtschaftslage (Dr. Gábor) 19

Inland.

Verkehrswesen.

Der Stettiner Hafen im Jahre 1934 1
Der Stettiner Hafen im Spiegel der Zeitwende (Dr. Dr. Krohne) 2
Reedeerei und Außenhandel Stettins (Konsul E. Gribel) 8
Der Seehafen Stettin (Dr. Krohne) 8
Der ostdeutsche Getreideverkehr (Dr. Schrader) . . 8
Die Entwicklung des ostdeutschen Wasserstraßensystems (Dr. Röpke) 8
Die Umgestaltung der Stettiner Bahnanlagen (Reichsbahnoberrat Klammt) 8
Die Linienführung und die Bauweise der Reichsautobahn in Pommern (Reichsbahnrat Echte) 8
Die westpommerschen Häfen (Dr. Palme) 9
Der Stettiner Hafen im Jahre 1934 11
Die Reorganisation der deutschen Schiffahrt (Dr. Zadow) 12
Der neue Getreideheber V der Elevatorenverwaltung der Industrie- und Handelskammer zu Stettin . . 12
Seereisen auf Stettiner Schiffen 14
Die Neuregelung des Kraftwagen-Fernverkehrs . . . 15
Verkehrsergebnisse des Stettiner Hafens im ersten Halbjahr 1935 16
Stettin—Amerika (Dr. Schrader) 17
25 Jahre Elevatorenverwaltung der Industrie- und Handelskammer zu Stettin 17
Der deutsche Osten und der Mittellandkanal (Dr. Krohne) 18
Der Stettiner Getreidespeicher 18
Die Bedeutung des Donau-Oder-Kanals (Min.-Rat Meierle) 19
Die Zukunft des deutschen Kraftverkehrs (F. Brauner) . 20

Steuerwesen.

Steuerzinsen und Säumniszuschlag 2
Umsatzsteuer und Buchführung 3
Die Einheitsbewertung der bebauten Grundstücke im Bezirk des Landesfinanzamtes Stettin nach dem Stande vom 1. Januar 1935 4
Wann kann ein Unternehmer, der zugleich Handel und Industrie betreibt, die ermäßigte Großhandelsumsatzsteuer in Anspruch nehmen? (Dr. Reiber) . 17
Der Reichsfinanzminister zur Führung des Wareneingangsbuches (Dr. Selle) 18
Die Führung des Wareneingangsbuches 22

Industrie.

Die pommersche Industrie (Direktor E. Baldermann) . 1
Die pommersche Automobilindustrie 1
Die Stettiner Schiffbauindustrie 2
Der Stapellauf der „Pommern" 3
Handwerksmäßige Müllerei und Mühlenindustrie . . . 3
Die Bedeutung der neuen Handwerks-Verordnung für Handel und Industrie 16
Entwicklung und Bedeutung der Papier- und Zellstoffindustrie des Stettiner Wirtschaftsbezirks 17
Nahrungs- und Genußmittelhandel und -industrie in Stettin 24

Großhandel.

Der pommersche Großhandel (F. Weigel) 1
Der Baustoffgroßhandel als Organ der Bauwirtschaft . . 6
Die Bedeutung der neuen Handwerks-Verordnung für Handel und Industrie 16
Der westpommersche Getreidehandel (Dr. Palme) . . 23
Nahrungs- und Genußmittelhandel und -industrie in Stettin 24

Einzelhandel.

	Nr.
Der Inventurverkauf 1935 (Dr. Hoffmann)	2
Nachwuchs im Einzelhandel (Paul Schäfer)	12
Das Recht der Ausverkäufe (Dr. Hoffmann)	12
Kraftfahrzeug-Handel und -Handwerk	20
Die Errichtung von Tankstellen (Dr. Hoffmann)	20
Tagesfragen des Einzelhandels (A. Röske)	22
Organisation des Einzelhandels (Dr. Krull)	22
Beitragsfragen der Einzelhandelsvertretung	22
Der Befähigungsnachweis im Einzelhandel	22
Aus der Tätigkeit der Handelskammer auf dem Gebiet des Einzelhandelsschutzgesetzes	22
Die Regelung der Sonderveranstaltungen im Einzelhandel (Dr. Hoffmann)	22
Die Regelung des Warenverkaufs durch Automaten nach Ladenschluß	22
Unerwünschte Beschränkungen des Wettbewerbs	22
Die Handlungsgehilfenprüfungen im Einzelhandel	22
Einzelhandel und Werbung (W. Timm)	22

Versicherung.

Zur Geschichte der Stettiner bodenständigen privaten Versicherung (E. Severus)	15

Handelskammerfragen.

Die Neuorganisation der Industrie- und Handelskammer zu Stettin (Synd. Berger)	1, 3, 7
Die Prüfungstätigkeit der Industrie- u. Handelskammer (Dr. Schoene)	3
Die Börse zu Stettin (W. Dieren)	4
Die kaufmännische Lehrlingsrolle für den Stettiner Kammerbezirk	22

Deutsches Reich im allgemeinen.

Die skandinavischen Länder und ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland (Dr. Zadow)	2+3
Devisen- und wirtschaftliche Bestimmungen für die Rückgliederung des Saargebietes (Dr. Heinemann)	5
Die Devisenbestimmungen in neuer Form (Dr. Schoene)	5
Ausfuhr tut not!	6
Bilanz der Leipziger Frühjahrsmesse 1935	7
Die Neugestaltung der Ausfuhr (Dr. Zadow)	9
Die erste Sitzung des Beirats der Reichswirtschaftskammer	18
Deutschlands Handelsbeziehungen zu Südost-Europa	19
Die Schutzmaßnahmen für die deutsche Landwirtschaft	20
Deutschlands Handelsverkehr mit den baltischen Staaten	21
Der Gesetzesschutz gegen Verschleuderung und Verschleppung bei der Zwangsvollstreckung (Dr. Wille)	23
Die Reform des Kompensationsgeschäftes (Dir. C. Blessing)	24
Die kommende Olympiade der Arbeit (L. Ost)	24

Verschiedenes.

Geleitwort (Präsident Dr. O. Lange)	1
Der Stand der Arbeitsschlacht in Pommern (Präs. Dr. Boening)	1
Der pommersche Baumarkt (W. Wussow)	1
Pommersche Straßenbauten (Dr. Treichel)	1
Jahresbilanz der Warenmärkte (Dr. Rieger)	3
Aufruf der Landesgruppe Pommern des Reichsluftschutzbundes	7
Wirksamer Selbstschutz (Dr. Lennartz)	7
Aufruf: Gebt Pflegestellen für Kinder	7
Die Ausfuhr oberschlesischer Brennstoffe (Dr. Kugler)	8
Die natürlichen Heilmittel Pommerns	10
Pommern als Reiseland	10
Franz Gribel zum 85. Geurtstage	12
Geleitwort (Gouverneur Schnee)	13
Die Bedeutung der deutschen Kolonien für die deutsche Volkswirtschaft (Dr. Schrader)	13
Die völkerkundlichen Verhältnisse der deutschen Kolonien in Afrika (Dr. Germann)	13
Die völkerkundlichen Verhältnisse in den deutschen Südseekolonien (Dr. Damm)	13
Stettiner Kaufleute als Wirtschaftspioniere in Uebersee (Dr. Schrader)	13
Chile während der Weltkrisis (Juan Theune)	13
Lebenswichtige Probleme in Honduras (Vasquez)	13
Deutsche Arbeit in Honduras — Wirtschaftsverhältnisse in Guatemala	13
Brief aus Pajapita (Guatemala)	13
Pommern als Fremdenverkehrsland	14
Die Fremdenstadt Stettin	14
Deutsche Stadt im Ostsee-Sommer: Stralsund	14
Gebundene Wirtschaft (Hans Merkel)	14
Der Lehrvertrag für kaufm. Lehrlinge (W. Dieren)	14
Lage und Aussichten an den Wertpapiermärkten (Dr. Rieger)	16
Stettin als Wirtschaftszentrum Pommerns (Präs. Dr. Lange)	17
Neues und Altes vom Arbeitsbuch (Präs. Dr. Böning)	21
Das neue Haus der Städtischen Sparkasse zu Stettin	22
Preiskampf und Welthandel (Dr. Goerdeler)	22

Książnica Pomorska
0 000031 680745

Aus der Stadtbücherei Stettin

653495

Ausgabe A VERLAGSORT: STETTIN

NUMMER 1 1. Januar 1935 15. JAHRG.

178

OSTSEE-HANDEL

Aus dem Inhalt:

Geleitwort des Präsidenten der Industrie- und Handelskammer zu Stettin
Dr. O. Lange.
Der Stand der Arbeitsschlacht in Pommern von Dr. H. Boening.
Der Stettiner Hafen im Jahre 1934.
Die pommersche Industrie von E. Baldermann.
Der pommersche Großhandel von F. Weigel.
Der pommersche Baumarkt von W. Wussow.
Pommersche Straßenbauten von Dr. Treichel.
Die Neuorganisation der Industrie- und Handelskammer zu Stettin
von Syndikus Berger.
Die pommersche Automobilindustrie.

BALTISCHER VERLAG G. M. B. H. STETTIN

4° Se 576 a

FELDMÜHLE

Wir stellen her: Zeitungsdruckpapier, Zellstoffpapiere, Tapetenrohpapier, holzfreie und holzhaltige Druck- und Schreibpapiere, Normalpapiere, Vervielfältigungspapier, Pergamentersatz, Echt Pergament, Kreppapiere für technische und hygienische Zwecke, Chromoersatzkarton, Maschinenholzkarton, Graukarton. „Heliozell", das Zellglas der Feldmühle, Feldmühle Special-Bank-Post

Lieferung erfolgt nur durch den zuständigen Handel

FELDMÜHLE,

PAPIER- UND ZELLSTOFFWERKE AKTIENGESELLSCHAFT

STETTIN

Garantiemittel 1. 1. 1934:
RM. 37 668 887.—
Große Auslandsguthaben

Schadenzahlungen
1924—1933:
RM. 85 057 754.—

National-Versicherung Stettin

Ursprung 1845

Denkbar bester Versicherungsschutz

Feuer-Versicherung

Transport-Versicherung
Unfall-Versicherung
Haftpflicht-Versicherung
Kraftfahrzeug-Versicherung
Einbruchdiebstahl-Versicherung
Wasserleit.-Schäd.-Versicherung
Reisegepäck-Versicherung
Aufruhr-Versicherung
Kombinierte Feuer- u. Einbruchdiebstahl-Haushalts-Versicherung
Lebensversicherung mit und ohne ärztliche Untersuchung
Besonders zeitgemäß: ABC-Versicherung über kleine Summen

Bezirksdirektionen in den Großstädten — Agenturen an allen Plätzen Deutschlands

Leistungsfähige Vertreter noch an allen Orten gesucht.

Hautz & Schmidt

Stettin und Hamburg

Gegründet 1872

Spedition • Lagerung • Versicherung
Spezialverkehre für Heringe, Malz, Papier, Kartoffelfabrikate, Holz, Zellulose usw.
Transporte von und nach dem Rhein, Belgien und Holland.

Eigene eiserne Leichterfahrzeuge. Eigene große, am Wasser gelegene Lagerräume.

Stettin: Hansahaus
Telegramm-Adresse: Hautzius
Fernsprecher: Nr. 35011

Hamburg: Sprinkenhof
Telegr.-Adr.: Hautzspedition
Fernsprecher: 327258

Hochofenwerk Lübeck A.-G.

Zentrale: Herrenwyk im Lübeckischen

ZWEIGNIEDERLASSUNG:

Hütte Kraft, Stolzenhagen-Kratzwieck bei Stettin

ERZEUGNISSE

Der Hochofenbetriebe:

Hämatit, Gießerei I und III, Cu-armes Stahleisen, Spiegeleisen und H-K-Sonderroheisen für Grauguß, Hartguß und Temperguß

Der Kokereibetriebe:

Koks, s. s. Ammoniak, Benzol, Teer, Pech, Anthrazenöl, Imprägnieröle, Rohnaphthalin, Rohanthrazen

Der Kupferhütten:

Elektrolytkupfer

Der Glaubersalzanlage:

Feinkristallisiertes Glaubersalz, weiß, technisch eisen-, arsen-, säure- und wasserfrei

Eisenfreies Natriumsulphat, etwa 99,8%, Na_2SO_4, Spezialmarke für die Farbenfabrikation, Wollfärbereien, Spiegelglasfabrikation

Der Zementfabriken:

Eisenportlandzement Marken „Granit", „TresTorres" und „Kraft", Tonerde-Schmelzzement Marke „Rolandshütte"

Der Zementwarenfabrik:

Zementwaren aller Art, in Sonderheit: Dachsteine, Rohre, Fußbodenplatten (Granitoid u. Terrazzoplatten), Treppenstufen, Kabelkästen, Zaunpfähle usw.

Der Wandplattenfabrik:

Wandplatten in verschiedenen Farben und Ausführungen für Außen- und Innenarchitektur

Der Schlackensteinfabrik:

Schlackensteine (Normalformat)

J. GOLLNOW & SOHN

STAHLBAU

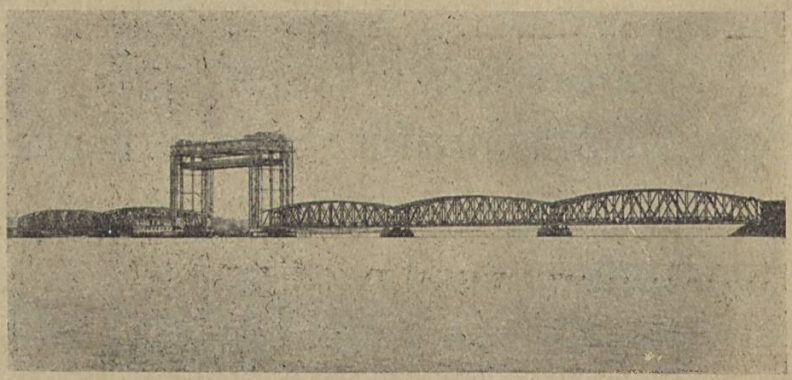
FABRIKHALLEN

KRANBAHNEN

STAHLSKELETTBAUTEN

FESTE BRÜCKEN

BEWEGL. BRÜCKEN



Ausführung von 5 Ueberbauten aus Stahl für die Eisenbahnbrücke über die Peene bei Karnin.
Gesamtlänge 308 m, Gesamtgewicht rd. 1400 t.

STETTIN

Allg. Baugesellschaft Lenz & Co.

Zweigniederlassung Stettin

Am Lenzlager 30 ▽ Fernsprecher 33496

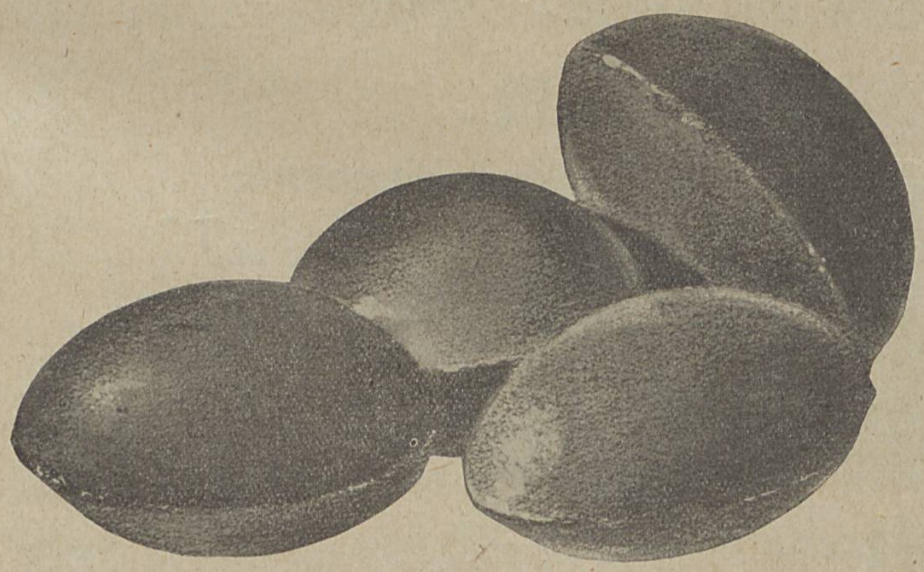
Tiefbauten, Hochbauten. Beton- u. Eisenbetonbauten

Groß-Erdbewegungen und Bauwerke für Eisenbahnen und Wasserstraßen, Talsperren, Tunnels, Straßenbauten, Betonstraßen, Fundierungen, Flußregulierungen, Deichbauten, Meliorationen, Hafenbauten, Schleusen, Felsbeseitigung unter Wasser.

Stettiner Steinkohlenbriketts

aus gewaschener oberschlesischer Flammkohle in Stettin hergestellt

als Eierbriketts (40 gr), Salonbriketts (600 gr), und 1 kg-Würfel



Größte Heizkraft, aschenarm, sauber, bequem und billig im Gebrauch. Als **Hausbrandfeuerung** für alle Öfen, für **Industriefeuerungen** als hochwertige **Bunkerkohle**

Beuthen-Stettiner Kohlen- und Brikettwerke G. m. b. H., Stettin

rechtes Oderufer

Verkaufsstelle: Oberschlesische Steinkohlengruben-Verkaufs-Ges. m. b. H., Berlin W 8, Französische Straße 60/61

Fordern Sie rechtzeitig Preisangebot ein!

Für alle:

Reiner Roggenkorn der „Sonne“

Stralsunder und Richtenberger Kornbrennereien G. m. b. H., Richtenberg

und

Spezial-Liköre der

Sankt-Vitus G. m. b. H., Deutsche Edelliköre Stettin und Richtenberg

(Tochtergesellschaften der Pommerschen Spiritus-Verwertungs-Genossenschaft e. G. m. b. H., zu Stettin)

für alle!

Das

Handelsregister

für West- und Mittelpommern

(Regierungsbezirk Stettin)

Ausgabe 1935

ist soeben in neuer Auflage **erschienen**

Das Buch enthält in übersichtlicher Anordnung die im Handelsregister eingetragenen über 6000 Firmen des Regierungsbezirks Stettin und gibt Aufschluß über Rechtsverhältnisse, Inhaber, Gesellschafter, Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder, Prokuristen, Vertretungsbefugnisse, Kapital, Geschäftszweig, Geschäftslokal u.a.m.

Herausgegeben und zu beziehen von der

Industrie- u. Handelskammer zu Stettin

Stettin, Frauenstraße Nr. 30.

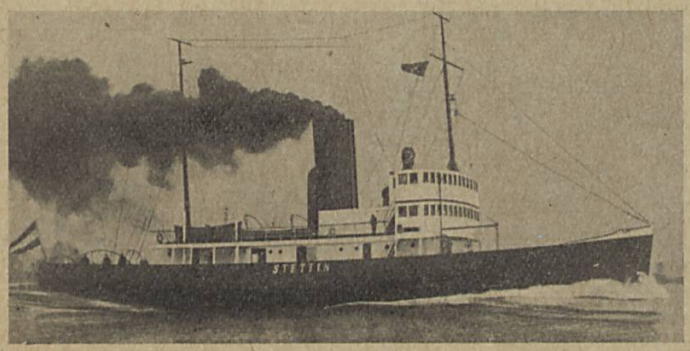
Der Preis für das mehr als 200 Seiten starke Buch beträgt

nur 3,00 Rm.

Stettiner Oderwerke

Aktiengesellschaft für Schiff- und Maschinenbau

Fernspr. Nr. 25651 **Stettin** Tel.-Adr.: Oderwerke



Frachtschiffe
Passagierschiffe
Spezialschiffe
Bagger
Dampfmaschinen
Dampfkessel
Prähme für Schwimmkrane, Elevatoren usw.

Schiffs- u. Maschinen-Reparaturen

Reparaturen für Fabriken prompt und billig

Schwimmdocks — Elektroschweisserei — Eisengiesserei

Akc. Nr. 1116

1934 Z 567

Ostsee-Handel

Wirtschaftszeitung für das Ostdeutsche Wirtschaftsgebiet und die Ostseeländer

AMTLICHES ORGAN DER INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER ZU STETTIN

AMTLICHES ORGAN DES LANDESVERKEHRS-VERBANDES POMMERN E. V.

Mitteilungen des Vereins zur Förderung überseeischer Handelsbeziehungen e. V. zu Stettin.
Mitteilungen des Deutsch-Finnländischen Vereins e. V. zu Stettin.
Mitteilungen der Deutsch-Schwedischen Vereinigung zu Stettin.
Mitteilungen des Großhandelsverbandes Stettin e. V.
Mitteilungen des Verbandes des Stettiner Einzelhandels.
Mitteilungen des Pommerschen Binnenschiffahrts-Vereins.

Deutsch-schwedischer Nachrichtendienst der Deutschen Gesellschaft zum Studium Schwedens zu Greifswald.

Bearbeitet unter Mitwirkung der Nordischen Ausland-Institute der Universität Greifswald.

Herausgegeben von Dr. H. Schrader, Syndikus der Industrie- und Handelskammer.

Hauptschriftleiter und verantwortlich für die Berichte über das Ausland W. v. Bulmerincq, verantwortlich für die Berichte über das Inland Dr. E. Schoene, den Anzeigenteil W. Winkelmann, alle in Stettin, Börse, Fernspr. 35341 III. Vj. DA. 2850.

Nr. 1 **Stettin, 1. Januar 1935** **15. Jahrg.**

~~111932~~

KSIĄŻNICA POMORSKA w Szczecinie

Pr III 04833

16758

~~663.~~ ~~539.~~

Zum Geleit.

Fast zwei Jahre nationalsozialistischer Aufbauarbeit sind verflossen. Großes ist in dieser kurzen Zeitspanne auch auf wirtschaftlichem Gebiet geleistet worden.

Die Arbeitslosigkeit ist in einem vorher nicht für möglich gehaltenen Ausmaß vermindert, in unserer Heimatprovinz zum größten Teile beseitigt worden. Die Lage der gesamten deutschen Wirtschaft hat sich in erstaunlicher Weise gebessert.

Die Maßnahmen, die für den Nährstand getroffen worden sind, haben die Rettung des deutschen Bauern und eine durchgreifende Kräftigung seiner wirtschaftlichen Lage zur Folge gehabt, für Pommern als überwiegende Agrarprovinz von großer Bedeutung.

Im Handwerk geht es sichtlich aufwärts. Das pommersche Handwerk hat allein im Jahre 1934 mehr als 10 000 neue Arbeitskräfte einstellen können.

Der deutsche Fremdenverkehr blickt auf einen Sommer großen Aufschwungs zurück. Die pommerschen Bäder, die mehr als die Hälfte aller deutschen Ostseebäder umfassen, weisen außergewöhnlich gute Besuchsziffern auf.

Der Güterumschlag im Stettiner Hafen, dem größten und führenden deutschen Ostseehafen, ist seewärtig in 2 Jahren von 3,3 auf etwa 5,6 Millionen to, der Umschlag im Binnenschiffahrtsverkehr von 2,2 auf 3,6 Millionen to gestiegen. Wesentlich hierzu beigetragen haben die Vollendung des großen Schiffshebewerkes in Niederfinow und des Staubeckens von Ottmachau.

Unsere heimische Seeschiffahrt hat sich trotz schwierigster Konkurrenzverhältnisse halten können. Die Zahl der aufliegenden Schiffe ist zurückgegangen. Auch die Binnenschiffahrt hat wieder Beschäftigung gefunden. Zum ersten Male nach langer Zeit haben unsere Werften wieder größere Schiffsbauaufträge erhalten.

Die Industrie hat im allgemeinen die Ausnutzung ihrer Kapazität erhöhen können, vielfach in erheblichem Umfang. Es konnten nicht nur alle bestehenden industriellen Werke erhalten, sondern auch neue Unternehmungen ins Leben gerufen werden.

Großhandel und Einzelhandel haben in den meisten Zweigen eine starke Umsatzsteigerung aufzuweisen. Im Versicherungsgewerbe sind steigende Prämieneinnahmen zu verzeichnen. Besonders im Lebensversicherungsgeschäft ist eine starke Zunahme der Neuabschlüsse zu beobachten. Im Bankgewerbe spiegeln steigende Umsätze die allgemeine Geschäftsbelebung wieder.

Besonders befriedigend ist die Entwicklung im Baugewerbe. Hier ist die Hochkonjunktur des Jahres 1929 beinahe wieder erreicht. Große Projekte, die seit Jahren, ja, seit Jahrzehnten geplant, aber nicht durchgeführt werden konnten, sind in Angriff genommen worden und in der Durchführung begriffen. Es sei u. a.

70,-

auf den Bau des großen Getreidespeichers, den Sparkassenneubau, die Ausfallstraße Ost, die Güterumgehungsbahn, den Rügendamm und die Wolgaster Bäderbrücke, die im verflossenen Jahre dem Verkehr übergeben worden ist, hingewiesen. Hierzu treten die großen Wohn-, Siedlungs- und Straßenbauten, insbesondere die Autobahn Berlin—Stettin, deren Bau auch in Pommern rüstig fortschreitet.
Konkurse und Vergleichsverfahren sind zurückgegangen.
Im Jahre 1934 hat der Gesetzgeber auch den organisatorischen Rahmen geschaffen, innerhalb dessen sich die Wirtschaft organisch entfalten und weiter entwickeln soll.
Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft ist der politischen Führung zu danken.
Innenpolitisch herrschen Ruhe und Ordnung. Das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit ist in Kraft getreten. Streiks oder Aussperrungen greifen nicht mehr störend in den Wirtschaftsprozeß ein.
Die deutsche Finanzpolitik ist in hohem Grade auf Arbeitsbeschaffung und Förderung der Wirtschaft abgestellt. Die Steuerschraube ist zum Stehen gekommen. Zum ersten Male seit vielen Jahren sind kleine Milderungen auf dem Gebiete der Steuern und sonstigen Abgaben eingetreten. Die Senkung der überhöhten Zinsen hat Fortschritte gemacht. Mit dem Steigen der Kurse der deutschen Wertpapiere ist die Grundlage für weitere Zinssenkungen gegeben.
Auf außenpolitischem Gebiet ist eine Entspannung der Lage eingetreten. Für Pommern ist besonders die Bereinigung unserer Beziehungen zu Polen wichtig. Im abgelaufenen Jahre ist zum ersten Mal eine Delegation Stettiner Kaufleute und Industrieller auf der Posener Mustermesse erschienen, um eine Wiederanknüpfung der größtenteils abgerissenen naturgegebenen wirtschaftlichen Verbindungen Stettins zu den nordwestpolnischen Gebieten in die Wege zu leiten.
Der Führer und Reichskanzler hat seine Worte wahrgemacht, die er im Jahre 1931 zu einigen hervorragenden Wirtschaftsträgern gesprochen hat:
„Ich mache Politik. Die Wirtschaft müßt Ihr machen. Die Wirtschaft hat nicht mehr zu herrschen und zu bevormunden. Ich mache meine Politik alleine und lasse mir von niemanden hineinreden. Wenn ich Politik mache, dann möchte ich die Wirtschaft sehen, die überhaupt noch zu etwas anderem kommt, als zu dem, was ihre Aufgabe ist, nämlich Wirtschaft treiben. Wenn ich Politik mache, dann lenke ich sowieso das Schicksal meines Volkes. Und wenn ich gute Politik mache, dann geht es auch der Wirtschaft gut. Mache ich aber schlechte Politik, dann kann es nicht etwa der Wirtschaft allein gut gehen, während es dem Volke schlecht gehen darf, sondern dann geht es auch der Wirtschaft schlecht. Ich kann nicht Politik für das deutsche Volk machen und dabei die Wirtschaft auslassen, so daß ich mich dann noch einmal eigens um die Wirtschaft kümmern müßte. Sondern meine Politik für das ganze Volk wird auch die Wirtschaft zwingen, zu ihrem eigenen Vorteil dem Wohle des Ganzen zu dienen. Wirtschaft treiben sollen diejenigen, die es gelernt haben, die es können und deren Aufgabe es ist. Politik treiben soll der, der sich das Recht und die Macht dazu erkämpft hat."
Die im Aufstieg befindliche deutsche Wirtschaft kann mit Zuversicht und Vertrauen in das Jahr 1935 treten.

Dr. Otto Lange
Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Stettin.

Der Stand der Arbeitsschlacht in Pommern zur Jahreswende 1934/35

Von Dr. Hans Boening, Präsident des Landesarbeitsamtes Pommern.

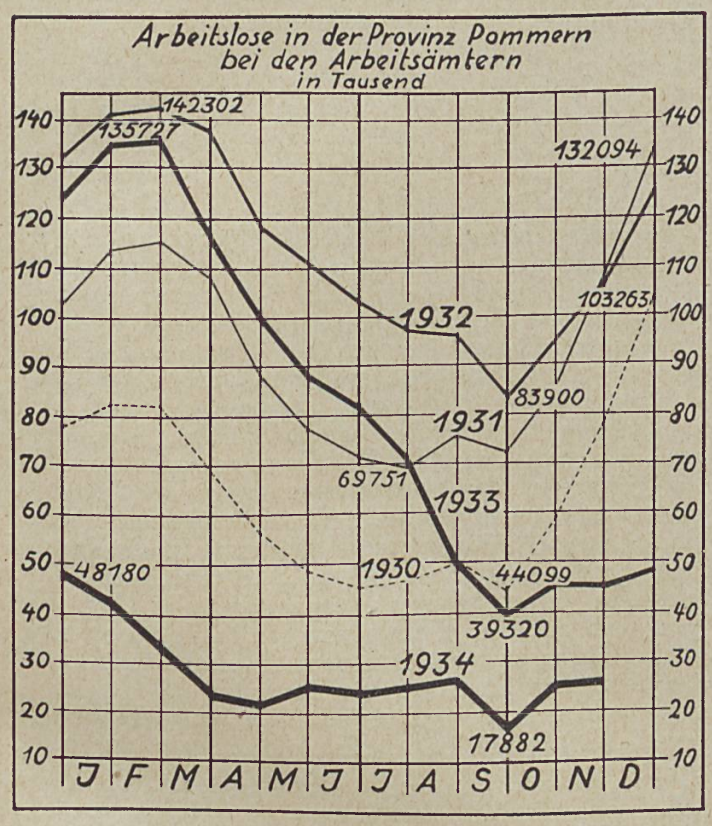
Die Jahreswende bietet uns willkommenen Anlaß, Rückblick und Ausschau auch auf dem Gebiete des Arbeitseinsatzes zu halten. Nachdem der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, zu dem der Führer sofort nach der Machtübernahme aufgerufen hatte, nun schon fast zwei Jahre lang im Gange ist, ist es nützlich und notwendig, einen Augenblick einzuhalten und das bisher Erreichte zu überprüfen. Diese Musterung soll drei Fragen beantworten: Welches Ergebnis ist bisher erzielt worden? Welche Kräfte stehen zum weiteren Einsatz zur Verfügung und wo und wie müssen sie eingesetzt werden, um den Endsieg sicherzustellen?

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wird für alle Zeiten ein besonderes Ruhmesblatt in der Geschichte des Nationalsozialismus darstellen. Als der Führer Anfang Februar 1933 zu ihm aufrief, setzte er sich vier Jahre Frist, um das deutsche Volk von dieser Geißel zu befreien. Noch sind keine zwei Jahre vergangen, und schon sind fast zwei Drittel des Weges zurückgelegt worden. Die Zahl der Arbeitslosen ist im ganzen Reiche seit dem 31. Januar 1933, wo sie mit etwas über 6 Millionen den Höchststand erreicht hatte, um 3,66 Millionen auf 2,35 Millionen, das heißt um rd. 61 v. H. gesenkt worden. Pommern kann neben diesem Gesamtergebnis sehr

ehrenvoll bestehen. Es zählte am 31. Januar 1933 rd. 135 000 Arbeitslose und hat diese Zahl bis Ende 1934 (30. November) auf weniger als 26 000 herunterdrücken können, d. h. um fast 81 v. H.

Pommern hat nach der Volkszählung vom 16. Juni 1933 eine Wohnbevölkerung von fast 2 Millionen Köpfen. Von je hundert Einwohnern Pommerns waren am 31. Januar 1933 7 arbeitslos, im Reichsdurchschnitt dagegen 9,2. Am 30. Juni 1934 entfielen auf je hundert Einwohner Pommerns nur noch 1,3 Arbeitslose, im Reichsdurchschnitt dagegen noch 3,8.

Wie sich diese für Pommern so günstige Entwicklung der Arbeitslosigkeit im einzelnen vollzogen hat, ist aus dem nachstehenden Kurvenbilde erkennbar.



Die Lage und der Verlauf der einzelnen Jahreskurven lassen die Entwicklung der Arbeitslosigkeit zugleich in ihrer jahreszeitlichen Bedingtheit deutlich erkennen. Im besonderen fällt auch das steile Absinken und Wiederansteigen der Kurven ins Auge, das in jedem Jahr im Spätsommer infolge des starken Bedarfs an Arbeitskräften für die Hackfruchternte eingetreten ist.

Nun geben aber die Zahlen der Arbeitslosen allein noch nicht das vollständige Bild des Erreichten wieder, da die Statistik der Arbeitsämter die sogenannte unsichtbare Arbeitslosigkeit nicht erfassen kann. Es ist deshalb erforderlich, auch noch die Statistik der Beschäftigten, die auf Grund der Meldungen zur Krankenkasse erstellt wird, zur Vervollständigung heranzuziehen. Aus dieser Statistik ergibt sich, daß die Zahl der Beschäftigten vom 31. Januar 1933 bis zum 30. Juni 1934 von rd. 319 000 auf rd. 459 000, also um rd. 140 000 gestiegen ist. Im Zeitraum von knapp anderthalb Jahren haben also in Pommern rd. 140 000 Volksgenossen wieder Arbeit und Brot gefunden.

Mißgünstige und die ewigen Nörgler im In- und Auslande versuchen immer wieder, den Erfolg der deutschen Arbeitsschlacht anzuzweifeln oder zu verkleinern. Sie wagen es sogar, die Richtigkeit der Statistiken zu bestreiten. Demgegenüber ist festzustellen, daß sowohl die Arbeitslosen- wie auch die Beschäftigtenstatistik mit aller nur möglichen Gründlichkeit erstellt werden und daß schon die große Zahl der an der Ermittlung dieser Zahlen Beteiligten jede Fälschung oder jedes „Frisieren" der Statistiken unmöglich machen würde. Die statistischen Ergebnisse der Arbeitsschlacht sind unantastbar richtig!

Ein anderer Einwand, den man häufiger zu hören bekommt, ist, die Regierung habe einen großen Teil der Arbeitslosen einfach dadurch zum Verschwinden gebracht, daß sie sie in Notstandsarbeiten gesteckt habe. Auch dieser Einwand ist leicht zu widerlegen. Gerade im Jahre 1934 ist die Zahl der Notstandsarbeiter systematisch verringert worden; so wurde sie in Pommern von über 37 000 Notstandsarbeitern am 31. März 1934 auf weniger als 9000 am 30. September 1934 heruntergedrückt, und erst seit dem Beginn der winterlichen Arbeitslosigkeit ist sie wieder im Steigen begriffen. Ende November 1934 waren in Pommern rd. 15 000 Notstandsarbeiter eingesetzt.

Im übrigen verkennt dieser Einwand völlig das Wesen der Notstandsarbeit. Das Arbeitsverhältnis des Notstandsarbeiters ist ein fast völlig freies; der Notstandsarbeiter wird grundsätzlich wie jeder andere Arbeiter tariflich bzw. ortsüblich entlohnt und hat dementsprechend auch zu leisten. Lediglich die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses ist beschränkt; außerdem kann bzw. muß sogar das Arbeitsamt den Notstandsarbeiter aus der Notstandsarbeit abberufen, sobald es ihn in geeignete freie Arbeit zu vermitteln vermag. Und was den Charakter der Notstandsarbeit als solcher anbetrifft, so werden nur solche Maßnahmen als Notstandsarbeit anerkannt, „die für die Volkswirtschaft von produktivem Werte sind, und insbesondere solche, die geeignet sind, die Menge einheimischer Nahrungsmittel, Rohstoffe und Betriebsstoffe zu vermehren". (§ 139 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.)

Es mag zugegeben werden, daß nicht alle bisher durchgeführten Notstandsarbeiten in vollem Umfange wirklich produktiv und volkswirtschaftlich wertvoll im obigen Sinne gewesen sein mögen. Im großen und ganzen gesehen, haben sich jedoch die Notstandsarbeiten als eine ganz vorzügliche, wirtschaftlich einwandfreie Waffe im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit erwiesen. Vor allem muß auch berücksichtigt werden, daß je zwei bis drei Arbeitslose, die auf dem Wege über die Notstandsarbeit wieder zu Arbeit und Verdienst kommen, mindestens einem weiteren Volksgenossen in der freien Wirtschaft Beschäftigung geben, da sie ja nunmehr vermehrten Bedarf an Nahrung, Bekleidung und sonstigen Lebensbedürfnissen haben, der befriedigt werden muß. Diese mittelbare arbeitsbeschaffende Wirkung muß man besonders im Auge behalten, wenn man den wirtschaftlichen Wert der Notstandsarbeiten richtig erkennen will.

In Pommern sind seit dem 31. Januar 1933 bis zum 30. November 1934 über 8,6 Millionen Tagewerke im Rahmen von Notstandsarbeiten abgeleistet worden. Der Zuschuß, den das Landesarbeitsamt Pommern zu

diesen von ihm anerkannten Maßnahmen geleistet hat, beträgt weit über 22 Millionen Reichsmark. Dieser Betrag ist, neben den von den verschiedenen Trägern der Maßnahmen (Staat, Kreisen, Gemeinden, Genossenschaften usw.) aufgebrachten Mitteln, seit dem Beginn der Arbeitsschlacht zusätzlich in die Provinz geflossen und dürfte überwiegend in Gestalt von Arbeitslohn den Weg zum Einzelhandel und Handwerk weitergegangen sein.

Die Form der „werteschaffenden Arbeitslosenfürsorge", zu der die Notstandsarbeiten gehören, ist zweifellos jeder anderen Form der Fürsorge für unsere noch arbeitslosen Volksgenossen vorzuziehen. Sie wird deshalb weiter zu entwickeln sein. Dabei drängt sich mehr und mehr eine Frage in den Vordergrund, das ist die Frage der Restfinanzierung. Unter Restfinanzierung wird der Kapitalaufwand verstanden, den die Träger von Notstandsmaßnahmen neben der vom Landesarbeitsamt als verlorenen Zuschuß gewährten sogenannten Grundförderung aufzubringen haben. Es ist einleuchtend, daß mit dem Fortschreiten der Arbeitsschlacht die Restfinanzierung von Notstandsarbeiten in zunehmendem Maße Schwierigkeiten bereitet. An der Behebung oder doch der Erleichterung dieser Schwierigkeiten wird zur Zeit gearbeitet. Wenn es ihnen zum Trotz gelungen ist, für die diesjährige Winterarbeitsschlacht allein in den Monaten Oktober und November bereits rd. 1,2 Millionen neue Tagewerke für unsere noch arbeitslosen oder im Winter erneut arbeitslos werdenden pommerschen Volksgenossen bereitzustellen, so stellt diese Tatsache der opferwilligen Einsatzbereitschaft aller als Träger von Notstandsarbeiten in Frage kommenden Personen und Stellen ein schönes Zeugnis aus.

Diese Einsatzbereitschaft zeigte sich auch vielerorts in der Provinz, als im Sommer ds. Js. im Rahmen des Göringplans dazu aufgerufen wurde, an der Entlastung der Reichshauptstadt von Arbeitslosen mitzuwirken. Trotz der großen Schwierigkeiten, die dem Ansatz von großstädtischen Arbeitslosen auf dem flachen Lande entgegenstehen, gelang es bis Ende November 1934, fast 1500 arbeitslosen Berliner Volksgenossen auf längere Zeit Arbeit zu geben. — Diese 1500 Berliner sind übrigens in der oben angegebenen Gesamtzahl von rd. 15 000 Notstandsarbeitern mit enthalten.

Von großer Bedeutung für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in Pommern war und ist der Umstand, daß die Reichsautobahnstrecke Berlin—Stettin als eine der ersten Strecken in Angriff genommen wurde. Die Zahl der auf dem pommerschen Abschnitt dieser Strecke Beschäftigten ist bis Ende November 1934 rasch auf rd. 4400 gestiegen; davon sind weit über die Hälfte (rd. 2600) Stettiner, so daß erfreulicherweise festzustellen ist, daß der pommersche Abschnitt dieses gewaltigen Bauvorhabens seiner Nebenaufgabe, Stettin als ein Zentrum der Arbeitslosigkeit zu entlasten, voll gerecht wird.

Im Gegensatz zu den bisher behandelten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen lassen sich die zahlreichen sonstigen Maßnahmen, die die Regierung zur Förderung des Arbeitseinsatzes ergriffen hat und die im wesentlichen in dem sogenannten Reinhardt-Programm zusammengefaßt sind, in ihren zahlenmäßigen Auswirkungen nur mittelbar erfassen. Ihre Wirkung äußerte sich einmal in der eingangs geschilderten Bewegung der Arbeitslosenzahlen; sodann spiegelt sie sich aber auch wieder in der Arbeitsvermittlung der Arbeitsämter. Diese weist eine starke Steigerung auf.

Die Statistik der Arbeitsvermittlung erfaßt sowohl Vermittlung in Dauerbeschäftigung wie solche in kurzfristige Beschäftigungen. Es ist nun besonders erfreulich, daß gerade die Vermittlungen in Dauerbeschäftigung von 1933 auf 1934 ganz erheblich zugenommen haben, und zwar, was wiederum beachtlich ist, vorzugsweise bei den männlichen Arbeitskräften. Aus der folgenden Gegenüberstellung wird dies deutlich:

Vermittlung von männlichen Arbeitskräften in Dauerbeschäftigung durch die pommerschen Arbeitsämter.

	1933	1934
1. Vierteljahr	3 969 [1])	16 854
2. „	13 521	25 595
3. „	31 534	46 181
4. „	19 322	34 219 [2])
Im Jahre	68 346	122 849

Selbst wenn man beim Vergleich dieser Zahlen den an sich erfreulichen Umstand mit in Rechnung stellt, daß das Verständnis für die Notwendigkeit einer geregelten, bei den Arbeitsämtern zusammengefaßten Arbeitsvermittlung allgemein im Wachsen begriffen ist, so kann doch die fast hundertprozentige Zunahme der Vermittlungen in Dauerbeschäftigung als ein schlagender Beweis für die kräftige Besserung und Festigung der Wirtschaftslage gewertet werden. Die Steigerung der Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter betrifft hauptsächlich die nicht landwirtschaftlichen Berufe, während die Vermittlung in die Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1934 gegenüber 1933 nur eine geringfügige Steigerung aufweist. Das ist zum Teil auf den Einsatz von Landhelfern zurückzuführen, an dem Pommern in erheblichem Umfange beteiligt ist. Bis Mitte Dezember 1934 wurden insgesamt nicht weniger als rd. 24 000 männliche und weibliche Jugendliche in die pommersche Landwirtschaft vermittelt. Davon kehrten nach halb- oder einjährigem Landhilfedienst rd. 18 000 wieder in ihre Heimatgebiete (überwiegend Rheinland/Westfalen) zurück, so daß Mitte Dezember 1934 noch rd. 6000 Landhelfer und Landhelferinnen in Pommern tätig waren; von diesen stammten nur rd. 1600 aus Pommern selbst.

Die Einrichtung der Landhilfe hat sich durchaus bewährt. Sie hat ihre Hauptziele, die Landwirtschaft mit jugendlichen Arbeitskräften zu versorgen, dadurch gleichzeitig zur Entlastung der Großstädte und Industriebezirke beizutragen und schließlich in unserer landfremd gewordenen Jugend die Freude zur Arbeit an und auf der heimischen Scholle wiederzuerwecken, in großem Umfange bereits erreicht. Durch eine kürzlich vorgenommene Auflockerung der Bestimmungen über den Einsatz von Landhelfern ist Vorsorge getroffen worden, daß die Landhilfe sich auch im Jahre 1935 als eine wirksame Waffe gegen die Arbeitslosigkeit erweisen wird.

---

[1]) Ohne Januar 1933.

[2]) Für Dezember 1934 sind, da die Statistik bei Drucklegung noch nicht abgeschlossen war, die Zahlen von Dezember 1933 eingesetzt worden.

Die Landwirtschaft Pommerns hat aber auch über den Rahmen der Landhilfe hinaus tätigsten Anteil an dem Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit genommen. Das erweist die Statistik der Landkrankenkassen. Die Zahl der krankenversicherungspflichtigen Mitglieder dieser Kassen hat noch bis über die Mitte des Jahres 1934 hinaus um 10 bis 20 000 über den Zahlen des Vorjahrs gelegen. Erst seitdem, besonders nach Beendigung der Hackfruchternte, ist sie stärker zurückgegangen, da der Landwirtschaft — im Gegensatz zum Vorjahre — kein Zwang zur Beibehaltung ihrer Arbeitskräfte über den Winter auferlegt worden ist. Es darf gleichwohl erwartet werden, daß die landwirtschaftlichen Betriebsinhaber alle Anstrengungen machen werden, auch in diesem Winter ihre Mitarbeiter soweit wie nur irgend möglich aus eigener Kraft vor der Arbeitslosigkeit zu bewahren. Wenn man nach der Beschäftigungsstatistik urteilen darf, scheint eine solche Erwartung keineswegs unbillig zu sein, denn diese Statistik zeigt, daß der Beschäftigungsgrad in der pommerschen Landwirtschaft den Stand von 1926/27 noch längst nicht wieder erreicht hat.

Ein besonders schwieriges Kapitel stellt bei dem Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft die Unterbringung der verheirateten Landarbeiter dar; von ihnen sind in Pommern z. Zt. etwa 2500 arbeitslos. Ihre Vermittlung in Arbeit scheitert meist an dem Fehlen geeigneter Wohnungen. Es ist deshalb lebhaft zu begrüßen, daß die „Anordnung über die Verteilung von Arbeitskräften" vom 28. August 1934 die Möglichkeit geschaffen hat, den Bau von Landarbeiter-Familienwohnungen, falls sie zur Mehreinstellung von verheirateten land- oder forstwirtschaftlichen Arbeitern verwendet werden, zu bezuschussen. Die Höhe des Zuschusses bemißt sich nach den Herstellungskosten; das Höchstmaß des Zuschusses beträgt 1800 Reichsmark je Wohnung. Da die Mehreinstellung von verheirateten Landarbeitern auch noch durch eine monatliche Beihilfe gefördert werden kann, ist zu hoffen, daß es im Jahre 1935 gelingen wird, mit der Arbeitslosigkeit auch unter den verheirateten Landarbeitern aufzuräumen.

Der ungestüme Ansturm gegen die Arbeitslosigkeit, den der Nationalsozialismus entfachte, hatte natürlicherweise die größten Erfolge zunächst an den schwächsten Punkten der „feindlichen Front", auf dem flachen Lande und bei den jüngeren Arbeitslosen. Aber auch sonst war der Angriff im Verlaufe des ersten Kampfjahres nicht überall organisch vorgetragen worden. Schon Anfang 1934 stellte sich heraus, daß der Großangriff gegen die Arbeitslosigkeit des Jahres 1933 die Hochburgen der Arbeitslosigkeit, die Großstädte und gewisse Industriebezirke, ziemlich unberührt gelassen hatte. Es ergab sich ferner, daß die älteren Jahrgänge der Arbeitslosen, im besonderen der Angestellten, von den Wohltaten der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen noch wenig zu spüren bekommen hatten. Weiter war zu beobachten, daß die umfangreichen Tiefbauarbeiten aller Art, die überwiegend auf dem flachen Lande durchgeführt wurden, die Gefahr mit sich brachten, daß der Landwirtschaft die von ihr dringend benötigten Arbeitskräfte entzogen wurden. Schließlich machte sich hier und da infolge der fortschreitenden Belebung der Gesamtwirtschaft sogar bereits ein Mangel an Facharbeitern bemerkbar; das Problem der Sicherung des Facharbeiternachwuchses tauchte auf. Diese Erscheinungen und Beobachtungen lösten eine Reihe von gesetzgeberischen Maßnahmen aus, die sämtlich das Ziel verfolgen, den Arbeitseinsatz nach staatspolitischen Gesichtspunkten zu regeln. An die Stelle der bisherigen Kampfmethoden, die mehr aufs Ganze gingen und zunächst nur das Ziel verfolgten, jedem einen Arbeitsplatz zu verschaffen, ist damit eine verfeinerte Kampfesweise getreten. Deren Endziele sind, jeden noch arbeitslosen oder zunächst nur behelfsmäßig in Arbeit gebrachten Volksgenossen in organischem Fortschreiten auf seinen Arbeitsplatz zu stellen, auf den er nach seinen körperlichen und geistigen Fähigkeiten gehört und wo er das Beste für die Gesamtheit zu leisten imstande sein wird, den Bedarf der Gesamtwirtschaft an Fachkräften sicherzustellen, eine sozial gerechte Verteilung der Arbeitsplätze auf die älteren und die jüngeren Volksgenossen zu erreichen und die Zusammenballungen von Arbeitslosen in Großstädten und Industriebezirken endgültig aufzulockern.

An diesem letzten Problem ist Pommern weniger aktiv beteiligt, da es ja in der glücklichen Lage ist, nur an einer Stelle, nämlich im Stettiner Industriebezirk, ein stärker ausgeprägtes Zentrum der Arbeitslosigkeit zu besitzen. Im übrigen aber erscheint Pommern in besonderem Maße berufen, an der Erreichung der oben skizzierten Endziele der Arbeitsschlacht mitzuarbeiten.

Von den gesetzgeberischen Maßnahmen, die für den weiteren Kampf gegen die Arbeitslosigkeit richtungweisend sind, ist zweifellos die wichtigste und einschneidendste die bereits erwähnte „Anordnung über die Verteilung von Arbeitskräften" vom 28. August 1934[3]). Sie kann hier im einzelnen nicht behandelt werden. Unter anderem ordnet sie den Arbeitsplatzaustausch zugunsten der Unterbringung der älteren Arbeitslosen in Arbeitsstellen an, die bislang mit unter 25 Jahre alten Volksgenossen besetzt waren bzw. sind.

Wie dringend notwendig eine solche Aktion zugunsten der älteren Arbeitslosen geworden ist, ergibt sich aus folgendem. Bei der Volkszählung am 16. Juni 1933 wurde auch eine Zählung der Arbeitslosen nach Altersgruppen durchgeführt; diese Zählung wurde am 15. Juni 1934 wiederholt. Beide Zählungen ermöglichten einen genauen Einblick in die Verschiebungen, die während dieses einen Jahres der Arbeitsschlacht innerhalb der verschiedenen Altersgruppen eingetreten sind. Das Ergebnis ist äußerst betrüblich. Während die drei Altersgruppen bis zu 40 Jahren an der Gesamtabnahme der Arbeitslosen teilgenommen haben, ist der Anteil gerade der 40 bis 60 Jahre Alten an der Gesamtzahl der Arbeitslosen in dem einen Jahre um rd. 6 v. H. gestiegen, bei den Angestellten sogar um 13 v. H.! Von den rd. 26 000 am 30. November 1934 in Pommern gezählten Arbeitslosen sind rd. 11 000 über 40 Jahre alt! So erfreulich das bisherige Ergebnis der Arbeitsschlacht in Pommern ist — dieser Feststellung gegenüber darf es keinen Augenblick geruhsamen Sich-

[3]) Vgl. hierzu: „Die Anordnung über die Verteilung von Arbeitskräften vom 28. August 1934". Mit einer Einführung, ausführlichen Erläuterungen und Stichwortverzeichnis herausgegeben von Dr. H. Boening. Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik G. m. b. H., Berlin SW 68.

freuens über das Erreichte geben. Vielmehr gilt es nun erst recht, und zwar ohne jede Verzögerung, ans Werk zu gehen, um endlich auch unsere älteren Volksgenossen in Pommern in Arbeit und Brot zu bringen. Der Gesetzgeber hat die Verantwortung für die Durchführung des Arbeitsplatzaustausches überwiegend in die Hände der Betriebs- bzw. Verwaltungsführer gelegt. Es muß von jedem Führer eines Betriebes oder einer Verwaltung, auch solchen öffentlich-rechtlichen Charakters, erwartet werden, daß er sich dieser Verantwortung stets bewußt ist und die altersmäßige Gliederung seiner Gefolgschaft so gestaltet, daß sie den staatspolitischen Notwendigkeiten voll gerecht wird. An der Bereitwilligkeit unserer Jugend, durch Eintritt in den Arbeitsdienst, in die Landhilfe usw. den Aelteren Platz zu machen, braucht nach den bisher mit dem Arbeitsplatzaustausch gemachten Erfahrungen nicht gezweifelt werden.

Die volle Einsatzbereitschaft der Betriebsführer, im besonderen der handwerklichen, wird auch gefordert für die Lösung der Nachwuchsfrage. Etwa 1,3 Millionen junge Volksgenossen werden Ostern 1935 die Schulen verlassen; in Pommern ist mit rd. 30 000 Schulentlassenen zu rechnen. Im nationalsozialistischen Staate ist die Berufswahl und die Berufsausbildung nicht mehr die persönliche Sache des Einzelnen; sie ist vielmehr eine Angelegenheit der Volksgesamtheit, des Staates und der Wirtschaft. Die lebenswichtige Frage der Sicherung des Facharbeiternachwuchses muß an der Wurzel angepackt werden, das heißt, bei der Berufswahl und der Lehre. Die pommerschen Arbeitsämter haben ihre Berufsberatungsstellen und Lehrstellenvermittlungen in den letzten Monaten erheblich ausgebaut. Zwischen dem Landeshandwerksmeister, der pommerschen Hitler-Jugend und dem Landesarbeitsamt sind Richtlinien für die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung vereinbart worden. Wenn alle zur Mithilfe Berufenen zusammenstehen, muß und wird es gelingen, gute Lehrstellen in ausreichender Zahl für unseren nächsten Schulentlassungsjahrgang bereitzustellen. Es darf nicht vorkommen, daß auch nur ein Junge oder ein Mädel mit Eignung für einen gelernten Beruf etwa keine geeignete Lehrstelle zugewiesen erhalten kann! —

So stellen uns Rückblick und Ausschau, die wir am Jahresende als getreue Sachwalter halten, vor immer wieder neue und große Aufgaben. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit geht weiter. Vier Jahre gab uns der Führer Zeit, ihn zum guten Ende zu führen. Die Parole heißt 1935:

Wer nicht kämpft, kann auch nicht siegen!

Die Entwicklung der pommerschen Industrie seit der Machtübernahme Adolf Hitlers

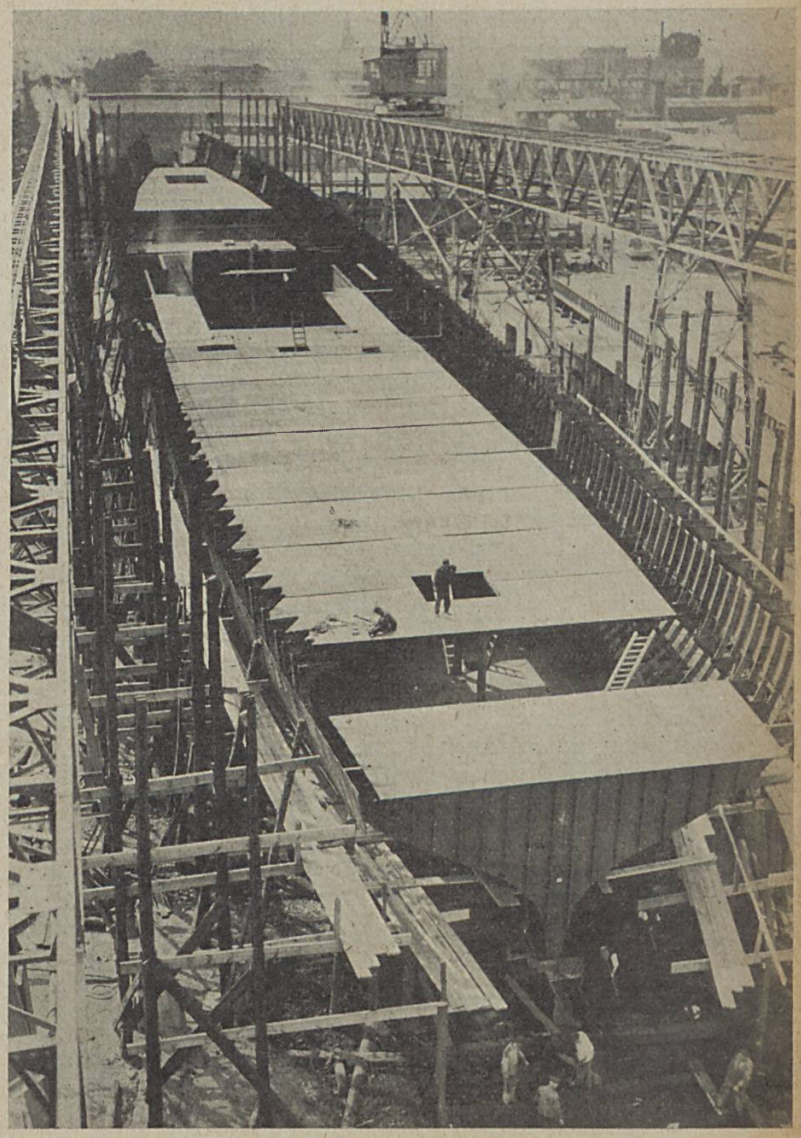
Von Fabrikdirektor Erik Baldermann, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer, Stettin.

Das feine Netz der wirtschaftlichen Organisation, welches sich Kultur-Europa bis zum Jahre 1914 aufgebaut hatte, wurde durch den Krieg und seine Folgen restlos zerstört. Dies gilt besonders für Deutschland, das Reparationen bezahlen mußte mit Geldern, die es nicht verdient hatte und auch nicht verdienen konnte. Eine Wirtschaftsbelebung, die sich in den Jahren 1925—1930 bemerkbar machte, wurde von einsichtigen Männern schon zur Zeit ihres Entstehens als Schein erkannt, der das Elend des inneren deutschen Lebens nur eine Zeitlang überdecken konnte. In Wirklichkeit führte diese Scheinblüte nur tiefer ins Elend hinein, und der mit Hilfe fremder Gelder geförderte Außenhandel, den man, um Reparationen leisten zu können, betrieb, hatte bis zum Jahre 1932 einschließlich den Zuammenbruch des Binnenmarktes zur Folge. Aus dem Ruin der Landwirtschaft ergab sich der Ruin der auf den Binnenmarkt angewiesenen Industrie. So kam es, daß die in erster Linie landwirtschaftliche Provinz Pommern mit am meisten von allen deutschen Provinzen litt. Bei ihr kam zu dem allgemeinen Niedergang noch der durch den Versailler Vertrag verursachte Zusammenbruch der in der Provinzial-Hauptstadt Stettin befindlichen großen Werften, von denen schließlich nur noch eine vorhanden ist, hinzu. Die einzige noch bestehende Großwerft beschäftigte am 1. April 1933 rd. 700 Arbeiter und Angestellte, während heute die Belegschaft rd. 1130 Arbeiter und Angestellte beträgt. Aber vor 10 Jahren fanden in der Stettiner Werftindustrie über 10 000 Arbeiter ihr Brot.

Der Marxismus hatte durch seine Politik nicht nur die Märkte zerstört, er hatte auch den arbeitenden Menschen mutlos gemacht und Zerklüftungen geschaffen, die selbst da, wo noch einigermaßen Arbeitsmöglichkeiten vorhanden waren, die Arbeit und ihren Erfolg nicht fördern konnten. Erst die sich immer stärker durchsetzende Weltanschauung des Nationalsozialismus schuf mit der Machtübernahme durch Adolf Hitler grundlegenden Wandel. Der Mut zur Wahrheit schuf Vertrauen, und die Energie, mit der man dem Verfall der Landwirtschaft Einhalt gebot, wirkte sich auch belebend auf die industriellen Unternehmungen aus. Das Vertrauen zur Regierung Hitler wurde bald auch in den Kreisen allgemein und fest, die sich mit dem Nationalsozialismus bisher noch nicht beschäftigt hatten. Daher ging die Wirtschaft mit aller Energie in die Arbeitsschlachten, die man, ganz abgesehen von ihrem sittlichen Wert, als Mittel zur Hebung der Konsumkraft und damit als Mittel zur Hebung der Wirtschaft überhaupt erkannte. Die Tatsache, daß dem Ruin der Landwirtschaft Einhalt geboten worden war, stellte das verloren gegangene Vertrauen der Industrie zur Landwirtschaft wieder her und die Aufgabe, die Adolf Hitler mit seinem großartigen Plan der Reichsautobahnen den direkt und indirekt hierfür in Frage kommenden Industrien gestellt hatte, zwang diese, die letzten Reserven für die Ingangsetzung ihrer Lösung herauszuholen. So berichten heute die in Pommern gelegenen Industriewerke fast durchweg von einer Produktionssteigerung, die sich im Verhältnis zum Jahre 1932 in Zahlen von 15—100% bewegt. Fast in denselben Vergleichszahlen bewegt sich die Vermehrung der Belegschaften dieser Werke. Aber nicht nur die vorgeschilderten Maßnahmen belebten die Industrie unseres Bezirkes. Der gegen das nationalsozialistische Deutschland einsetzende Boykott

zwang unsere Wirtschaft und besonders unsere chemische Industrie, ihre Erfindungen in höherem Maße auszunutzen als bisher, so daß bis zum gewissen Grade diese Boykottbewegung zur Belebung der Binnenwirtschaft beitrug. Es darf freilich nicht verschwiegen werden, daß andererseits Industriezweige, die auf den Bezug ausländischer Rohstoffe angewiesen sind, zunächst Rückschläge zu verzeichnen haben. Es muß aber besonders anerkannt werden, daß diese Industriezweige sich mit allen Mitteln gegen ihre Lage wehren und keineswegs verkennen, wo die eigentlichen Ursachen ihrer besonderen Lage zu suchen sind. Soweit es überhaupt im Bereich des Möglichen lag, haben sie sich auf die Verarbeitung anderer Rohstoffe umgestellt und betreiben diese Umstellungen weiter. Wo dies nicht möglich ist, warten sie in Vertrauen auf die Maßnahmen der Regierung und auf die Umstellung, die sich zwangsläufig eines Tages für sie ergeben muß. Daß die Industriewerke, welche die Wirtschaftsbelebung durch die neue Führung Deutschlands noch nicht spüren, in unserem Bezirk in der verschwindenden Minderheit sind, ist lediglich ein Zeichen dafür, daß eben bei jeder Konjunkturbewegung Ausnahmen vorhanden sind und vorhanden sein müssen.

Einstimmig aber berichtet die Industrie unseres Bezirkes, daß die Verhältnisse in den Betrieben mit der Gefolgschaft wesentlich engere und vertrauensvollere geworden sind, und diese Tatsache gibt einen Rückhalt, der bei der Beurteilung der Zukunft eine erhebliche Rolle spielt. Die Erkenntnis, daß der arbeitende Mensch, ganz gleich, an welcher Stelle er steht, miteinander auf Gedeih und Verderben verbunden ist, hat sich restlos durchgesetzt, und auch da, wo die Zusammenarbeit schon immer eine verhältnismäßig gute war, ist sie durch den Nationalsozialismus noch mehr gebessert worden. Dieser Umstand hat die Entwickelung bisher gefördert und wird sie weiter fördern. So sieht die pommersche Industrie vertrauensvoll in die Zukunft.



Das neue Ostpreußenschiff im Bau auf den Stettiner Oderwerken. Foto Steinl

Der pommersche Großhandel im Jahre 1934

Von Fritz Weigel, Vorsitzender der Bezirksgruppe Stettin des Reichsverbandes des Groß-, Ein- und Ausfuhrhandels.

Die Aufbauarbeit des nationalsozialistischen Staates hat auch im hiesigen Großhandel günstige Ergebnisse gezeitigt. Es kann zwar nicht verkannt werden, daß die notwendige Beschränkung der Devisenzuteilung die importierenden Firmen in ihrer Entwicklung gehemmt hat, zumal es noch immer nicht gelungen ist, das System der Verrechnungs- und Zahlungsabkommen auch auf alle überseeischen Länder auszudehnen, von denen der Einfuhrhandel Waren zu beziehen pflegt. Der Auftrieb andererseits war naturgemäß in den Geschäftszweigen besonders groß, die für das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung unmittelbar in Frage gekommen sind.

Nachfolgend soll die Entwicklung unseres heimischen Großhandels im neuen Reich am Verlauf des Jahres 1934 für die einzelnen, hier hauptsächlich vertretenen Geschäftszweige gezeigt werden. Zunächst ist hier der Salzheringsimporthandel zu erwähnen, der für Stettin als den größten deutschen Salzheringseinfuhrplatz von jeher seine besondere Bedeutung gehabt hat. Infolge der Devisenschwierigkeiten ist die Einfuhr ausländischer Salzheringe erheblich zurückgegangen, obwohl das bekannte Zahlungsabkommen mit England am 20. August 1934 in Kraft trat. Zahlen zeigen am besten, welche Ausfälle der Seehafenplatz Stettin in diesem Artikel zu erleiden hatte. Der Import ausländischer Heringe in Stettin betrug

im Jahre	1929	480 912	Faß
	1930	402 144	„
	1931	342 698	„
	1932	302 327	„
	1933	272 510	„
bis 10. 12.	1934	195 855	„

Der hiesige Salzheringshandel hat sich bemüht, diesen Ausfall durch vermehrten Bezug deutscher Salzheringe auszugleichen. Mengenmäßig ist dies zum Teil auch

gelungen. Der Bezug deutscher Heringe von der Nordseeküste stieg von

1929	2 383	Faß
1930	5 054	„
1931	3 180	„
1932	19 514	„
1933	30 952	„
bis 10. 12. 1934 auf	67 882	„

Da die Stettiner Firmen heute aber hinsichtlich der Belieferung eines großen Teils Deutschlands unmittelbar mit den Salzern der deutschen Nordseeküste in Wettbewerb stehen, muß die Handelsspanne beim Verkauf der deutschen Erzeugung von den Stettiner Heringshandelsfirmen sehr niedrig gehalten werden, wenn sie sich ihre alten Absatzgebiete erhalten wollen. Unter diesen Umständen können aus dem Verkauf deutscher Heringe allein die Betriebe nicht in dem bisherigen Umfang aufrechterhalten werden, wenn nicht gleichzeitig eine gewisse, stetige Einfuhr gewährleistet ist. Trotz dieser Hemmnisse wird das Jahr 1934 aber als günstig bezeichnet, weil der Absatz der eingekauften Partien glatt und zu teilweise gutem Nutzen gelungen ist. Da die deutsche Logger-Fischerei durch den Herbstfang ihr gesalzenes Quantum um etwa 100 000 Faß gegen das Jahr 1933 erhöhen konnte, ist auch die ausreichende Belieferung des deutschen Marktes mit Salzheringen bis zur neuen Saison 1935 sichergestellt.

Die Entwicklung des Großhandels auf dem Gebiet der Nahrungsmittel überhaupt ist als nicht ungünstig zu bezeichnen. Hier hatten die Preise schon im Jahr 1933 einen außerordentlichen Tiefstand erreicht und waren teilweise unter die Herstellungskosten gesunken, so daß ein weiterer Preisrückgang kaum möglich war. Der Handel konnte daher zu der Preisentwicklung wieder mehr Vertrauen fassen, wodurch die Dispositionen für den Einkauf erleichtert waren; er konnte auch wieder dazu übergehen, große Vorräte zu halten. Erschwert wurde der Einkauf bzw. die Lagerhaltung für Mühlenfabrikate durch die Bedingungen des Reichsmühlenschlußscheines, wonach die gekauften Mengen ganz kurzfristig abgenommen werden mußten. Infolge der ungenügenden Erbsenernte mußte starker Import stattfinden. Dieser Aufgabe ist der Großhandel im vollen Umfange gerecht geworden. Durch die Aufrechterhaltung und Wiederbelebung seiner Beziehungen mit dem Auslande hat der Warengroßhandel an seiner Stelle energisch dazu beigetragen, die Handelsbeziehungen mit dem Auslande zu verbessern und den Warenaustausch zu fördern. Gerade auch hier hat der Großhandel gezeigt, daß er den Genossenschaften erheblich überlegen ist.

Ein deutliches Spiegelbild der Gestaltung der Kaufkraft des deutschen Volkes zeigt die Entwicklung des Wein- und Spirituosenhandels. Auch hier hat es sich als günstig gezeigt, daß die Arbeitslosigkeit erheblich abgenommen hat. Der Konsum in deutschen Weinen und Spirituosen ist nicht unerheblich gestiegen. Das kaufende Publikum bevorzugt aber die billigen Sorten und legt keinen besonderen Wert auf Qualität. Es ist bezeichnend, daß Devisen für Auslandsweine kaum gebraucht wurden, die Nachfrage nach diesen Artikeln wurde fast ausschließlich aus den vorhandenen Beständen gedeckt. Der Fortfall der Steuern für Schaumweine hat eine erstaunliche Belebung in diesem Artikel hervorgerufen, jedoch werden auch hier die billigeren Sorten bevorzugt.

Der Handel mit Sämereien ist zufriedenstellend verlaufen. Das Frühjahrsgeschäft war größer als in den letzten Jahren. Außerdem gab es im Sommer infolge der anhaltenden Dürre ein besonders großes Geschäft in den sogenannten Sommersaaten. Auch die Herbstmonate haben eine Belebung des Geschäfts für das nächste Frühjahr gebracht. Naturgemäß mußte sich aber hier die Devisenzuteilung teilweise störend bemerkbar machen. Gerade auf dem Saatenhandel lastet die Ungewißheit, ob und wann beantragte Devisenbescheinigungen erteilt werden, besonders stark.

Da das Baugeschäft infolge des gelinden Winters und des Zuschußprogramms der Regierung sehr früh und rege einsetzte, so ist auch der Umsatz in den Baustoffwarenhandlungen bedeutend gewesen. Während des ganzen Jahres hat die zufriedenstellende Belebung angehalten. Teilweise ist es sogar zu Materialknappheit gekommen.

Eine ähnliche Entwicklung ist auch im Lack- und Farbengeschäft zu beobachten. Das Geschäft ist dort jedoch schon im Herbst erheblich abgeflaut.

Der Eisengroßhandel konnte entsprechend der allgemeinen Entwicklung mit dem Geschäft zufrieden sein. Er hofft, daß er auch im Jahr 1935 entsprechend seiner Bedeutung für den Osten stärker an den großen Objekten wie Reichsautobahnen, Rügendamm usw. beteiligt wird.

Der Kohlengroßhandel hat ebenfalls an der erfreulichen Belebung des deutschen Wirtschaftslebens teilgenommen. Die Aufnahmefähigkeit des Marktes hat sich während des ganzen Jahres auf einer beachtlichen Höhe gehalten und sich auch zum Jahresschluß nicht merklich verringert. Besondere Schwierigkeiten erwachsen dem Großhandel durch den Uebergang der landwirtschaftlichen Betriebe auf den genossenschaftlichen Brennstoffbezug.

Die Geschäfte im Sackgroßhandel hielten sich im ersten Halbjahr 1934 auf der Höhe des Vorjahres. Im zweiten Halbjahre setzte dann aber eine Nachfrage ein, die nicht als saisonmäßig bedingt angesehen werden konnte und die dazu führte, daß teilweise die Deckung des vorhandenen Bedarfs nicht möglich war. Daß es sich bei diesen Käufen vorwiegend um Angstkäufe handelt, dürfte daraus hervorgehen, daß jetzt schon wieder eine gewisse Beruhigung eingetreten ist.

Die Entwicklung des Papiergroßhandels ist ebenfalls günstig gewesen. Der ostdeutsche Großhandel leidet aber unter den Schleuderangeboten aus Westdeutschland und den genossenschaftlichen Käufen unmittelbar ab Fabrik. Gerade dieser Geschäftszweig erhofft daher von der Tätigkeit des Reichskommissars und der Neuordnung der Wirtschaft eine Entwicklung auf ein Preisniveau, das auch für den ostdeutschen Großhandel tragbar ist.

Selbst der Geschäftsgang im Großhandel mit kosmetischen und pharmazeutischen Waren, Drogen und Chemikalien ist nicht als ungünstig zu bezeichnen. Es machte sich besonders bemerkbar, daß die Kundschaft auch wieder zu schriftlichen Aufträgen zurückfand, die seit Jahren fast völlig vermißt wurden. Die bestellten Mengen sind zwar nach wie vor klein, doch zeigt sich auch hier die günstigere Entwicklung der Kaufkraft. Auf dem Markt der pharmazeutischen Spezialitäten hat sich das Uebermaß von Spezialartikeln als schädigend erwiesen, da nach Aufhören der Reklame die Spezialitäten fast meist

unverkäuflich liegen bleiben. Im Verhältnis zu diesem Nachteil ist der zugebilligte Nutzen als zu klein zu bezeichnen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das Jahr 1934 für den Großhandel nicht ungünstig gewesen ist. Während der nun kommenden weiteren Aufbauarbeit muß sich der Großhandel seiner volkswirtschaftlichen, natürlichen Aufgabe voll und ganz bewußt werden. Durch den in Angriff genommenen Neuaufbau der Wirtschaft wird auch ihm ein berufsständisches Instrument in die Hand gegeben, um in seinen Reihen für die Verwirklichung der ethischen Berufsauffassung zu sorgen.

Das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit und die jetzt vom Reichskommissar für Preisüberwachung herausgegebene Verordnung gegen gemeinschädliche Wettbewerbsmethoden sind ein allgemeiner Anfang. Aufgabe einer verantwortlichen Führung des Großhandels wird es sein müssen, die mit Recht zu fordernden gleichen Voraussetzungen für einen Wettbewerb innerhalb der die Großhandelsfunktion ausübenden Wirtschaftskreise zu schaffen, um dadurch das Höchstleistungsprinzip zu ermöglichen. Fragen, die das Genossenschaftswesen, die Preisbindung, Bedarfsdeckung im Gegensatz zur unnatürlichen Bedarfsweckung u. a. m. betreffen, müssen innerhalb der nun zu schaffenden Organe der Wirtschaft behandelt und bereinigt werden.

Noch stehen wir am Anfang unserer neuen Zeit volkswirtschaftlichen Gemeinschaftslebens, und dem Handel ist ebenfalls die Aufgabe geworden, die sittlichen Grundlagen der deutschen Zukunft mitzuschaffen. Eine verantwortungsvolle Aufgabe, die jeden, sei er Betriebsführer oder Gefolgschaftsmitglied, mit Stolz erfüllen kann. Seiner täglichen Arbeit stelle er die Worte Fichtes voran: „Und handeln sollst du so, als hinge von dir und deinem Tun allein das Schicksal ab der deutschen Dinge und die Verantwortung wär' dein!"

Der pommersche Baumarkt in Vergangenheit und Zukunft

Von Maurermeister Willy Wussow, Stettin, Landesfachverbandsleiter für das Baugewerbe in Pommern.

Vor dem 30. Januar 1933.

Wenn wir einen Rückblick auf diejenige Zeit werfen, die vor der Machtübernahme der nationalsozialistischen Reichsregierung lag, so können wir nur feststellen, daß das Jahr 1932 als dasjenige Jahr bezeichnet werden muß, welches auch in Pommern den vollkommenen Zusammenbruch des Baumarktes brachte; waren doch in den besten Monaten des Jahres 1932 über 80 v. H. der Bauarbeiterschaft erwerbslos.

Ganz besonders hatte auf dieses Jahr noch die Kreditkrise von 1931 nachgewirkt. Alle Bemühungen der Bauwirtschaft, ihren Anteil an der Gesamtproduktion in der Vergangenheit nachzuweisen, verhallten ungehört. Maßnahmen, die ergriffen wurden, waren nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Stand doch ein leitender Beamter des Reichswirtschaftsministeriums in damaliger Zeit auf dem Standpunkt, daß es vorteilhafter für die Reichsregierung sei, Arbeitslose zu unterstützen, als zu bauen.

Die Folge solcher Auffassung war die Abdrosselung sämtlicher Ausgaben für Bauaufgaben in den Haushaltsplänen des Reichs und der Länder sowie der Kommunen.

Wie es in Pommern in dieser Zeit im Baugewerbe aussah, geht aus der Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter hervor, die in der Arbeitslosenstatistik des Landesarbeitsamtes in der Berufsgruppe 16 *) und in der Gruppe 23 A Nr. 16 aufgeführt wurden. Die Zahl der Arbeitslosen dieser Berufsgruppen betrug abgerundet:

im April 1932	18 462
„ August 1932	14 818
„ November 1932	18 000
„ Dezember 1932	22 000

*) Die Berufsgruppe 16 umfaßt die gelernten und angelernten Bauarbeiter; die Berufsgruppe 23 A Nr. 16 die ungelernten Bauarbeiter.

Maßnahmen nach dem 30. Januar 1933.

Mit dem 30. Januar trat ein Umschwung auch auf dem Baumarkt ein. Infolge der durch die nationalsozialistische Reichsregierung eingeleiteten Maßnahmen wurde eine wesentliche Belebung des Baumarktes erreicht. Am 1. Mai 1933 wies der Führer und Volkskanzler Adolf Hitler in seiner großen Rede auf dem Tempelhofer Feld darauf hin, daß die Reichsregierung es sich zur Aufgabe gestellt habe, die Arbeitslosigkeit durch eine großzügige Arbeitsbeschaffung zu beseitigen.

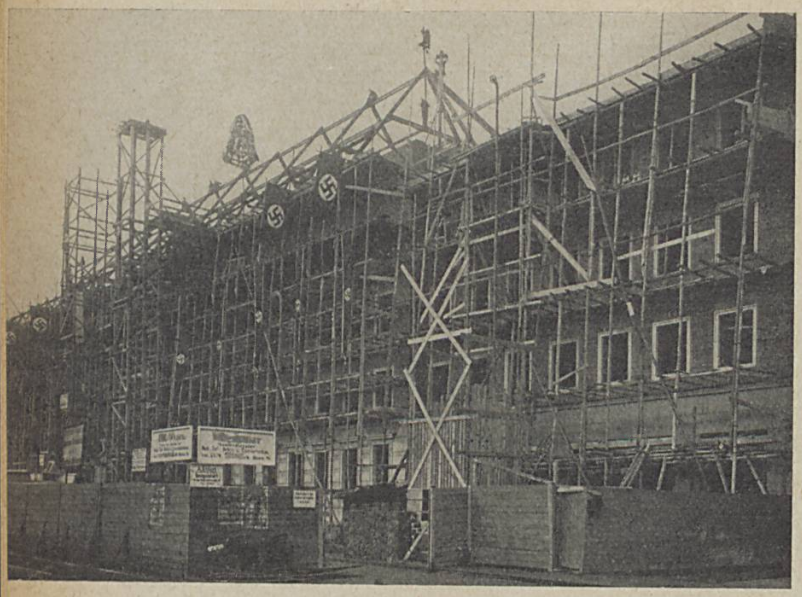
Wenn auch zunächst der Straßenbau und mit ihm vor allem der großzügige Plan und die Inangriffnahme der Anlegung der Reichsautobahnen besonders gefördert oder in Angriff genommen wurde, so wurde doch seitens der Reichsregierung erkannt, daß das gesamte Baugewerbe — Hoch- und Tiefbau — als ein Schlüsselgewerbe der deutschen Wirtschaft anzukurbeln sei. Es wurde daher ein ganz besonderes Augenmerk auf die Erhaltung der Althäuser durch Gewährung von Zuschüssen für Instandsetzungen und auf die Schaffung neuen Wohnraums unter Zurverfügungstellung öffentlicher Mittel bei Mobilisierung von Eigenkapital gerichtet, unter Einschaltung der Initiative des privaten Unternehmers.

Die Auswirkung des Bauprogramms der nationalsozialistischen Regierung.

Reich: Die Maßnahmen der nationalsozialistischen Reichsregierung wirkten sich zunächst auf dem Baumarkt so aus, daß im Jahre 1933 die Zahl der arbeitslosen Baufacharbeiter im Reich in der Zeit von Februar bis Oktober um etwa 350 000, d. h. um 58 v. H. sank.

Provinz: In Pommern sank die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, nachdem die Arbeitslosenzahl im Januar 1933 noch auf 22 683 gestanden hatte,

im Monat Mai	auf	11 157
„ „ Juli	„	9 152
„ „ September	„	3 440.

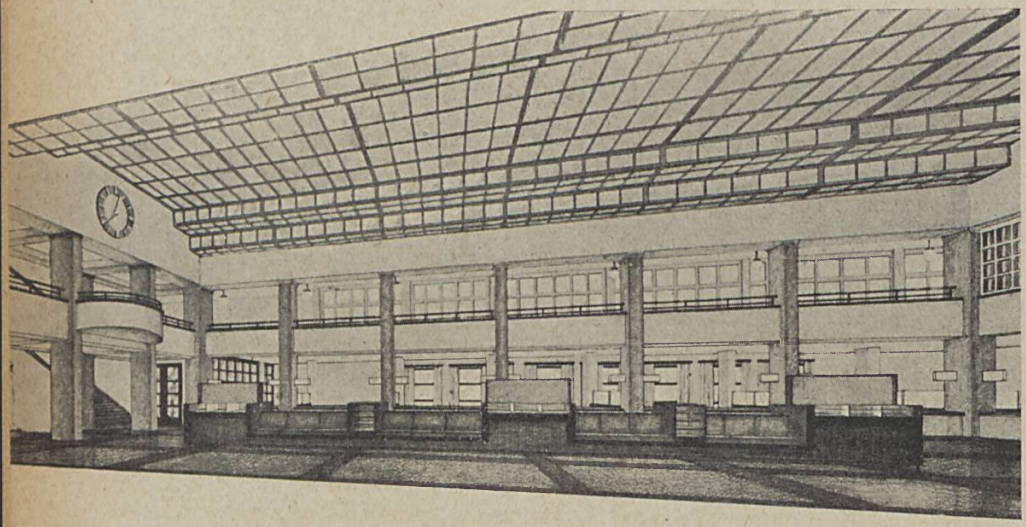


Richtfest: Neubau der Städtischen Sparkasse zu Stettin.

Abgrund des Verderbens gebracht. War es doch üblich, daß in den vergangenen Jahren mancher arbeitslose Bauarbeiter auf eigene Faust zu bauen anfing, ohne sein Gewerbe anzumelden, ohne seinen sozialen Verpflichtungen nachzukommen, ohne Steuern zu bezahlen, ohne sich an den Tariflohn zu halten und ohne im Besitze der gerade im Baugewerbe ganz besonders notwendigen und in der Verdingungsordnung für Bauleistungen in den Vordergrund gestellten Sach- und Fachkenntnisse zu sein. Wird doch gerade den öffentlichen Stellen in ihr zur Pflicht gemacht, bei Vergebung von Aufträgen in erster Linie denjenigen zu bevorzugen, der berechtigt ist, den Meistertitel zu führen oder Lehrlinge auszubilden, und der Lehrlinge im eigenen Betrieb ausbildet.

Durch diese systematische Bekämpfung der Schwarzarbeit, bei welcher Gewerbe, Polizei, Arbeitsfront und Arbeitsamt Hand in Hand arbeiteten, gelang es, dem selbständigen Baugewerbe wieder Bauaufträge zuzuführen und damit seine Steuerkraft herzustellen.

Der erfreuliche Rückgang der Arbeitslosigkeit hielt auch im Jahre 1934 an. So betrugen die Arbeitslosenziffern im Baugewerbe



Ansicht des Kassenraumes im Neubau der Städtischen Sparkasse zu Stettin.

Während sie im Wintermonat Dezember 1932 22 000 betrug, betrug sie im gleichen Monat 1933 7292.

Der Kampf der Regierung gegen die Schwarz- und Nebenarbeit, der auch ganz besonders in unserer Provinz einsetzte, hatte erheblichen Anteil an der erfreulichen Veränderung der Arbeitslosenziffern, hatte doch dieses Grundübel der Schwarz- und Nebenarbeit gerade in Pommern die Bauwirtschaft an den

im Juni 1934	2402
„ September 1934	1674.

Im übrigen muß man, will man die Lage auf dem pommerschen Baumarkt betrachten, das durch seine Wirtschaftsstruktur besonders gelagerte Wirtschaftsgebiet Groß-Stettin von der übrigen Provinz trennen. Man kann, während in der Vergangenheit die Landwirtschaft der naturgegebene Auftraggeber des länd-

Das neue Sparkassengebäude wird mit Gas beheizt!

Die Sparkasse ist ihr eigener Sparer geworden! Wie das möglich ist? Allein durch die **Gas-Raumheizung.**

Vorzüge der Gas-Raumheizung:

Kein Lagerraum für feste Brennstoffe, keine Transport- und Schnürgeräte, kein Anzündeholz, kein Werkzeug, kein Zeitaufwand, keine Störung. kein Lärm, kein Schmutz, keine Lager-Wertverminderung, keine Anheizzeit; von der ersten Sekunde an Vollbrand. Denkbar höchste **Regelfähigkeit im Augenblick.** Gas verbrennt rauchlos, erhöht also die Städtehygiene. Höchster verbrennungstechnischer Wirkungsgrad.

Sie kennen doch das Kaffeehaus Ponath!

Auch hier ist Gas der einzige Wärmeträger für die Beheizung sämtlicher Räumlichkeiten vom Keller bis zum Dachgeschoß von einer Zentralstelle aus, die sich in einem kleinen Raum im Keller befindet.

Wir zeigen Ihnen jederzeit ganz unverbindlich für Sie große und kleine Gas-Raumheizungsanlagen, die zur Zufriedenheit der Besitzer arbeiten, und dienen Ihnen jederzeit kostenlos mit ausführlichen Voranschlägen. Kennen Sie unseren günstigen Tarif für Gas-Raumheizung?

Gasgemeinschaft Städtische Werke A.-G.

Stettin, Kleine Domstr. 20, Tel. 31909; Jasenitzer Str. 3, Tel. 20797; **Altdamm,** Gollnower Str. 195, Tel. Altdamm 657; **Finkenwalde,** Adolf-Hitler-Straße 80, Tel. Altdamm 270; **Greifenhagen,** Fischerstraße 33, Tel. Greifenhagen 416; **Stolzenhagen,** Hermann-Göring-Straße 44, Tel. Stolzenhagen 43.

lichen Teiles unserer Provinz war, heute die erfreuliche Feststellung machen, daß die ersten Ansätze zur Belebung des Baumarktes durch sie auch auf diesem Gebiete zu verzeichnen sind. Langsam beginnt die pommersche Landwirtschaft wieder als Auftraggeber des Baugewerbes in Erscheinung zu treten, und es ist aller Grund vorhanden anzunehmen, daß das Jahr 1935 hier noch einen erheblichen Wandel zum Besseren aufweisen wird.

Eine weitere Förderung der Bautätigkeit hat unsere Provinz auch durch die pommersche Heimstätte zu erwarten; „ihr Arbeitsgebiet ist die finanzielle und die bauwirtschaftliche Betreuung von Bauvorhaben, soweit diese zur Sicherung der Mittel notwendig ist" (vergl. W. Gutzmer, Grundsätze der Kleinsiedlungspolitik in Siedlung und Wirtschaft, Heft 4 1934).

Gutzmer sagt weiter in Kontrolle oder Führung am angeführten Orte, Heft 8/1934:

„Die nationalsozialistische Staatsführung hat in den Wohnungsfürsorgegesellschaften mit der Machtergreifung lediglich den technisch eingespielten Apparat der Wohnungsfürsorgegesellschaften übernommen und gab ihm mit einem neuen Programm auch eine neue Verfassung. Die Wohnungsfürsorgegesellschaften sollten vorab lediglich Treuhänder, nicht Unternehmer des nationalsozialistischen Kleinsiedlungswerkes sein, das in Abkehr von der Erwerbslosensiedlung in der Nebenerwerbs- und Vollarbeitersiedlung auf das Endziel einer Strukturumwandlung der Wirtschaftsform gerichtet war und in einer neuen Verbindung von Blut und Boden Garant der Daseinssicherung des Volkes werden sollte."

Die Siedlung steht ja auch gerade in unserer Provinz im Vordergrund des Interesses; kann doch Pommern als Raum ohne Volk betrachtet werden und ist nach dem Willen unseres Führers bestimmt, in den Großstädten heimatlos gewordene Menschen aufzunehmen und ihnen eine neue Heimat zu geben.

In diesem Zusammenhang sei auch auf die Siedlungstätigkeit der Pommerschen Landgesellschaft ganz besonders hingewiesen, deren Bausumme im Gegensatz zu 1933 im Jahre 1934 erfreulicherweise über 3 Millionen Reichsmark angestiegen ist.

Diese Belebung des Baumarktes haben auch die im Zusammenhang mit unseren Baugeschäften oder allein betriebenen Ziegeleien, Sägewerke und Kalksandsteinfabriken erfahren, wobei zu bemerken ist, daß auf ihre Lage nicht allein die Besserung des pommerschen Baumarktes, sondern die im ganzen Reiche einwirkte. Hervorgehoben muß werden, daß auch die öffentliche Hand in Pommern mit dazu beigetragen hat, eine starke Belebung des Baumarktes herbeizuführen. Erwähnt sei der Bau des Rügendamms und andere Notstandsarbeiten in der Provinz, die insbesondere als Straßenbauten, Bodenverbesserungen und Flußregulierungen in Erscheinung treten.

Welche Bedeutung die Notstandsarbeiten für unsere Provinz wieder gewonnen haben, geht daraus hervor, daß, während im Juli 1932 in Notstandsarbeiten 1566 beschäftigt waren, diese Zahl im gleichen Monat

Sparen lohnt sich!

Jede zur Sparkasse gebrachte Mark bedeutet für mich einen Schritt vorwärts und zugleich einen Stein am Wiederaufbau der heimischen Wirtschaft! Ich glaube an die deutsche Zukunft und setze meinen Glauben in die Tat um, und spare im neuen Jahre bei der

Nebenstellen:
I. Moltkestraße 12
II. Am Bollwerk 12/14
III. Falkenwalder Str. 189
IV. Gießereistraße 23a
V. Hohenzollernstraße 9
VI. Kreckower Straße 69
VII. Pölitzer Straße 58
Schlachthof, Am Dunzig 1/8

Städt. Sparkasse zu Stettin
Magazinstraße 1

1933 auf 8451 anstieg, um im November 1934 15 030 zu betragen. Bei dieser Zahl sind die bei der Reichsautobahn Berlin—Stettin Beschäftigten nicht enthalten. Im übrigen haben die gesetzlichen Erleichterungen, insbesondere für den Kleinwohnungsbau, durch Uebernahme von Reichsbürgschaften und Aenderung der Beleihungsgrenze sowie die Vereinfachung des baupolizeilichen Genehmigungsverfahrens und die Flüssigmachung von Steuerrückständen für Arbeitsbeschaffung mit dazu beigetragen, daß der Baumarkt der Provinz sich belebte. Das Vertrauen der Kundschaft zum Baugewerbe ist ständig im Wachsen. Hierzu wird insbesondere die strikte Durchführung der Verdingungsordnung für Bauleistungen beitragen. Je mehr sich die Auftraggeber daran gewöhnen, ihre Bauaufträge nur an fachkundige und leistungsfähige Baugewerbetreibende zu vergeben, desto besser für sie. Nur derjenige Baugewerbetreibende, der seinen steuerlichen und sozialen Verpflichtungen nachkommt und einen Bau nach den althergebrachten Regeln der Baukunst herstellt, bietet Gewähr, daß seine Arbeit tatsächlich eine Bereicherung des deutschen Volksvermögens darstellt.

Im übrigen hat jeder Auftraggeber sein Schicksal selbst in der Hand, stehen ihm doch als Beratungsstellen Innungen und Landesfachverbände des Baugewerbes zur Verfügung.

Eine Sammelstelle für alle Fragen grundsätzlicher Art des Vergebungswesens ist der beim Landeshandwerksmeister für den Treuhänderbezirk Pommern gebildete Landesgutachterausschuß für das Bauwesen.

Wirtschaftsgebiet Groß-Stettin: Der Bautätigkeit im Wirtschaftsgebiet Groß-Stettin wird der Stempel aufgedrückt durch folgende Faktoren: Oeffentliche Bauten, gewerbliche Bauten, insbesondere der Industrie, private Bautätigkeit wie Eigenhausbau, Umbau und Anbau und neuerdings auch die Siedlung.

Um die Entwicklung der Bautätigkeit in Stettin zu erkennen, wollen wir wieder auf die Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen der vergangenen Jahre zurückgreifen:

Im Arbeitsamtbezirk Stettin betrug die Zahl der Arbeitslosen im Baugewerbe rund:

Juli 1932	4976
Dezember 1932	6928
dagegen im September 1933	2393
stieg im Dezember 1933 auf	4408
und fiel trotz der Wintermonate im Januar 1934 auf	3662
und betrug im Februar 1934	1735
im Juni 1934	1106
im September 1934	767
und stand im November auch auf nur	1114.

An Notstandsarbeiten in Stettin sind in den letzten Jahren u. a. ausgeführt worden: Der Bau der Ausfallstraße Nord, der Bau der Ausfallstraße West; weiter sei darauf hingewiesen, daß die Ausfallstraße Ost im Jahre 1934 in Angriff genommen ist und sich im Bau befindet. Auch der Ausbau der Flughafenstraße bis zum Bahnhof Finkenwalde und die Straße vom Bahnhof Finkenwalde nach Altdamm zur Entlastung der Altdammmer Straße seien hervorgehoben.

Ganz besonders sei nochmals erwähnt eine Arbeit von grundsätzlicher Bedeutung, der großzügige Bau der Reichsautobahn Berlin—Stettin, der im Jahre 1934 pommersches Gebiet erreichte und heute eine große Zahl von Arbeitern aus unserem Stettiner Bezirk beschäftigt.

Neben den Notstandsarbeiten hat auch die Bautätigkeit der Industrie wohl einen erfreulichen Anlauf genommen, ist aber doch noch nicht so in Erscheinung getreten, wie in der Vorkriegszeit.

Ein wichtiger Faktor der Belebung der Bautätigkeit war neben den umfangreichen Instandsetzungsarbeiten, die auf Grund der bekannten Zuschüsse erfolgten, der Eigenhausbau. Er hat in Stettin insbesondere Ende des Jahres 1933 und im Frühjahr und Sommer 1934 eine außergewöhnlich starke Entwicklung genommen.

Die Entwicklungskurve der Stettiner Bautätigkeit geht im übrigen aus den erteilten baupolizeilichen Genehmigungen hervor:

Es wurden genehmigt an Neubauten von Wohn- und Geschäftshäusern

1913	62
1931	39
1933 (gemeint ist das Jahr des Haushaltsplanes, Ablauf 31. 3. 34)	142

Fabrikneubauten:

1913	18
1931	3
1933	6

Neubauten von Wohnräumen größeren Umfangs:

1913	5
1933	17

Die Zahl der genehmigten Ladenausbauten betrug

1932	5
1933	7

Die Herstellung von kleineren Bauten und Anlagen (Lauben)

1913	1017
1933	1946

Die Entwicklung des Eigenhausbaues ist, abgesehen von den nicht mehr gewährten Reichszuschüssen, in erster Linie auf die Steuervergünstigung zurückzuführen.

Die Steuerbefreiung soll ein Anreiz sein, durch entsprechende Arbeitsvorhaben an dem Erfolg der goßen nationalsozialistischen Arbeitsschlacht mitzuhelfen und vor allem das immer noch vorhandene Eigenkapital zu mobilisieren. Sie besteht, wenn die vorgeschriebenen Voraussetzungen des Bauwerks vorliegen, in der Befreiung von der Einkommen-, Vermögenssteuer und Grundsteuer des Landes im vollen Umfange, von der halben Grundsteuer der Gemeinde.

Zur Erleichterung der Finanzierung der Eigenheimbauten hat unter anderem die Treubau A.G., die durch den Reichsstand des deutschen Handwerks gegründet wurde, in Verbindung mit einer Bausparkasse folgenden Weg eingeschlagen. Sie tritt als Finanzierungsinstitut ein, um die Unmöglichkeit der Beschaffung einer zweiten Hypothek zu beseitigen, sie kann dies, gestützt auf den abgekürzten Tarif der mit ihr zusammenarbeitenden Bausparkasse, der infolge seiner kurzen Wartezeit von etwa einem Jahre äußerst günstig ist. Die Treubau finanziert den Bausparvertrag vor und ermöglicht so in möglichst kurzer Zeit die Finanzierung des Baues in Höhe von 70%. Vom Bauherrn wird allerdings eine 22prozentige Einzahlung der Gesamtkosten verlangt.

Bemerkt sei, daß es sich um ein Vertragsverhältnis mit einer Bausparkasse handelt, daß die Bausparkassen jetzt dauernd unter Reichsaufsicht stehen und die ungesunden Bausparkassen liquidiert worden sind. Auch in Stettin hat die Siedlungstätigkeit zur Belebung der Bauwirtschaft beigetragen, der Wohnungsbauverein Selbsthilfe, der keine Gelder mehr wie bisher als Eigenkapital in Miethausbauten festlegte, führte sein Siedlungsprogramm durch Herstellung von 200 Eigenheimen an der Berliner Chaussee so durch Bevorschussung durch, daß es ihm gelang, das Eigenkapital dieser Siedler in Höhe von rund 500 000 RM. zu mobilisieren, d. h. nahezu 1,5 Millionen Reichsmark der Bauwirtschaft zuzuführen.

Wenn man zur Herstellung eines Eigenheims die Beschäftigungszahl von 5 Arbeitern, diese entspricht den Erfahrungstatsachen, auf vier bis fünf Monate ansetzt, bedeutet dies in dem Bauvorhaben der Selbsthilfe, das erwähnt wurde, eine Beschäftigung von 1000 Arbeitern auf mindestens 5 Monate.

Weitere 200 Siedler stehen dem Wohnungsbauverein bereits für das kommende Jahr zur Verfügung, man hofft mit einem Teil der Häuser bereits über Winter beginnen zu können.

Um dem in Stettin noch immer vorhandenen starken Wohnungsbedarf abzuhelfen, hat im übrigen der Stettiner Oberbürgermeister außerdem noch die Durchführung eines großzügigen Siedlungswerkes in Aussicht genommen. Im Jahre 1935 sollen als erster Abschnitt 2000 Heimstätten bis zur Größe von 1000 qm errichtet werden.

Welche Bedeutung die pommersche Bauwirtschaft für die gesamte Wirtschaft Pommerns hat, geht daraus hervor, daß 1926 zum Bauhauptgewerbe:

im Maurerhandwerk rund	8500
im Zimmerhandwerk „	4200

d. h. im Maurer- und Zimmerhandwerk annähernd 13 000 Arbeiter und Angestellte gehören.

Zum gesamten Baugewerbe im weitesten Sinne gehörten in unserer Provinz nach der Volkszählung vom 16. 6. 1925 rund 36 000 Arbeiter und Angestellte.

Pommerns Straßen — Wirtschaftsadern

Von Dr. Walter Treichel, Stettin.

Verkehrspolitik im neuen Reich.

Das deutsche Schicksalsjahr 1933 erschöpfte sich nicht nur in einer Wendung und Neuformung des politischen Lebens. Es war das Jahr des Durchbruchs einer neuen Weltanschauung, einer neuen deutschen Epoche, in deren Werden wir heute noch stehen. Kein Teilgebiet unseres staatlichen Lebens konnte sich der zwingenden Macht der Umwälzung entziehen: das soziale Leben, die Rechtsordnung, die staatliche Form, die Kunst, die Kultur — und nicht zuletzt die Wirtschaft. Bei ihr waren die liberalen Traditionen am stärksten, denn ein Jahrhundert schrankenlose Wirtschaftsfreiheit im Zeichen von Industrialisierung und Welthandel, zusammenfallend mit den Entstehungsjahren der jungen deutschen Weltmacht, ließ sich nicht ohne weiteres auslöschen. Nur in einem Zweige unseres Wirtschaftslebens, im Verkehrswesen war bereits damals ein staatlicher Eingriff erfolgt: die Verstaatlichung der preußischen Eisenbahnen durch Bismarck. Das Verkehrswesen der Vorkriegszeit stand im Zeichen der Entwicklung der Dampfmaschine, wie der heutige Verkehr im Zeichen der Ausbreitung des Kraftfahrwesens steht. Die Verkehrspolitik unserer Zeit hat deshalb die Pflicht, die Motorisierung Deutschlands in jeder Weise, besonders durch Straßenbau, zu fördern, umsomehr als Deutschland allen anderen bedeutenden Staaten gegenüber im Nachteil ist. 1933 kamen auf hundert Einwohner in:

Nordamerika	20	Wagen,
Kanada	11	„
Frankreich	4	„
England	3	„
Dänemark	3	„
Argentinien	3	„
Belgien	2	„
Schweden	2	„
Norwegen	2	„
Schweiz	2	„
Holland	2	„
Deutschland	1	„

In Pommern kam 1933 sogar erst auf jeden 165 Einwohner ein Personen-Kraftwagen. Ein Jahr nationalsozialistischer Verkehrspolitik drückte diese trostlose Zahl für unsere Provinz auf 130 herunter, und erfreulicherweise ist der Kraftwagenbestand weiter in stetem Ansteigen begriffen. Mit zunehmender Verbesserung besonders des ostpommerschen Straßennetzes wird die Zahl weiter sinken.

Die unter der persönlichen Initiative des Führers in Angriff genommene Motorisierung des Verkehrs beschwor ein neues Problem herauf, das noch der endgültigen Lösung harrt: das Problem Kraftwagen und Schiene. Die Zunahme des Güter-Fernverkehrs mit Lastkraftwagen drohte der Reichsbahn ernstlich Konkurrenz zu machen. Ein vollkommen freies Kräftespiel hätte Millionen investierten Kapitals zerstört, andererseits hätte ein Monopol der Reichsbahn

Straßenbau steigert den Absatz!

Der pommersche Aufbauplan sieht umfangreiche Straßenbauten vor, die dem Bauern den Markt erschließen.

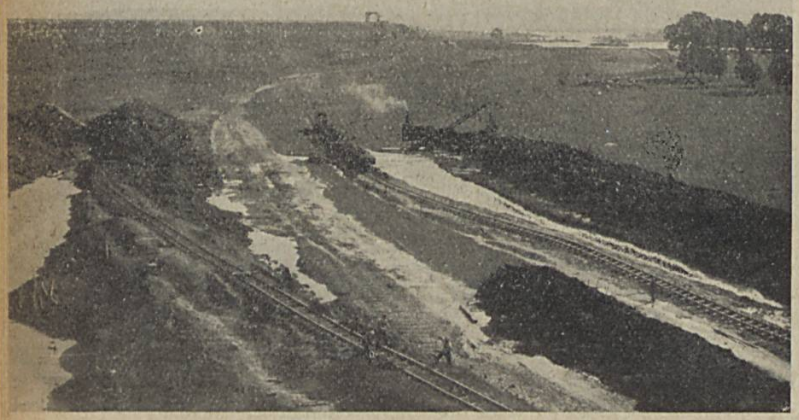
die Entwicklung des Kraftverkehrswesens gehindert. Durch tarifliche Bestimmungen wurden diese Gefahren bisher beseitigt, und endgültige gesetzliche Anordnungen, die auf die gesamte deutsche Verkehrswirtschaft und nicht nur auf einen Zweig fördernd wirken sollen, sind in Vorbereitung.

Projekte in Pommern.

Gleich nach der Machtübernahme wurde mit dem Bau des lange geplanten Rügendammes begonnen, der die größte Ostseeinsel mit dem Festlande verbinden und den zeitraubenden und kostspieligen Fährbetrieb überflüssig machen soll. Der Rügendamm wird eine moderne Autostraße und den Bahnkörper Stralsund—Altefähr tragen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf ca. 27 Millionen Reichsmark, wovon 10 Millionen auf den Straßenbau und 17 Millionen auf den Bahnbau entfallen. Die Kostenträgerschaft für den Straßenbau haben die Provinz Pommern, der Kreis Rügen und die Stadt Stralsund übernommen. Die Fertigstellung des 3 km langen Dammes wird ca. 3 Jahre in Anspruch nehmen.

Ebenfalls in Angriff genommen wurde der Bau der Reichsautobahn, die Pommern von Penkun (Kr. Randow) bis zur polnischen Grenze (Kr. Bütow) durchqueren wird. Der pommersche Teil der Reichsautobahnen kreuzt die Berliner Chaussee bei Colbitzow und überquert dann die Oder zwischen Niederzahden und Klütz. Sie führt dann weiter am Nordrand der Buchheide (Sydowsaue-Podejuch) vorbei nach Finkenwalde. Die eben genannten Strecken sind bereits im Bau. Die Reichsautobahn wird dann später weiter nach Osten fortgeführt, wird östlich Rosengarten die Straße nach Stargard kreuzen und dann über Massow — Daber — Bütow den Weg zur Grenze nehmen. Geplant ist ferner die Fortführung nach Ostpreußen durch den Bau einer Anschlußstraße durch das polnische Gebiet.

An einer besonders für den Stettiner Verkehr wichtigen Straße wird auch bereits fieberhaft gebaut: an der Ausfallstraße Ost. Sie verläuft in der Richtung der Güterumgehungsbahn, soll Stettin mit Ostpommern verbinden und sowohl die Altdammer Chaussee als auch die schmale Reglitzbrücke bei Greifenhagen entlasten.



Ausfallstraße Ost bei Stettin im Bau.

Straßenbau im Zeichen der Arbeitsbeschaffung.

Am Arbeitsbeschaffungskampf hatte der Straßenbau im Reich und in Pommern einen erheblichen Anteil. Während die Zahl der unmittelbar und mittelbar durch den Straßenbau Beschäftigten im Frühjahr 1933 im Reich noch 220 000 Mann betrug, stieg die Zahl innerhalb eines Jahres fast auf das Dreifache (650 000) an. Durch gesetzliche Vorschriften und durch die Gewährung der Grundförderung wurde der Straßenbau staatlicherseits in jeder Weise unterstützt. In Pommern verließ man sich nicht nur auf Reichshilfen sondern schritt, soweit es möglich war, zur Selbsthilfe. Für die pommersche Wirtschaft ist Wegebau eine Lebensnotwendigkeit. Die Grundförderung bildete das Rückgrat der Finanzierung. Sie wurde für Lohnzahlungen und teilweise für Materialbeschaffungen verwendet. Die Restfinanzierung erfolgte durch Hand- und Spanndienste der Anlieger, die das in Pommern so seltene, aber für den Straßenbau überaus wichtige Baumaterial, die Steine, zur Verfügung stellten. Diese wurden mitunter kilometerweit mit Handkarren herbeigeschafft, und nicht selten mußten die Aufbauarbeiter das hartgefrorene Erdreich aufhacken, um die Steine aus vielen Metern Tiefe zu ernten. Durch die unermüdliche Schaffenskraft der pommerschen Arbeitskämpfer wurde erreicht, daß selbst im Winter des vorigen Jahres bereits 260 Kilometer Straßen im Bau waren. Dadurch standen 700 000 Tagewerke zur Verfügung, die den Arbeitsmarkt erheblich entlasteten. Das pommersche Straßenbauprogramm, das in erster Linie im Zeichen der Arbeitsbeschaffung stand, war jedoch keineswegs aus dem Rahmen der übrigen Wirtschaft herausgelöst, war nicht Arbeit um der Arbeit willen. Es war mit dem pommerschen Kolonisationsplan organisch verbunden und bezog in das Verkehrsnetz bereits Land ein, das durch Siedlung zu einem neuen lebensvollen Wirtschaftsraum gestaltet werden sollte.

Verkehr und Grenze.

Die neue Grenzziehung nach Beendigung des Krieges hatte zur Folge, daß Pommern, früher eine innerdeutsche Provinz, Grenzland wurde. Durch die Grenzziehung wurden 11 Kunststraßen und 84 sonstige Wege von der Grenze durchschnitten und plötzlich stillgelegt. Die Folge davon war, daß die meisten ostpommerschen Straßen als Sackgasse an der Grenze endeten, wodurch der Verkehr nahezu stillgelegt wurde. Hinzu kam, daß die ostpommersche Wirtschaft, deren Bezugs- und Absatzgebiete im jetzigen Pommerellen und in Danzig lagen, sich von nun an nach Westen orientieren mußte. Eine Richtungsänderung der Wirtschaft braucht neue Verkehrswege. Sie zu schaffen ist eine der dringendsten Aufgaben der kommenden Jahre.

Die Not der ostpommerschen Wirtschaft liegt nicht zuletzt in dem schlechten Verkehrsanschluß an die anderen pommerschen Wirtschaftsgebiete. Wer die Grenzgebiete unserer Provinz kennt, weiß, daß dort die Straßen nicht nur wirtschaftliche, sondern auch kulturelle Aufgaben zu erfüllen haben. Die schlechten Wegeverhältnisse in den Kreisen Bütow und Lauenburg machen einen Verkehr der Grenzbevölkerung untereinander nahezu unmöglich. Auch hier zeugen neue Straßenbauten von einem unbeugsamen Kolonisationswillen: der Adolf-Hitlerdamm im Kreise

Bütow und der mit ganz geringen Mitteln durchgeführte Bau einer Holz-Chaussee im Kreise Rummelsburg. Neue und gute Straßen nach Osten bringen diesen wirtschaftlich und kulturell dem übrigen Reiche näher, und nicht umsonst betonte Staatssekretär Königs auf der Breslauer Schiffahrtstagung, daß Verkehrspolitik und Grenzlandpolitik zwei untrennbare Begriffe seien. Nach Fertigstellung der Reichsautobahnen werden auch die Straßen im pommerschen Grenzgebiet als „Zubringerstraßen" wieder an Bedeutung gewinnen und die Ostkreise an das Wirtschaftsgebiet des Raumes um Groß-Stettin anschließen.

Neuordnung im Straßenwesen.

Im Zuge der neuen Verkehrspolitik liegt auch das „Gesetz über die einstweilige Neuregelung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung" vom 20. März 1934.

Bis zum Beginn dieses Jahres lag die Verwaltung der pommerschen Straßen zum Teil bei der Provinz, zum Teil bei den Kreisen. Die Länge der Provinzialstraßen betrug 2200 km, die Länge der Kreisstraßen rund 5800 Kilometer. Der Bau und die Instandhaltung der Kreisstraßen war Sache jedes einzelnen Kreises, und kein Kreis war an Anordnungen einer vorgesetzten Stelle gebunden. Die Folge davon war ein vollkommen ungleichmäßiges Straßennetz, das entsprechend der finanziellen Lage der Kreise gut oder schlecht ausfiel. Oft baute ein Kreis eine Straße bis zur Grenze, und der Nachbarkreis weigerte sich dann infolge finanzieller Schwierigkeiten, die Straße durch sein Gebiet weiter zu führen. Diese Zersplitterung hat nun endgültig aufgehört. Neben den Reichsautobahnen gibt es in Zukunft sogenannte Reichsstraßen, Landstraßen erster Ordnung und Landstraßen zweiter Ordnung. Die Kosten für die Reichsstraßen trägt das Reich, für die Landstraßen erster Ordnung die Länder und die Kreise und für die Landstraßen zweiter Ordnung die Kreise. Das Straßennetz ist neu aufgeteilt worden: Ab 1. April 1935 wird die Provinz rund 5500 Kilometer Reichsstraßen und Straßen erster Ordnung zu verwalten haben. Die restlichen Straßen zweiter Ordnung (ca. 3500 Kilometer) können von den Kreisen verwaltet werden, falls diese nicht die Unterhaltung auch an die Provinz abtreten. Somit ist fast der gesamte Straßenbau einheitlich bei der Provinzialverwaltung konzentriert. Ueber das pommersche Straßennetz sind 7 Landesbauämter (Stralsund, Swinemünde, Stettin, Stargard, Neustettin, Köslin und Stolp) verteilt, die die örtliche Verwaltung durchzuführen haben. Damit ist für die nächste Zukunft der gleichmäßige und planvolle Ausbau unseres Straßenwesens gesichert.

Die Neuorganisation der Wirtschaft in Pommern

Noch vor ganz kurzer Zeit wäre es nicht möglich gewesen, die seit dem Anfang des Jahres 1933 eingeleitete Neuorganisation der deutschen und damit auch der pommerschen gewerblichen Wirtschaft als eine Schöpfung darzustellen, in der sich der zugedachte Wirkungsbereich und die Wirkungsweise der einzelnen Organisationsgebilde unzweideutig abzeichnen. Nicht als ob in diesen fast zwei Jahren von regierender Hand nichts geschehen wäre, um auch die wirtschaftliche Betätigung der deutschen Menschen in die grundstürzende neue Staatsidee einzugliedern. Es wäre das Letzte gewesen, was man vom Führer und seinen bei der Reformation des Staatswesens leitenden Helfern erwarten konnte, daß sie einen so wesenseigentümlichen Lebensbestandteil eines modernen Staatswesens wie die Wirtschaft auch nur einen Augenblick übersahen oder für minder wichtig hielten. Im Gegenteil, es geschah viel, und die Wirtschaft, ihre Neuorganisation stand oft genug im Brennpunkt des Interesses. Aber die Durchführung dieser riesenhaften Aufgabe der Reformierung eines Volkes an Haupt und Gliedern stieß da, wo es sich um die Erfassung der Wirtschaft und ihrer der neuen Zielsetzung angepaßten Wirkordnung handelte, auf besondere Schwierigkeiten. Wenn der Nationalsozialismus den Triumpf des Volksgemeinschaftsgedankens zum Angelpunkt seines Handelns und Denkens machte, so mußte seine Gegnerschaft sich im besonderen Maße dagegen richten, daß in Deutschland wie in vielen anderen Staaten der Erde ein kapitalmächtiger Kreis von Wirtschaftstreibenden für die Erfüllung seines Machtstrebens das Primat der Wirtschaft vor der Politik erstrebte. Dieser Kampf um den Staat hatte zur notwendigen Folge, daß das von einzelnen sogenannten Wirtschaftsführern der früheren Zeit in geschickt verbrämter Form zur Erreichung ihres Kampfzieles angewandte Gedankengut sich auf den weiteren Kreis der Unternehmer vorübergehend übertrug und in eine Schwächung des Pflichtbewußtseins gegenüber der Allgemeinheit zugunsten des Gedeihens ihres Unternehmens umsetzte. Das Rechenhafte, das die materialistische Denkweise der letzten Jahrzehnte im Wesen der Kaufmannschaft — und nicht nur der Kaufmannschaft — aller entwickelten Staaten der Erde hochzüchtete, hat stets eine ablehnende Beurteilung bei der nicht berufsmäßig wirtschaftenden Bevölkerung gefunden. Vor allem stieß diese Mentalität auf die scharfe Gegensätzlichkeit des Nationalsozialismus, dem zwar keineswegs das Verständnis dafür abgeht, daß jeder Unternehmer für die Rentabilität seines Unternehmens ernsthaft zu sorgen hat, der aber die Berechtigung

C. Koehn, Stettin Gegr. 1873
Bollwerk 10 (Baumhof)
Fernruf 30291 und 30292
Tel.-Adr.: Schleppkoehn
See- und Hafenschlepper
Eisbrech- u. Bergungsdampfer

dieses kalten Rechnens verneint, soweit es nur mit Vernachlässigung der pflichtmäßigen Sorge für das Wohl des Volksganzen, der sozialen Pflicht, des Gefühls für das Menschliche, durchzusetzen ist.

Diese Einstellung ist nicht neu; sie bildete u. a. den Grundbestandteil des Programms der vor der nationalen Revolution des Jahres 1933 in Deutschland herrschenden großen Partei, der Sozialdemokratie. Sie war aber eben nur Programm, nicht Erfüllung und nicht einmal Wille zur Erfüllung. Diejenigen, die damals führend für die Verwirklichung der Idee im deutschen Volksleben zu sorgen bestimmt waren, verfielen zum großen Teil entweder selbst den lockenden Reizen der materialistischen Denkweise, oder sie hatten nicht das richtige Empfinden für das, was ihnen die nationale Selbstachtung des Volkes zu tun gebot, und sie gingen achtlos und geringschätzig auch an den Warnungen und dem Schicksal des trotz aller vergiftenden Einflußversuche noch immer weit überwiegenden Teiles der ehrbaren deutschen selbständigen Kaufmannschaft vorüber.

Wäre nicht der bei weitem größte Teil des deutschen Volkes und damit auch der deutschen Kaufmannschaft durch alle Gefährdungen der ersten 14 Jahre der Nachkriegszeit hindurch im Innersten sittlich gesund und kräftig geblieben, so wäre der gewaltige Erfolg der nationalsozialistischen Bewegung als der Wiedererweckerin aller guten deutschen Instinkte nicht so möglich gewesen, wie er bereits besteht und wie er sich weiter vergrößern wird. Einer systematischen Erziehung des deutschen Volkes und der deutschen Kaufmannschaft von Grund auf bedarf es also nicht. Der erstrebte Erfolg wird vielmehr vollkommen dann gesichert, wenn diesem Volke eine Regelung der staatlichen Verwaltungsgrundsätze und des Gemeinschaftslebens gegeben wird, die nicht artfremd ist, sondern seinem ureigenen deutschen Wesen entspricht. Diese Regelung ist auch auf wirtschaftlichem Gebiete im Dritten Reich bereits weit vorgeschritten. Der Fortschritt will nicht gemessen werden an dem immerhin beträchtlichen Umfang des neuen Gesetzgebungswerkes, sondern an seinem inneren Gehalt. Neben der einfachen klaren Gesetzessprache, der Beseitigung unorganischer und widerspruchsvoller, in ihrer Wirkung oft unbilliger Ungereimtheiten der übernommenen Gesetze im einzelnen steht hier vor allem das kühne, auf Vertrauen in den Durchsetzungswillen der deutschen Unternehmerschaft gegründete Reformwerk der Steuergesetze, weiter die soziale Gesetzgebung, die in der Schaffung der Arbeitsfront, der Einsetzung des Treuhänders der Arbeit und dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 gipfelt. Die Um- und Eingliederung der selbständig wirtschaftenden Menschen im Sinne einer Beseitigung der verwirrenden Vielheit der vorher bestehenden Verbände und Vereine und die straffe Zusammenfassung der neu geschaffenen Organisationsformen in der Lenkung durch einen maßgebenden Willen war verhältnismäßig einfach in den Gebieten der Landwirtschaft und des Handwerks, weit schwerer jedoch beim Handel und bei der Industrie mit der Vielgestalt ihrer Betätigungsformen. Die Einsicht in das Schwierige der Aufgabe gestattet nicht, einen Vorwurf daraus zu machen, daß der rechte Weg hier nicht sofort gefunden wurde. Jedenfalls aber herrschte noch geraume Zeit nach dem Durchbruch der nationalen Revolution mangels richtunggebender maßgeblicher Weisungen bei den Verbänden und Körperschaften im Umkreis der gewerblichen Wirtschaft und bei den einzelnen Wirtschafttreibenden selbst eine große Unsicherheit, welche die sachliche Arbeit beeinträchtigte und dazu zwang, sich im Uebermaß mit Fragen der Organisation zu beschäftigen. Diese Unsicherheit erzeugte auf der einen Seite eine lähmende Zaghaftigkeit, umgekehrt aber auch den Anreiz zu Uebergriffen. Der erste gesetzgeberische Schritt zur Ordnung der Dinge geschah erst mit dem Reichsgesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft vom 27. Februar 1934 (R.G.Bl. Seite 185). Dieses Gesetz enthielt aber auch noch nicht einen fest umrissenen Aufbauplan, sondern in seinen 5 Paragraphen lediglich die Ermächtigung des Reichswirtschaftsministers, zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der Wirtschaft Wirtschaftsverbände als alleinige Vertretung ihres Wirtschaftszweiges in der ihm zweckmäßig dünkenden Weise zu bilden. In seiner programmatischen Rede vom 13. März 1934 entwickelte dann der damalige Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt im Reichswirtschaftsrat vor Vertretern der gesamten Wirtschaft seinen Reformplan. Er unterstellte in diesem Plan die gesamte Organisation der gewerblichen Wirtschaft einem von ihm zu ernennenden Führer (Keßler, später Graf von der Goltz) und faßte sie in ihrer obersten Gliederung in zwölf Hauptgruppen zusammen, und zwar:

Gruppe I:	Bergbau, Eisen- und Metallgewinnung,
Gruppe II:	Maschinenbau, Elektrotechnik, Optik und Feinmechanik,
Gruppe III:	Eisen-, Blech- und Metallwaren,
Gruppe IV:	Steine und Erden, Holz-, Bau-, Glas- und keramische Industrie,
Gruppe V:	Chemie, technische Oele und Fette, Papier- und papierverarbeitende Industrie,
Gruppe VI:	Leder, Textilien, Bekleidung,
Gruppe VII:	Nahrungsmittelindustrie,
Gruppe VIII:	Handwerk,
Gruppe IX:	Handel,
Gruppe X:	Banken und Kredit,
Gruppe XI:	Versicherung,
Gruppe XII:	Verkehr,
Gruppe XIII:	Energie-Erzeugung.

Die Hauptgruppen gliederten sich nach unten weiter in Fach- und bezirkliche Untergruppen.

Ueber die Industrie- und Handelskammern, das Rückgrat der wirtschaftlichen Organisationen der vornationalsozialistischen Zeit, sagte der Minister in seiner Rede nur, „daß sie in Zukunft nicht nur bestehen bleiben, sondern eine lebenswichtige Funktion auszuüben haben. Sie sollen wie bisher das örtliche Zusammenwirken der Handels- und Industrieunternehmungen fördern, vor allen Dingen im Hinblick auf die gegebenen besonderen Verhältnisse ihres Bezirks dem Interessenausgleich dienen."

Damit und durch spätere ähnliche allgemeine Aeußerungen von maßgebender Stelle waren zwar die bisher bestehenden Zweifel, ob die Industrie- und Handelskammern in dem neuen Organisationswerk überhaupt Platz finden würden, einigermaßen behoben; aber es blieb doch die Unsicherheit, in welcher Gestaltung und in welchem Umfange ihres Wirkungs-

bereichs sie sich erhalten würden. Dieses Unsicherheitsgefühl hatte seine sehr reale Berechtigung angesichts der Tatsache, daß den Industrie- und Handelskammern im Wege der Gesetzgebung wichtige Teile ihrer bisherigen Betreuungszuständigkeit genommen und auf andere Stellen übertragen wurden. Dazu gehört zunächst die durch das Gesetz über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes und Maßnahmen zur Markt- und Preisregelung für wirtschaftliche Erzeugnisse vom 13. September 1933 (R.G.Bl. Seite 626) dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft gegebene Ermächtigung, über den Aufbau des Reichsnährstandes eine vorläufige Regelung zu treffen. Zum Reichsnährstand gehören nach § 1 des Gesetzes außer der Landwirtschaft, Forstwirtschaft, dem Gartenbau, der Fischerei und Jagd auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Landhandel (Groß- und Kleinhandel), die Bearbeiter und Verarbeiter landwirtschaftlicher Erzeugnisse und (§ 3 des Gesetzes) der aus ihnen durch Bearbeitung oder Verarbeitung oder Weiterverarbeitung gewonnenen Erzeugnisse. In den Verordnungen über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes vom 8. Dezember 1933 (R.G.Bl. Seite 1060), 15. Januar 1934 (R.G.Bl. Seite 32) und 16. Februar 1934 (R.G.Bl. Seite 100) macht dann der Minister für Ernährung und Landwirtschaft von der ihm erteilten Ermächtigung in Einzelanordnungen Gebrauch. Es geschah dies mit dem Ergebnis, daß aus dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft in den Reichsnährstand übernommen wurden: Die Handels- und Industriebetriebe der Wirtschaft mit Ackerbau-Erzeugnissen, der Viehwirtschaft, der Brauwirtschaft, der Zuckerwirtschaft, der Stärke- und Brennereiwirtschaft, der Fischwirtschaft, der Fett- und Milchwirtschaft, der Lebens- und Genußmittel, der Holzwirtschaft und des nicht in den genannten Wirtschaftszweigen aufgeführten Lebensmitteleinzelhandels. Damit waren, namentlich im Norden und Nordosten Deutschlands, wo Handel und Industrie sich überwiegend auf die Landwirtschaft stützen, recht wesentliche Teile der gewerblichen Wirtschaft aus dem bisherigen Betreuungsgebiet der Industrie- und Handelskammern abgetrennt, so auch in Pommern. Die offensichtlich zu weit vorgetriebene Loslösung von den Industrie- und Handelskammern fand dann allerdings ihre teilweise Abmilderung, indem das Gesetz und die Verordnung über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes nicht in ihrer aus dem Wortlaut sich ergebenden Tragweite durchgeführt wurden. So wurde von dem Reichsnährstand und dem Deutschen Industrie- und Handelstag, der damaligen Spitzenvertretung der Industrie- und Handelskammern, das Abkommen vom 3. Juli 1934 getroffen, nach dem für die Regelung der Erzeugung, des Absatzes, der Preise und Preisspannen für alle in der dritten Verordnung über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes genannten Betriebe, wie sie weiter oben aufgeführt sind, der Reichsnährstand ausschließlich zuständig ist. Der Reichsnährstand erklärte sich aber in diesem Abkommen bereit, vor Erlaß solcher Maßnahmen wegen ihrer Auswirkung auf die Gesamtwirtschaft oder einzelne andere Wirtschaftszweige der Industrie und des Handels den Industrie- und Handelstag oder die Handelskammern zu hören. Den Industrie- und Handelskammern bleiben nach dem Abkommen vom 3. Juli 1934 für alle in der dritten Verordnung über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes genannten Betriebe die Aufgabengebiete der Gewerbepolitik, Sozialpolitik, des Verkehrswesens, des kaufmännischen und gewerblichen Bildungswesens, teilweise der kaufmännischen Ehrengerichtsbarkeit und die Erteilung von Ursprungszeugnissen und anderen Urkunden für den Wirtschaftsverkehr, insbesondere auf Grund der devisenrechtlichen Bestimmungen. Im übrigen ist in dem Abkommen eine Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Handelspolitik, Steuerpolitik und Rechtspolitik im einzelnen vorgesehen und die Regelung der Erhebung und Verteilung der Beiträge vorbehalten. Wie weit sich auf Grund dieser Aufteilung der Aufgaben zwischen Reichsnährstand und Industrie- und Handelskammern eine den berechtigten Interessen der betroffenen Wirtschaftsbetriebe gerecht werdende Betreuung ergeben wird, wird die Praxis erweisen.

Eine weitere Loslösung wichtiger Teile der gewerblichen Wirtschaft von den Industrie- und Handelskammern ergab sich in Verfolg des Reichskulturkammer-Gesetzes vom 23. September 1933 (R.G.Bl. Seite 661). Nach der ersten Verordnung zur Durchführung dieses Gesetzes vom 1. November 1933 (R.G.Bl. Seite 797) ist es vornehmlich Aufgabe der sechs im Rahmen der Reichskulturkammer errichteten Einzelkammern (Reichsschrifttumkammer, Reichstheaterkammer, Reichspressekammer, Reichsrundfunkkammer, Reichsmusikkammer und Reichskammer der bildenden Künste), die wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten der Kulturberufe zu regeln. Einer solchen Einzelkammer muß nach § 4 der Verordnung als Mitglied angehören, wer bei der Erzeugung, der Wiedergabe, der geistigen oder technischen Verarbeitung, der Verbreitung, der Erhaltung, dem Absatz oder der Vermittlung des Absatzes von Kulturgut mitwirkt. Verbreitung ist auch die Erzeugung und der Absatz technischer Verbreitungsmittel. Die mehrfachen Versuche des Industrie- und Handelstages, hier ebenso wie mit dem Reichsnährstand eine den tatsächlichen Verhältnissen gerecht werdende Aufteilung der Aufgaben der Reichskulturkammer und der Industrie- und Handelskammern gemeinsam zu finden, sind bisher gescheitert. Der Präsident der Reichskulturkammer hat vielmehr in seiner Anordnung vom 20. Juni 1934 allen mittelbaren und unmittelbaren Mitgliedern der Reichskulturkammer die Zugehörigkeit zu einer Industrie- und Handelskammer, einer Handwerkskammer sowie der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels untersagt und als mögliche Folge der Nichtbeachtung dieser Anordnung den Verlust des Rechtes zur weiteren Berufsausübung angedroht. Er spricht bei seiner Anordnung aus, daß diese Anordnung als auf Grund eines Reichsgesetzes erfolgte Regelung den landesrechtlichen Bestimmungen vorgehe. Es kann an dieser Stelle auf die Folgen dieses Standpunktes des Präsidenten der Reichskulturkammer nicht eingegangen werden. — Beispielsweise sei nur aus den Erfahrungen der Industrie- und Handelskammer zu Stettin erwähnt, daß große Gastwirtsbetriebe auf Grund dieser Anordnung deshalb ihren „Austritt" aus der Industrie- und Handelskammer erklären zu können glaubten, weil in ihnen regelmäßig eine Musikkapelle spielt oder Sänger auftreten oder ferner, daß eine große Versicherungsgesellschaft in Zweifel geriet, ob sie bei der Industrie-

und Handelskammer verbleiben konnte, weil sie eine Hauszeitschrift herausgibt.

Es ergaben sich also aus diesen Verhältnissen, wie sie für die gewerblichen Betriebe im Bereiche der Volksernährung und der Kulturpflege geschaffen wurden, starke Einengungen der Arbeit der Industrie- und Handelskammern, die früher das ganze Gebiet der gewerblichen Wirtschaft mit den für ihre Behandlung gegebenen einheitlichen Gesichtspunkten umfaßte. Wenn man den Industrie- und Handelskammern damit Vieles und Bedeutsames aus ihrem früheren Aufgabenkreis nahm, so dürfte dafür der Anlaß nicht irgendwelches Versagen der Kammern bei ihrer Arbeit gewesen sein. Jedenfalls würde eine solche Begründung einer ernsthaften, unvoreingenommenen Behandlung der Angelegenheit nicht standhalten. Wenn man zur Durchsetzung nationalsozialistischen Denkens und Empfindens nach einer wirksamen Umordnungsform der deutschen Wirtschaft suchte, so mußte eigentlich der Blick zuerst auf die durch lange Praxis erprobte Einrichtung der Industrie- und Handelskammern fallen und von dort als dem Mittelpunkt aus die neue Gliederung gestaltet werden. Der Grundgedanke der Industrie- und Handelskammern ist „vorweggenommener Nationalsozialismus". Wenn eine Einrichtung innerhalb des wirtschaftlichen Organismus geeignet war, der Uebertreibung selbstischer Regungen bei den Wirtschaftenden entgegenzutreten, so waren das von jeher die Industrie- und Handelskammern. Die Abneigung, die man gegen die teilweise Ueberbildung des Rentabilitätsstrebens in der Bevölkerung hatte, wandte sich vor allem gegen die Kammern, in denen man die Versammlungen solcher unsympathischen Kaufleute sah. Das war völlige Verkennung des Wesens der Kammern, in deren vom Gesetz bestimmten Aufgabenkreis niemals die Behandlung der Fragen gehörte, wie man Unternehmen rentabel gestaltet, und wie überhaupt ein Unternehmer seinen Betrieb zu führen habe. Mit Lohnregelungsfragen und Lohngestaltungsfragen haben sich die Industrie- und Handelskammern grundsätzlich niemals befaßt. Ihre Beschäftigung mit wirtschaftspolitischen Angelegenheiten geschah immer nur in dem Sinne der Betreuung der Gesamtwirtschaft des ihnen anvertrauten Bezirks zur Abwendung von drohenden Benachteiligungen oder zur Beseitigung der Hindernisse, die für ihre auch im Interesse der ganzen deutschen Volkswirtschaft gebotene Entfaltung erwuchsen. Ein Klub zur Pflege der Durchsetzung von Eigeninteressen konnte eine Handelskammer schon deshalb niemals sein, weil die Interessen der in der Kammer sich zusammenfindenden Kaufleute sich keineswegs deckten und teilweise sogar stark auseinanderliefen. Es mußte sich daraus eine stark hemmende Reibung für jeden Versuch einzelner Kaufleute oder von Gruppen von Kaufleuten ergeben, der auf die Durchsetzung egoistischer Ziele ohne Berücksichtigung der Wirkung des Erstrebten auf andere Interessen gerichtet war. Also schon die Tatsache, daß Interesse gegen Interesse stand, wirkte regulierend. Dazu kam aber, daß die Kammern ihre Tätigkeit unter staatlicher Aufsicht ausübten, und daß sie die Vermittler für die Wünsche der ihnen angeschlossenen Wirtschaftskreise bei den Behörden waren. Es ergab sich daraus für sie der Zwang, ihre Aeußerungen, Vorschläge und Wahrnehmungen den Rücksichten anzupassen, die sie im Verkehr mit Behörden zu nehmen gezwungen waren, und damit also vor allem auch ihre Wünsche so zu gestalten, daß ihnen dabei nicht ein Uebersehen des Staats- und Volkswohles zum Vorwurf gemacht werden konnte. Die Einrichtung der Kammern in ihrer organisatorischen Gestaltung als solche übt also einen überaus wirksamen Schutz gegen jedes Uebermaß des egoistischen Triebes in der wirtschaftlichen Betätigung aus. Damit ist vielleicht eine dauerhaftere Handhabe zur Erreichung einer auch dem Gemeinnutz Raum gebenden Wirtschaftshaltung vorhanden, als mit der Erwartung einer konstanten inneren Wandlung der Wirtschaftsgesinnung.

Im übrigen ist aber auch die Ausnutzung der wesenhaften Funktionen einer Industrie- und Handelskammer ein empfehlenswertes Mittel bei der Erziehung zu einer Gesinnung, wie sie nach nationalsozialistischer Auffassung sich bei Kaufleuten durchsetzen soll. Eben weil die Kammern solche Wirkungen ausüben, waren sie naturgemäß auch in gewissen Kreisen der Wirtschaft selbst nicht beliebt, denn diese Kreise empfanden die Abschleifung und Rückführung ihrer Eigeninteressen auf das für die Allgemeinheit erträgliche Maß als durchaus unbequem. So kam es, daß mancher Wirtschaftende und mancher Wirtschaftsverband, der die Kammer in ihrer Wirkungsweise kannte, sie ablehnte, weil sie eine ihren Eigeninteressen unzuträgliche Berücksichtigung auch anderer Interessen offenbaren mußte, und daß umgekehrt außerhalb der Wirtschaft stehende Kreise die Kammern in völliger Unkenntnis ihres Wesens ablehnten, weil sie ihrer Meinung nach die Verfechterin des Wirtschaftsegoismus waren.

Es soll keineswegs behauptet werden, daß die Kammern Vorkämpfer für die ausschließliche Geltung des gemeinnützigen Gedankentums waren. Jede kaufmännische Betätigung erfordert, wenn sie Erfolg haben soll, ein gutes Maß gesunden Eigennutzgefühls; das leugnet auch der Nationalsozialismus nicht. Diese Erfahrungsnotwendigkeit mußten also auch die Kammern bei der Beurteilung der von ihnen zu behandelnden Vorgänge stets mit in Betracht ziehen. Für die Abgrenzung des Spielraumes, den man im Einzelfalle der eigennützigen Forderung gegenüber den gemeinnützigen Rücksichten läßt, wird die von den öffentlichen Gewalten verlangte politische und wirtschaftspolitische Gesinnungshaltung immer von maßgebendem Einfluß sein. Die Folge muß unter nationalsozialistischer Führung eine Zurücksetzung der Grenze der egoistischen Betätigung werden. Das hat der Nationalsozialismus auch bereits erreicht, indem die Kammern mit Männern besetzt wurden, die die nationalsozialistische Weltanschauung bejahen, und indem weitere gewisse organisatorische Aenderungen innerhalb der Kammer geschaffen wurden. — Wenn man also eine Organisation der Wirtschaft zu finden suchte, welche am besten geeignet war, auch in den Regionen der Wirtschaftstreibenden die nationalsozialistische Weltanschauung durchzusetzen, so war es nicht nötig, die Industrie- und Handelskammern als einen Fremdkörper in dieser Neuorganisation zu beseitigen oder in ihrem Arbeitsbereich zu beschränken oder auch von Grund auf umzubilden, sondern es bot sich in diesen Industrie- und Handelskammern eigentlich ganz von selbst das Organisationsgebilde, welches nach Anpassung gewisser innerer Organisationsänderungen am besten geeignet war, im Sinne

des Nationalsozialismus zu wirken. Man kann sagen, daß der Kammergedanke, wenn er nicht schon vorher gedacht und verwirklicht worden wäre, vom Nationalsozialismus hätte erdacht werden müssen.
Wie man der Berechtigung dieser Auffassung von der Bedeutung der Kammern in der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft vom 27. November 1934 (R.G.Bl. Seite 1194) nunmehr auch gesetzgeberisch Rechnung getragen hat, wird in einem weiteren Aufsatz behandelt werden. In diesem Aufsatz werden weiter zu besprechen sein die Organisationsbildungen in der Wirtschaft Pommerns, besonders der Industrie- und Handelskammer zu Stettin, welche sich nicht aus der für das ganze Deutsche Reich geschaffenen Neuorganisation der Wirtschaft ergaben, sondern Besonderheiten in der pommerschen Entwicklung aufweisen. Zu besprechen sein wird im einzelnen auch noch die Umformung der Organisation der Kammer, welche die Anpassung an die nationalsozialistische Weltanschauung erforderte.

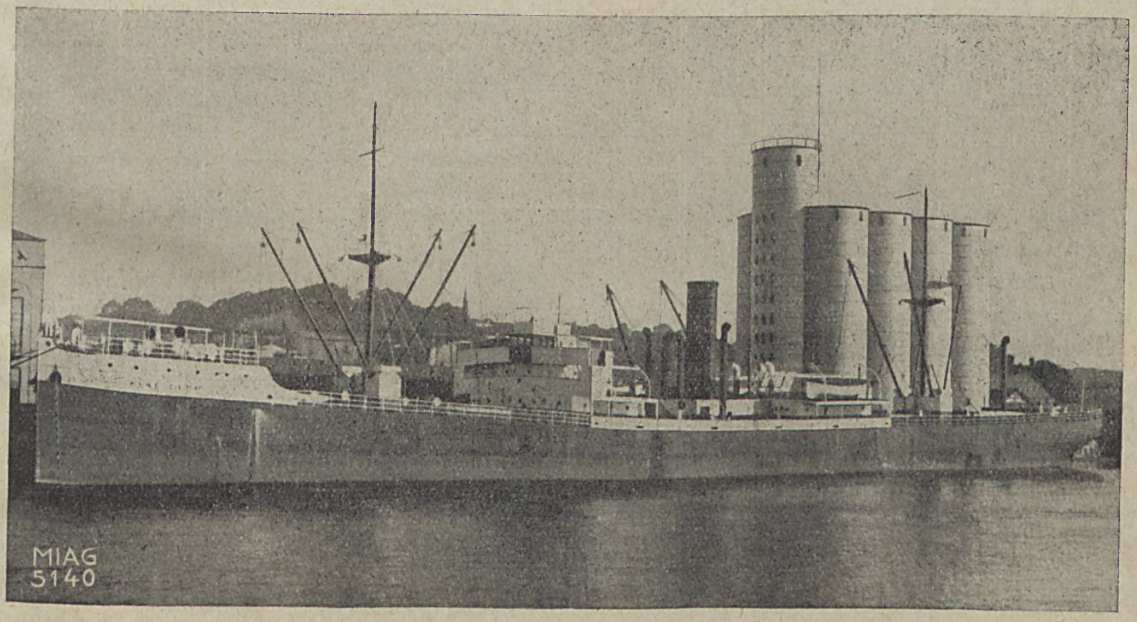
Berger.

Der Stettiner Hafen im Jahre 1934.

(Das vorläufige Verkehrsergebnis.)

Bericht der Stettiner Hafengesellschaft m. b. H.

Ein- und ausgehend wurden im Berichtsjahre 9929 Seeschiffe mit rd. 15 Mill. Netto cbm-Raumgehalt im Vergleich zu 8601 Schiffen mit 12,5 Mill. cbm im Jahre 1933 gezählt. Die vermehrte Schiffsraum-t brachte bei gedrückten Frachtraten für den deutschen Reeder nicht gleichbedeutenden Gewinn.
Der Güterverkehr über See hat im Ein- und Ausgang zusammengenommen rd. 5,58 Mill. t gegenüber 4,46 Mill. t erreicht. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von rd. 25 Proz. Da im Jahre 1913 rd. 6,24 Mill. t Güter in Stettin über See umgeschlagen wurden, sind trotz dieser Steigerung erst rd. 89 Proz. des Friedensverkehrs wieder erreicht worden. Immerhin muß dieses Ergebnis bei den Anstrengungen, die im vergangenen Jahre ganz allgemein zur Belebung der Ostwirtschaft gemacht wurden, als zufriedenstellend bezeichnet werden.
Das Anwachsen der Verkehrsziffern ist nicht etwa auf einen verstärkten Stückgut-Außenhandel via Stet-



Stahlsilo der Stettiner Oelwerke A.G., Züllchow

Nicht allein in Deutschland, in der ganzen Welt wird die Miag mit dem Bau bedeutender Speicher- und Silo-Anlagen beauftragt, weil Wirtschaftlichkeit und hohe Leistungsfähigkeit stets im besonderen Maße in Miag-Anlagen verkörpert sind

MIAG BRAUNSCHWEIG

Dammschüttung durch den Dunzig für den Getreidespeicher Stettin.

Cohrs & Ammé Nachfolger
Stettin

Zweigniederlassungen in: **Berlin-Charlottenburg 5,** Sophie-Charlotte-Straße 15
Lübeck, Große Altefähre 28

Telegramm-Adresse für alle Häuser: Cohrsam

Spedition — **Durchfrachten nach und von allen Richtungen, auch auf Durchgangskonnossement.**

Lagerung — **Große Lagerhäuser mit direktem Bahnanschluß an seetiefen Kais in unmittelbarer Nähe desStettiner Freibezirks.**

Versicherung — **Charterung von Extraschiffen. Musternahme, Verwiegung, Qualitätskontrolle**

tin zurückzuführen, sondern auf die zunehmende Belebung bei hauptsächlich zwei Güterarten, für die Stettin von jeher bedeutender Umschlagsplatz ist, nämlich Kohle und Erze.

Entsprechend dem stärkeren Erz- und Kohlenverkehr in der Seeschiffahrt hat auch der Güterverkehr auf der Binnenwasserstraße eine Zunahme erfahren, und zwar von rd. 3,1 Mill. t auf 3,6 Mill. t, wobei es sich in erster Linie um einen verstärkten Verkehr auf dem Großschiffahrtswege Stettin—Berlin handelt, zu dessen technischen Vervollkommnung das Hebewerk von Niederfinow, durch Ministerpräsident Hermann Göring persönlich eröffnet, in Betrieb genommen wurde.

Ueber die wichtigsten Verkehrsdaten des Stettiner Hafens im verflossenen Jahre geben die folgenden Uebersichten Aufschluß:

I. Seeschiffsverkehr nach Zahl und Raumgehalt.

	Eingang		Ausgang	
Jahr	Zahl	Ncbm	Zahl	Nbcm
1934	5 035	7 516 000	4 894	7 513 749
1933	4 291	6 234 492	4 310	6 292 063
1932	3 808	4 854 016	3 662	4 803 043
1913	5 926	7 553 334	6 200	7 650 190

II. Güterverkehr über See.

(Mengenangabe in t zu 1000 kg)

Jahr	Eingang	Ausgang	Insgesamt
1934	3 860 000	1 720 000	5 580 000
1933	3 083 358	1 379 312	4 462 670
1932	2 264 413	1 073 550	3 337 963
1913	4 254 563	1 990 975	6 245 538

III. Güterverkehr auf der Binnenwasserstraße.

(Mengenangabe in t zu 1000 kg)

Jahr	Eingang	Ausgang	Insgesamt
1934	1 438 000	2 202 000	3 640 000
1933	1 249 447	1 884 437	3 133 884
1932	930 377	1 259 377	2 189 754

Ein ausführlicher Bericht über den Stettiner Hafen aus der Feder des Geschäftsführers der Hafengesellschaft, Reichsverkehrsminister a. D. Dr. Dr. Krohne, folgt in der nächsten Ausgabe des Ostsee-Handel.

Die pommersche Automobilindustrie

Zwei Jahre erfreulichen wirtschaftlichen Wiederauflebens liegen hinter uns! Einen ganz erstaunlichen Aufschwung hat dank der weitblickenden Fürsorge unseres Führers die deutsche Automobilindustrie in dieser Zeit genommen. Noch sind wir lange nicht am Ziele, noch besitzt lange nicht jede deutsche Familie einen Kraftwagen, noch müssen die Neuwagen in großer Stückzahl in den Markt eindringen, noch ist der Bedarf erst zu einem kleinen Teile gesättigt — und doch, denken wir nur zwei Jahre zurück: Da lag die deutsche Automobilindustrie fast im Sterben. 41 114 neu zugelassene Personenkraftwagen waren das ganze Ergebnis des Jahres 1932. Im nächsten Jahre schon zeigte sich der Fortschritt überzeugend, da waren die Hauptschranken gefallen, die den Weg zum Aufstieg versperrten. 82 048 Personenkraftwagen wiesen die Zulassungslisten auf — und 1934 sind es in den ersten 11 Monaten bereits 121 671 neue Personenkraft-

wagen, die ihren Besitzer gefunden haben. Pommern war daran mit 3 409 Neuzulassungen von Januar bis November 1934 beteiligt (gegenüber 2091 Neuzulassungen 1933). Gibt es einen überzeugenderen Beweis für die Richtigkeit der nationalsozialistischen Wirtschaftsführung? Die Quellen dieses Aufstieges sind zu bekannt, als daß sie hier aufgezählt werden müßten. Um 59 Proz. liegt das Zulassungsergebnis 1934 höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres (mit 76 507 Stück).

Interessant — auch im Hinblick auf unsere pommersche Automobilindustrie — ist ein Blick auf die Verteilung der einzelnen Wagenklassen. Von den 1934 erzeugten Personenkraftwagen fallen nicht weniger als 50 Proz. der gesamten Personenwagenerzeugung im Deutschen Reiche in die Klasse von 1—1,5 Ltr. Zylinderinhalt, ein Beweis dafür, daß der mittelstarke Personenkraftwagen heute und auch wohl in Zukunft die meisten Aussichten als Motorisierungsmittel für die deutsche Bevölkerung zu haben scheint — ganz zu schweigen von den Kreisen, die durch den mit Spannung erwarteten Volkswagen noch zu erfassen sind.

Es ist besonders erfreulich, daß im Rahmen des Aufstieges der gesamten deutschen Automobilindustrie auch die Kraftwagenerzeugung im Pommernlande ihren Anteil genommen hat. Seit etwa 40 Jahren werden in Stettin bei den Stoewer-Werken — der einzigen Automobilfabrik im Norden Deutschlands — Personenkraftwagen hergestellt. Auch hier gingen die Stürme der vergangenen Jahre nicht spurlos vorüber. Heute aber darf man mit Recht behaupten, daß die pommersche Automobilindustrie im Rahmen der gesamten Wiederbelebung unserer Wirtschaft ihren Weg mit neuer Energie und befriedigendem Erfolge geht. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm hat auch hier die gewünschten Erfolge gezeitigt, und z. B. eine Erhöhung der gesamten Belegschaft der Stoewer-Werke von 1932 auf 1933 um etwa 50 Proz. und für 1934 nochmals bis zu etwa 40 Proz. mit sich gebracht, so daß als Höchststand etwa 1400 Arbeiter und Angestellte in der pommerschen Automobilindustrie in Lohn und Brot standen. Das bedeutet einschließlich der durch die Automobilindustrie weiter beschäftigten Zulieferindustrien eine mehrfach höhere Anzahl von dem Arbeitskreislauf wieder zugeführten Volksgenossen. In wirtschaftlicher Hinsicht ist der mengenmäßige Umsatz an neuen Wagen in der pommerschen Automobilindustrie gegenüber 1932 im Jahre 1933 um 70 Proz., wertmäßig um 61 Proz. gestiegen. Das Jahr 1934 ist noch nicht abschließend zu überblicken, doch kann man heute schon feststellen, daß der wertmäßige Umsatz den des Vorjahres bestimmt erreichen, wenn nicht übertreffen wird. Innere Neuorganisation und betriebstechnische Neuordnungen und Umstellungen haben in diesem Jahre teilweise etwas hemmend auf die Erzeugung eingewirkt. Mit dem Ende dieses Jahres aber sind die Umstellungsarbeiten soweit gediehen, daß mühelos den Anforderungen des Marktes nachgekommen werden kann. Einen aussichtsreichen Ausblick für die kommende Produktion stellt dabei die Tatsache dar, daß die pommersche Automobilindustrie mit ihren Erzeugnissen an Personenkraftwagen gerade in den Klassen liegt, die — wie weiter oben erwähnt wurde — den Hauptanteil am gesamten deutschen Personenkraftwagengeschäft ausmachen.

H. A. K.

Einzelhandel

Inventurverkauf 1935.

Der Reichswirtschaftsminister und Preuß. Minister für Wirtschaft und Arbeit hat in seinem Erlaß vom 5. 12. 1934 sämtliche Richtlinien für den Inventurverkauf 1935 erlassen. Der Erlaß hat folgenden Wortlaut:

„Die Erfahrungen aus den diesjährigen Inventurverkäufen und Saisonschlußverkäufen haben die Zweckmäßigkeit einheitlicher Regelung dieser Verkäufe durchaus bestätigt. Es ist deshalb in Aussicht genommen, in einer Novelle zum Wettbewerbsgesetz, die einige noch offene Fragen des Ausverkaufsrechts regeln wird, die Befugnisse der höheren Verwaltungsbehörde aus § 9 UWG. auf die Zentralbehörde zu übernehmen. Mit der Regelung des Inventurverkaufs 1935 kann jedoch bis zum Abschluß dieser gesetzgeberischen Arbeiten nicht mehr gewartet werden. Ich ersuche deshalb, die nach § 9 UWG. zuständigen höheren Verwaltungsbehörden anzuweisen, für den Inventurverkauf 1935 folgende Anordnungen zu erlassen:

I. Als Beginn des Inventurverkaufs wird der letzte Montag im Januar, d. i. der 28. Januar 1935 festgesetzt. Ich bitte, Sonderwünschen auf Früher- oder Späterlegung dieses Termins, der in den beteiligten Wirtschaftskreisen ganz überwiegend empfohlen wird, in keinem Falle zu entsprechen. Ausnahmen kommen auch für Winterkurorte nicht in Frage, da die Saison dort ohnehin bis April dauert.

II. Der Inventurverkauf soll längstens 12 Werktage dauern. Die zeitliche Beschränkung der Inventurverkäufe hat sich bewährt. Gegen eine Verkürzung der Frist bestehen jedoch keine Bedenken, sofern die zuständige amtliche Berufsvertretung (Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer) dies beantragt.

III. Die Verkäufe sind als „Inventurverkäufe" zu bezeichnen. Hierbei ist es unerheblich, ob die Schreibweise Trennungsstriche aufweist oder nicht. Der Zeitpunkt des Beginns der Veranstaltung, muß für jedermann deutlich erkennbar angegeben werden.

IV. Für die Verkäufe sind allgemein folgende Beschränkungen vorzusehen:

1. Auf den Inventurverkauf bezugnehmende Ankündigungen und Mitteilungen jeglicher Art dürfen grundsätzlich nicht früher als 24 Stunden vor Beginn der Verkäufe erfolgen. In Zeitungen, die weniger als 7 mal in der Woche, aber mindestens wöchentlich, und nicht gerade am 27. Januar erscheinen, dürfen Ankündigungen und Anzeigen von Inventurverkäufen bereits in der vor diesem Tage erscheinenden letzten Ausgabe enthalten sein. Mit der Verteilung von Druckschriften und Plakaten durch Reklameunternehmen darf in Rücksicht auf den der Eröffnung des Inventurverkaufs vorausgehenden Sonntag bereits am Sonnabend, den 26. Januar ab 16 Uhr begonnen werden. Aus dem gleichen Grunde wird zugelassen, daß Ankündigungen und Mitteilungen, die durch Schaustellung von Waren in Schaufenstern, Schaukästen und dergl. erfolgen, bereits am Sonnabend, den 26. Januar, abends nach Ladenschluß der Besichtigung durch das Publikum freigegeben werden. Ankündigungen und Mitteilungen außerhalb der Schaufenster und außerhalb des Geschäftslokals dürfen bereits am Sonnabend, den 26. Januar ab 16 Uhr, angebracht werden. Alle vorzeitig erfolgenden Ankündigungen und Mitteilungen müssen deutlich und unmißverständlich den Tag des Beginns der Veranstaltung angeben.

2. Es ist verboten, im Zusammenhang mit dem Inventurverkauf in öffentlichen Bekanntmachungen oder Mitteilungen, die für einen größeren Personenkreis bestimmt sind, Waren zum Verkauf anzubieten, die nach ihrem Verwendungszweck und dem Zeitpunkt ihrer Anschaffung und Herstellung durch den Verkäufer für den Vertrieb oder Verbrauch in dem künftigen Verbrauchsabschnitt (Saison) bestimmt sind. Das Angebot von Waren aus früheren Verbrauchsabschnitten ist zulässig.

3. Nach der gegenwärtigen Fassung des § 9 UWG. haben die zuständigen amtlichen Berufsvertretungen von Handel, Handwerk und Industrie darüber zu befinden, welche Warengruppen zu den Inventurverkäufen zugelassen werden. Die Industrie- und Handelskammern sind durch den Deutschen Industrie- und Handelstag dahin verständigt, daß auf dem Textilwarengebiet die nachstehend aufgeführten Waren von den Inventurverkäufen ausgeschlossen werden sollen.

1. **Herren- und Knabenkleidung:**
   Berufskleidung,
   Gabardinemäntel,
   Gesellschaftskleidung,
   blaue und schwarze Anzüge,
   Konfirmandenanzüge,
   Gummi- und Lederolmäntel,
   Lodenkleidung,
   Lederkleidung,
   Uniformen und Trachten,
   Skisportkleidung,
   Hausjoppen, Schlafröcke.

2. **Damen- und Mädchenkleidung:**
   Gabardinemäntel,
   Gummi- und Lederolmäntel,
   Kamelhaarmäntel,
   Lodenmäntel,
   Batistmäntel,
   Twillkostüme, schwarze und marine,
   Sportkleidung,
   Kieler Mädchenkleidung, B.d.M.-Artikel, Kletterwesten,
   Wasch- und Hauskleider aus bedrucktem Baumwollstoff.

3. **Herrenhüte:**
   Velourhüte,
   schwarze Hüte,
   blaue Mützen.

4. **Teppiche, Möbelstoffe und Gardinen:**
   Teppiche und sonstiger Fußbodenbelag,
   einfarbige Gardinen, Vorhang- und Möbelstoffe.

5. **Manufakturwaren:**
   einfarbige Stoffe jeder Art,
   gemusterte Kammgarnstoffe,
   einfarbige Wäschestoffe jeder Art.

6. **Wäsche:**
   weiße Leib- und Oberwäsche jeder Art,
   Erstlingswäsche,
   Bettwäsche, Küchenwäsche und Handtücher.

7. **Trikotagen:**
   Trikot-Unterkleidung jeder Art.

8. **Handarbeiten:**
   Handarbeitsgarne, Stick- und Strickmaterialien.

9. **Kurzwaren:**
   Kurzwaren jeder Art.

10. **Bettwaren:**
    Inletts,
    Stepp- und Daunendecken,
    Reise- und Schlafdecken,
    Bettfedern, Kapok und sonstiges Betten-Füllmaterial,

Matratzen,
Reformbetten,
Matratzenschoner,
Bettstellen.

11. **Fahnen und Fahnenstoffe:**
Fahnen und Fahnenstoffe jeder Art.

Ich werde den Ausschluß dieser Waren von den Inventurverkäufen, der schon in Rücksicht auf die Marktlage erforderlich erscheint, demnächst rechtsverbindlich anordnen.

V. Die vorstehende Regelung ist auch auf die von Versandgeschäften veranstalteten Inventurverkäufe anzuwenden."

Anmeldung zum Gesamtverband des Deutschen Einzelhandels e. V.

Der Gesamtverband des Deutschen Einzelhandels e. V., Berlin gibt folgende Mitteilung bekannt:

„Anmeldung zum Gesamtverband nachholen! Die Meldefrist zur Pflichtorganisation des Einzelhandels, dem Gesamtverband des deutschen Einzelhandels, ist am 8. Dezember abgelaufen. Die Meldestellen nehmen aber noch weiter Anmeldungen entgegen. Der Gesamtverband fordert alle Einzelhändler, die sich noch nicht gemeldet haben, auf, das Versäumte unverzüglich nachzuholen, damit ihnen keine Nachteile entstehen. Die nächste Meldestelle ist bei jedem Einzelhandelsverband zu erfahren.

Um Irrtümern vorzubeugen, teilt der Gesamtverband mit, daß die Zugehörigkeit zu anderen Gliederungen oder Organisationen der Einzelhändler von der Meldepflicht zum Gesamtverband des Deutschen Einzelhandels, der einzigen vom Reichswirtschaftsminister anerkannten Pflichtorganisation aller Einzelhändler, nicht befreit. Nur die Mitglieder des Rekofei (Reichsverband Deutscher Kauf-

Spedition, Lagerung
Transportübernahmen
Wieler & Co.
Stettin Hamburg
Fernspr. 23344—45 Fernspr. 322096
Telegr.-Adr.: Transwieler
Versicherungen, Commissionen

POMMERSCHE BANK
Aktiengesellschaft
STETTIN / MOLTKESTRASSE 15
Fernsprecher 25336
FILIALEN:
Anklam / Greifswald
Köslin / Kolberg / Neustettin
Schlawe / Stolp / Stralsund / Swinemünde
Treptow/Rega-Greifenberg
*
Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte
Sparkonten Nachttresor

Bohrisch
das Qualitätsbier.
Fernsprecher 35056

leute des Kolonialwaren-, Feinkost- und Lebensmitteleinzelhandels e. V.), des Reichsnährstandes und der Reichskulturkammer brauchen sich nicht zum Gesamtverband zu melden."

Finanzielle Organisation des Gesamtverbandes des Deutschen Einzelhandels.

Der Gesamtverband teilte in einem Rundschreiben vom 8. Dezember 1934 folgendes mit:

„Es besteht die Absicht, ab 1. April 1935 einen einheitlichen Mitgliedsbeitrag für alle Mitglieder des Gesamtverbandes des deutschen Einzelhandels zu erheben und von diesem Zeitpunkt an aus diesen Beiträgen die Finanzierung der Fachgruppen und Fachuntergruppen, der Zweckvereinigungen, der Bezirkswirtschaftsgruppen des Einzelhandels und deren Untergliederungen durchzuführen.

Voraussichtlich wird dieser Beitrag ¾ pro Mille vom Umsatz, mindestens Rm. 16.— jährlich für jedes Einzelhandelsunternehmen betragen, das der Mitgliedschaftspflicht zum Gesamtverband unterliegt.

Ist ein Unternehmen Mitglied des Gesamtverbandes, das Einzelhandel neben anderem Gewerbe betreibt, so wird der Beitrag nur von dem Einzelhandelsumsatz dieses Unternehmens eingehoben.

Die bestehenden Verbände des Einzelhandels bitte ich, sich darauf einzurichten, daß sie am 31. März 1935 ihr eigenes Etatsleben abschließen. In der Zwischenzeit müssen die Verbände aus eigenen Mitteln durchkommen. Es ergibt sich daraus die Notwendigkeit, für das erste Quartal 1935 von Seiten der Verbände weiter wie bisher Beiträge einzuziehen."

Der Leiter des Gesamtverbandes des Deutschen Einzelhandels e. V., Dr. Franz Hayler, erläßt folgenden Aufruf:

„Schönheit der Arbeit im Einzelhandel!

Kaufleute des deutschen Einzelhandels!

Die Deutsche Arbeitsfront, die Gemeinschaft der Schaffenden wirbt mit dem Einsatz aller ihr zu Verfügung stehenden Kräfte für die Stärkung der Arbeitsfreude und Förderung der Betriebsgemeinschaft durch Erhöhung der Schönheit der Arbeit. Dieser große Gedanke muß unsere Aufmerksamkeit auch auf eine würdige Gestaltung der Arbeits- und Unterkunftsräume von Kaufmannsgehilfen und Lehrlingen im Einzelhandel lenken. Der Reichsarbeitsminister hat kürzlich darüber neue Richtlinien herausgegeben, die den Verbänden des Einzelhandels übermittelt worden sind. Es ist eine wichtige Aufgabe aller Gliederungen des Einzelhandels, die Innehaltung dieser Richtlinien zu überwachen.

Wir Kaufleute des Einzelhandels sind mit Recht stolz darauf, daß sich in unserem Berufszweig ein menschliches Vertrauensverhältnis und enge Arbeitsbeziehungen zwischen den Unternehmern und ihren Mitarbeitern im Betrieb besonders stark erhalten haben. Weil dies der Fall ist, ist es auch vielfach überflüssig, schematische, bis ins einzelne gehende Normen für jeden Teil der Arbeitsbedingungen besonders in den mittleren und kleineren Fachgeschäften festzulegen. Das Vertrauen, das der Einzelhandel gerade in Bezug auf die Gestaltung seiner Arbeitsverhältnisse erwartet, setzt aber voraus, daß zwischen Kaufleuten und ihren Mitarbeitern die Gesinnung echter Arbeitskameradschaft überall vorhanden und lebendig ist. Eine solche Gesinnung verlangt auch, daß der Unternehmer stets für eine möglichst würdige Gestaltung der Arbeits-, der betrieblichen Aufenthalts- und der Unterkunftsverhältnisse seiner Mitarbeiter Sorge trägt. Es gehört insbesondere unmittelbar zu den Pflichten des Lehrherrn, für eine anständige Unterkunft des Lehrlings neben einer guten Berufsausbildung bemüht zu sein, ihn vor sittlichen Gefahren zu schützen und sich stets als mitverantwortlicher Vertreter und Berater der Eltern des Jungkaufmanns zu fühlen. Wenn Lehrlinge oder Jungkaufmannsgehilfen im Hause des Kaufmanns wohnen und beköstigt werden, müssen sie auch als Hausgenossen in die Familiengemeinschaft voll aufgenommen und so behandelt werden.

Als Einzelhandelskaufmann weiß ich, in welchem Umfange Arbeitsfreude und Leistungskraft im Betriebe von dem Maß der Achtung abhängt, das der Betriebsinhaber seinen Mitarbeitern entgegenbringt; sie befestigt die Autorität des Unternehmers und macht den Betriebsinhaber erst zum wirklichen Betriebsführer im Sinne der neuen Ordnung der Arbeitsverhältnisse im nationalsozialistischen Staat.

Ich wende mich an alle Kaufleute des Einzelhandels und mache sie, besonders aber die Leiter der Organisationen und ihrer Untergliederungen, dafür verantwortlich, diesen Geist in unseren Reihen lebendig zu halten."

Osthilfe und landwirtschaftliche Entschuldung

Neue Entschuldungsverfahren

1. Alexander, Richard und Else geb. Juhdes, Schmelzdorf, Friedrickenwalde.
   Entschuldungsstelle: Pomm. Landesgenossenschaftskasse e. G. m. b. H., Stettin. Anmeldefrist bis zum 31. Dezember 1934 bei dem Amtsgericht in Regenwalde.
2. Baumann, Karl, Rönnewerder bei Falkenwalde, Kreis Randow.
   Entschuldungsstelle: Randower Kreissparkasse, Stettin. Anmeldefrist bis zum 1. Januar 1935 bei dem Amtsgericht in Pölitz i. Pom.
3. Buske, Ernst, Neu-Maldewin.
   Entschuldungsstelle: Pomm. Landesgenossenschaftskasse e. G. m. b. H., Stettin. Anmeldefrist bis zum 31. Dezember 1934 bei dem Amtsgericht in Regenwalde.
4. Bergmann, Karl, Gr. Leistikow.
   Entschuldungsstelle: Kreissparkasse Naugard. Anmeldefrist bis zum 29. Dezember 1934 bei dem Amtsgericht in Naugard.
5. Berndt, Georg, Külz.
   Entschuldungsstelle: Kreissparkasse Naugard. Anmeldefrist bis zum 29. Dezember 1934 bei dem Amtsgericht in Naugard.
6. Buche, Otto, Louisenthal.
   Entschuldungsstelle: Kreissparkasse Naugard. Anmeldefrist bis zum 15. Januar 1935 bei dem Amtsgericht in Gollnow.
7. Dallmann, Albert, Gumminshof.
   Entschuldungsstelle: Kreissparkasse Greifenberg i. Pom. Anmeldefrist bis zum 10. Januar 1935 bei dem Amtsgericht in Treptow a. d. Rega.
8. Dreger, Eduard, Garz a. Rg.
   Entschuldungsstelle: Deutsche Pachtbank e. G. m. b. H., Stralsund. Anmeldefrist bis zum 3. Januar 1935 bei dem Amtsgericht in Bergen a. Rg.
9. Freiberg, Martin, Uchtdorf, Kr. Greifenhagen.
   Entschuldungsstelle: Sparkasse des Kreises Greifenhagen. Anmeldefrist bis zum 15. Januar 1935 bei dem Amtsgericht in Fiddichow.
10. Falk, Bernhard, Wangeritz.
    Entschuldungsstelle: Kreissparkasse Naugard. Anmeldefrist bis zum 29. Dezember 1934 bei dem Amtsgericht in Naugard.

11. Goetsch, Willi und Martha geb. Borck, Grandshagen, Kr. Greifenberg i. Pom.
Entschuldungsstelle: Kreissparkasse Greifenberg i. Pom. Anmeldefrist bis zum 4. Januar 1935 bei dem Amtsgericht in Greifenberg i. Pom.
12. Hoge, Karl und Emma geb. Belitz, Naugard.
Entschuldungsstelle: Kreissparkasse Naugard. Anmeldefrist bis zum 29. Dezember 1934 bei dem Amtsgericht in Naugard.
13. Häger, Albert jun., Neuenhagen, Kr. Demmin.
Entschuldungsstelle: Pomm. Landesgenossenschaftskasse e. G. m. b. H., Stettin. Anmeldefrist bis zum 31. Januar 1935 bei dem Amtsgericht in Treptow a. d. Toll.
14. Hasenbank, Johannes, Plöwen, Kr. Randow.
Entschuldungsstelle: Randower Kreissparkasse, Stettin. Anmeldefrist bis zum 20. Januar 1935 bei dem Amtsgericht in Stettin.
15. Kaselow, Gustav, Bayershöhe.
Entschuldungsstelle: Kreissparkasse Greifenhagen. Anmeldefrist bis zum 1. Januar 1935 bei dem Amtsgericht in Greifenhagen.
16. Kohls, Otto und Maria geb. Timme, Bonin, Kreis Regenwalde.
Entschuldungsstelle: Kreissparkasse des Kreises Regenwalde, Labes. Anmeldefrist bis zum 15. Januar 1935 bei dem Amtsgericht in Labes.
17. Krüger, Friedrich, Bresow, Kr. Cammin.
Entschuldungsstelle: Pomm. Landesgenossenschaftskasse e. G. m. b. H., Stettin. Anmeldefrist bis zum 20. Dezember 1934 bei dem Amtsgericht in Wollin.
18. Karge, Berta, Uchtdorf, Kr. Greifenhagen.
Entschuldungsstelle: Landschaftliche Bank der Provinz Pommern, Stettin. Anmeldefrist bis zum 15. Januar 1935 bei dem Amtsgericht in Fiddichow.
19. Krüger, Karl und Martha geb. Tews, Glietzig.
Entschuldungsstelle: Kreissparkasse Naugard. Anmeldefrist bis zum 29. Dezember 1934 bei dem Amtsgericht in Naugard.
20. Krause, Gottfried, Marwitz, Kr. Greifenhagen.
Entschuldungsstelle: Provinzialbank Pommern (Girozentrale), Stettin. Anmeldefrist bis zum 15. Januar 1935 bei dem Amtsgericht in Fiddichow.
21. Lutschewitz, Wilhelm, Wangeritz.
Entschuldungsstelle: Kreissparkasse Naugard. Anmeldefrist bis zum 29. Dezember 1934 bei dem Amtsgericht in Naugard.
22. Last, Max, Paulsdorf, Kr. Cammin.
Entschuldungsstelle: Kreissparkasse Cammin. Anmeldefrist bis zum 31. Dezember 1934 bei dem Amtsgericht in Wollin i. Pom.
23. Meyer, Richard und Hedwig geb. Steuck, Wolkow, Kr. Demmin.
Entschuldungsstelle: Kreissparkasse Demmin. Anmeldefrist bis zum 31. Januar 1935 bei dem Amtsgericht in Treptow a. d. Tollense.
24. Müller, Hermann, Lebbin a. Wollin.
Entschuldungsstelle: Kreissparkasse Swinemünde. Anmeldefrist bis zum 31. Dezember 1934 bei dem Amtsgericht in Wollin.
25. Mackensen, Viktor, Koldevitz bei Garz a. Rg.
Entschuldungsstelle: Pomm. Landesgenossenschaftskasse. Anmeldefrist bis zum 31. Dezember 1934 bei dem Amtsgericht in Bergen a. Rg.
26. Matthies, Martha geb. Rohloff, Schmellenthin, Kr. Randow.
Entschuldungsstelle: Pomm. Landesgenossenschaftskasse. Anmeldefrist bis zum 15. Januar 1935 bei dem Amtsgericht in Stettin.
27. Panzer, Friedrich, Zachau i. Pom.
Entschuldungsstelle: Saatziger Kreissparkasse, Stargard i. Pom. Anmeldefrist bis zum 15. Januar 1935 bei dem Amtsgericht in Stargard.
28. Peris, Reinhold und Emilie geb. Schulz, Gollnow-Neuhof.
Entschuldungsstelle: Kreissparkasse Naugard. Anmeldefrist bis zum 15. Januar 1935 bei dem Amtsgericht in Gollnow.
29. Rohrbeck, Rudolf, Schillersdorf, Kr. Randow.
Entschuldungsstelle: Landschaftliche Bank der Provinz Pommern, Stettin. Anmeldefrist bis zum 15. Januar 1935 bei dem Amtsgericht in Stettin.
30. Retzlaff, Ida geb. Löggow, Wismar.
Entschuldungsstelle: Kreissparkasse Naugard. Anmeldefrist bis zum 29. Dezember 1934 bei dem Amtsgericht in Naugard.
31. Rusch, Konrad, Lanke, Kr. Cammin.
Entschuldungsstelle: Kreissparkasse Cammin. Anmeldefrist bis zum 31. Dezember 1934 bei dem Amtsgericht in Wollin i. Pom.
32. Schwerin, Johann, Bergen a. Rg.
Entschuldungsstelle: Rügensche Kreissparkasse, Bergen a. Rg. Anmeldefrist bis zum 31. Dezember 1934 bei dem Amtsgericht in Bergen a. Rg.
33. Schmeling, Albert, Kukahn, Kr. Greifenberg i. Pom.
Entschuldungsstelle: Kreissparkasse Greifenberg i. Pom. Anmeldefrist bis zum 10. Januar 1935 bei dem Amtsgericht in Greifenberg i. Pom.
34. Stange, Karl und Frieda geb. Schulz, Langenhagen.
Entschuldungsstelle: Landschaftliche Bank der Provinz Pommern, Stettin. Anmeldefrist bis zum 1. Januar 1935 1935 bei dem Amtsgericht in Greifenhagen.
35. Struck, Anna geb. Viergutz, Kartzig.
Entschuldungsstelle: Kreissparkasse Naugard. Anmeldefrist bis zum 29. Dezember 1934 bei dem Amtsgericht in Naugard.
36. Sülflow, Ernst, Grävenhagen.
Entschuldungsstelle: Kreissparkasse Naugard. Anmeldefrist bis zum 29. Dezember 1934 bei dem Amtsgericht in Naugard.
37. Streblow, Hermann, Ahlbeck, Kr. Ueckermünde.
Entschuldungsstelle: Kreis- und Stadtsparkasse Ueckermünde. Anmeldefrist bis zum 20. Januar 1935 bei dem Amtsgericht in Ueckermünde.
38. Suhr I, Friedrich, Letzin.
Entschuldungsstelle: Provinzialbank Pommern (Girozentrale), Stettin. Anmeldefrist bis zum 6. Januar 1935 bei dem Amtsgericht in Demmin.
39. Scharp, Bernhard, Hackenwalde.
Entschuldungsstelle: Kreissparkasse Naugard. Anmeldefrist bis zum 15. Januar 1935 bei dem Amtsgericht in Gollnow.
40. Schramm, Johann gen. Hans, Buchar Kr. Demmin.
Entschuldungsstelle: Pomm. Landesgenossenschaftskasse e. G. m. b. H., Stettin. Anmeldefrist bis zum 19. Januar 1935 bei dem Amtsgericht in Treptow a. d. Toll.
41. Schulz jun., Gustav, Zinnowitz.
Entschuldungsstelle: Sparkasse des Landkreises Usedom-Wollin, Swinemünde. Anmeldefrist bis zum 10. Januar 1935 bei dem Amtsgericht in Wolgast.
42. Völz, Oskar, Kartzig.
Entschuldungsstelle: Kreissparkasse Naugard. Anmeldefrist bis zum 29. Dezember 1934 bei dem Amtsgericht in Naugard.

43. Witt, Hermann und Marie geb. Ehrke, Gnevezin.
Entschuldungsstelle: Kreissparkasse Anklam. Anmeldefrist bis zum 21. Dezember 1934 bei dem Amtsgericht in Anklam.

44. Wille, Hermann und Bertha geb. Kootz, Grambow, Kr. Randow.
Entschuldungsstelle: Landschaftl. Bank der Provinz Pommern, Stettin. Anmeldefrist bis zum 10. Januar 1935 bei dem Amtsgericht in Stettin.

45. Werner, Friedrich, Treptow a. d. Toll.
Entschuldungsstelle: Landschaftl. Bank der Provinz Pommern, Stettin. Anmeldefrist bis zum 19. Januar 1935 bei dem Amtsgericht in Treptow a. d. Toll.

46. Wittkopf, Emil, Gorkow, Kr. Randow.
Entschuldungsstelle: Randower Kreissparkasse, Stettin. Anmeldefrist bis zum 15. Januar 1935 bei dem Amtsgericht in Stettin.

47. Wurst, Friedrich, Andershof Nr. 23.
Entschuldungsstelle: Deutsche Pachtbank e. G. m. b. H., Stralsund. Anmeldefrist bis zum 2. Januar 1935 beim Amtsgericht in Stralsund.

48. Volkwardt, Wilhelm und Anna geb. Kreßmann, Neppermin.
Entschuldungsstelle: Kreissparkasse Swinemünde. Anmeldefrist bis zum 31. Dezember 1934 bei dem Amtsgericht in Swinemünde.

Hilfsfonds für gewerbliche Gläubiger.

Die Anträge der gewerblichen Gläubiger auf Befriedigung aus dem 15-Millionen-Fonds können bei Landstelle und Industrie-Bank erst dann bearbeitet werden, wenn die Bewilligung des Entschuldungs-Darlehens ausgesprochen ist. Wie die Kammer erfährt, wird der Osthilfe-Gläubigerschutz E. V. Stettin-Börse, in Zukunft regelmäßig darüber unterrichtet sein, welche Umschuldungs-Darlehen bewilligt sind; der Verein wird daher in der Regel zuverlässige Auskunft darüber geben können, wenn es Zweck hat, einen Antrag auf Befriedigung aus dem 15-Millionen-Fonds einzureichen.

Verkehrswesen

Oderbauten.

Nach einem Bericht der Oderstrombauverwaltung Breslau vom 10. Dezember 1934 sind die Bauarbeiten am Adolf-Hitler-Kanal, am Staubecken Sersno und am Staubecken Turawa im November 1934 planmäßig fortgeführt worden.
Für den Bau der Eisenbetonbrücken über den Adolf-Hitler-Kanal im Zuge der Kreisstraße Tatischau—Bitschin und Klodnitz—Januschkowitz wurden die Leergerüste aufgestellt. Der Aushub der Baugrube für die Schleuse V bei Sersno wurde beendet, die 22 m langen eisernen Spundbohlen für die Kammerwände, von denen jedes Stück 3850 kg wiegt, wurden größtenteils angeliefert. In der Nähe von Medar-Blechhammer wurden nach rd. einjähriger Bauzeit bereits die ersten 1000 m des neuen Kanals fertiggestellt und mit Wasser gefüllt. — Die Zahl der auf den Baustellen beschäftigten Arbeiter betrug im Durchschnitt:

a)	beim Adolf-Hitler-Kanal	2700,
b)	beim Staubecken Sersno	1400,
c)	beim Staubecken Turawa	1000.

*) Bearbeitet vom Verkehrsbüro der Industrie- und Handelskammer zu Stettin, das allen Interessenten für Auskünfte in Eisenbahntarifangelegenheiten gegen geringe Gebühr zur Verfügung steht.

Eisenbahn-Güterverkehr*)

a) Deutsche Tarife

Deutscher Eisenbahn-Gütertarif, Teil I Abt. B. Die Bestimmung des § 6 a (2) der Allgemeinen Tarifvorschriften, wonach bei Verwendung von Wagen mit einem Ladegewicht von mehr als 15 t und weniger als 25 t für die im besonderen Verzeichnis aufgeführten Güter der Frachtberechnung nach den Sätzen der Hauptklassen mindestens das Ladegewicht des verwendeten Wagens zu Grunde gelegt wird, ist bis längstens 31. Dezember 1935 außer Kraft gesetzt.

Durchfuhr-Ausnahmetarif S. D. 2 (Verkehr deutsche Seehäfen-Schweiz und umgekehrt). Die Geltungsdauer wird um ein weiteres Jahr bis zum 31. Dezember 1935 verlängert.

Durchfuhr-Ausnahmetarif S. D. 5 (Verkehr deutsche Seehäfen — Polen und umgekehrt). Die Geltungsdauer des S. D. 5 wird um ein weiteres Jahr bis zum 31. Dezember 1935 verlängert. Außerdem wird die Befristung der ermäßigten Eiersätze für Beuthen (Abt. 67) aufgehoben. Die Fußnote zu den Beuthener Sätzen der Abt. 67 wird somit gestrichen.

Reichsbahn-Gütertarif. Ausnahmetarif 6 B 12 für Steinkohlen usw. von oberschlesischen Gewinnungsstätten nach dem Ostseeküstengebiet. Die Geltungsdauer der vorübergehend gültigen Frachtermäßigungen für Bunker- und Ausfuhrkohlen wird auf jederzeitigen Widerruf, längstens bis zum 31. Dezember 1935 verlängert.

Reichsbahn-Gütertarif, Ausnahmetarif 6 B 13 für Steinkohlen usw. von niederschlesischen Gewinnungsstätten nach dem Ostseeküstengebiet. Die Geltungsdauer der Ausfuhr- und Bunkerkohlenfrachtsätze wird auf jederzeitigen Widerruf, längstens bis zum 31. Dezember 1935 verlängert.

Reichsbahn-Gütertarif, Heft C II b (Ausnahmetarife).
In den **Ausnahmetarifen**

12 S 3 (Azeton usw.)
23 A 5 (Schmirgel usw.)
23 A 6 (Isoliermittel)

wurden die Gültigkeitsvermerke geändert in „längstens bis 31. Dezember 1935".

b) Deutsche Verbandtarife

Deutsch-Schwedisch-Norwegischer Verbandsgütertarif. Mit Gültigkeit vom 1. Januar 1935 wird unter gleichzeitiger Aufhebung der bisherigen Ausgabe Teil II Heft 1 neu herausgegeben.

Zum gleichen Zeitpunkte tritt Teil II Heft 2 nebst Nachtrag I außer Kraft. An Stelle dieses Tarifs werden das Heft 2, welches die Anweisung für die Frachtberechnung, die Schnittfrachten und Schnittfrachtsätze der regelrechten Tarifklassen enthält, und das Heft 3, enthaltend die Ausnahmetarife, neu herausgegeben.

Deutsch-Tschechoslowakischer Güterverkehr. Ausnahmetarif 10 für Schwefelkies und Phosphate. Die Geltungsdauer vorgenannten Ausnahmetarifs wird längstens bis 31. Dezember 1935 verlängert.

c) Ausländische Tarife

Oesterreichisch-Ungarischer Eisenbahnverband. Mit Gültigkeit vom 1. Januar 1935 wird zum Anhang der Nachtrag I herausgegeben.

Tschechoslowakische Staatsbahnen. Mit Gültigkeit vom 1. Januar 1935 werden die Ausfuhrtarife neu herausgegeben.

d) Verschiedenes

Aenderung eines Bahnhofsnamens. Mit Gültigkeit vom 1. Januar 1935 wird der Bahnhofsname „Welschenennest" in „Welschen Ennest" geändert.

Post, Telegraphie

Uebersicht der Postpaketverbindungen von deutschen Häfen nach fremden Ländern. Monat Januar 1935

Bestimmungsland	Postschluß	Einschiffungshafen	des Schiffes: Abgang (ungefähr)	des Schiffes: Name	des Schiffes: Eigentümer Schiffsgesellschaft	Überfahrtsdauer: bis Hafen	Überfahrtsdauer: Std.
1	2	3	4	5	6	7	8
Lettland	Am Tage des Abgangs der Dampfer, letzter Anschluß mit Zg D 23 an Stettin 10⁰⁰	Stettin	2. 1. 15¹⁵	Regina	Reederei	Riga	40
			8. 1. „	„	Rud. Christ.	„	40
			15. 1. „	„	Gribel	„	40
			22. 1. „	„	Stettin	„	40
			29. 1. „	„		„	40
Estland		„	4. 1. 15³⁰	Brandenb.	1)	Reval-Talinn	50
			5. 1. 16⁰⁰	Wellamo	2)	„	42
			11. 1. 15³⁰	Henny	1)	„	50
			12. 1. 16⁰⁰	Nordland	1)	„	40
			18. 1. 15³⁰	Brandenb.	1)	„	50
			19. 1. 16⁰⁰	Wellamo	2)	„	42
			25. 1. 15³⁰	Henny	1)	„	50
			26. 1. 16⁰⁰	Nordland	1)	„	40
Finnland		„	4. 1. 15³⁰	Brandenb.	1)	Abo, Wiborg Kotka	—
			5. 1. 16⁰⁰	Wellamo	2)	Helsingfors	46
			11. 1. 15³⁰	Henny	1)	Wiborg/Kotka	—
			12. 1. 15³⁰	Viktoria	1)	Abo	—
			12. 1. 16⁰⁰	Nordland	1)	Helsingfors	44
			18. 1. 15³⁰	Brandenb.	1)	Abo, Wiborg Kotka	—
			19. 1. 16⁰⁰	Wellamo	2)	Helsingfors	46
			25. 1. 15³⁰	Henny	1)	Wiborg, Kotka	—
			26. 1. 15³⁰	Viktoria	1)	Abo	—
			26. 1. 16⁰⁰	Nordland	1)	Helsingfors	44

1) Eigentümer Rud. Christ. Gribel, Stettin. Aenderungen vorbehalten.
2) Finnische Dampfschiffsgesellschaft Helsingfors. Vertreter Gustav Metzler, Stettin.

Verbesserte Postzustellung nach Landorten an Feiertagen.

Nach einer Anordnung des Reichspostministers werden künftig am ersten Oster-, Pfingst- und Weihnachtsfeiertag Briefsendungen und Pakete mit und ohne Nachnahme und Zeitungen nach allen Landorten bestellt. In Orten mit Poststellen soll ebenso verfahren werden. Bekanntlich findet nach Landorten an Sonn- und Feiertagen, soweit die Zustellung dahin nicht ganz ruht, nur eine Briefzustellung statt. Durch die neue Regelung wird verhütet, daß u. U. der Inhalt von Paketen durch längeres Lagern während der Feiertage verdirbt; außerdem aber wird erreicht, daß die in vielen Fällen Geschenkgegenstände enthaltenden Pakete noch rechtzeitig in den Besitz der Empfänger gelangen.

Devisenbewirtschaftung

Ueberwachungsstellen und Industrie- und Handelskammern.

Aus den Verhandlungen des Deutschen Industrie- und Handelstags.

Beim Deutschen Industrie- und Handelstag hat unter Vorsitz von Herrn Hübbe, Präses der Handelskammer Hamburg, eine Aussprache zur Verwertung der mannigfachen Erfahrungen stattgefunden, die die in erster Linie von den Rohstoff- und Devisenbewirtschaftungsvorschriften betroffenen Wirtschaftszweige im täglichen Verkehr mit den Ueberwachungsstellen und bei der Anwendung der devisen- und rohstoffrechtlichen Vorschriften gemacht haben. Es ergab sich hierbei, daß — ungeachtet der großen Anforderungen, die die Devisen- und Rohstoffgesetzgebung an Verwaltung und Wirtschaft stellt — die deutschen Industrie- und Handelskammern Weg und Ziel des „Neuen Plans" voll anerkennen und entschlossen sind, im Rahmen des ihnen zugewiesenen Arbeitsbereichs alles Erforderliche für seine reibungslose Durchführung zu tun. Es konnte im übrigen festgestellt werden, daß die Organisation der Rohstoffwirtschaft im wesentlichen bereits gut eingespielt ist und daß alle zur Mitarbeit berufenen Stellen nach Kräften bemüht sind, wirtschaftsfremde Entscheidungen und unnötige Reibungen zu vermeiden. Etwa noch vorhandene Schwierigkeiten werden nach der einmütigen Auffassung der sachverständigen Wirtschaftsvertreter je eher behoben werden, desto mehr die zuständigen Stellen bei ihrer Entscheidung den besonderen Umständen, den wirtschaftlichen Gegebenheiten des Einzelfalles Rechnung tragen. Dies wiederum wird erleichtert und ermöglicht durch möglichst weitgehende Heranziehung der Industrie- und Handelskammern als sachverständiger Hilfsorgane, die über eingehende Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse ihres Bezirks verfügen.

Prüfungswesen

Kurzschriftprüfung in Stettin.

Zur letzten diesjährigen Kurzschriftprüfung in Stettin sind 24 Prüfungsteilnehmer erschienen, darunter je 1 Prüfling über die Geschwindigkeit von 260 und 200 Silben, 3 Prüflinge über die Geschwindigkeit von 180 und 19 Prüflinge über die von 150 Silben. 23 Prüflinge wurden in der Deutschen Kurzschrift, einer in Stolze-Schrey geprüft. Die Prüfung

Die beliebten

Bergschloss-Biere

in Fässern — in Flaschen

Fernsprecher Nr. 31623-25

wurde erfreulicher Weise von 21 Prüflingen, und zwar von den beiden Prüflingen über die hohen Geschwindigkeiten von 260 und 200 Silben sowie von 2 Prüflingen über 180 und 17 über 150 Silben bestanden.

Messen und Ausstellungen

Internationale Lyoner Mustermesse.

Vom Deutschen Büro der Internationalen Lyoner Mustermesse, Weimar, Brennerstr. 18, ist der Kammer mitgeteilt worden, daß die nächste Internationale Lyoner Mustermesse vom Donnerstag, dem 7., bis Sonntag, dem 17. März 1935 abgehalten wird. Die Lyoner Messe ist die führende internationale Mustermesse Frankreichs, deren Ausstellerzahl 3500 bis 4000, deren Besucherzahl etwa 250 000 beträgt. Die Einkäuferschaft setzt sich nicht nur aus französischer Kundschaft zusammen, es sind vielmehr auch stets zahlreiche Einkäufer aus Spanien, der Schweiz, Belgien, dem näheren und ferneren Orient, Mittel- und Südamerika vertreten. Auf der letzten Lyoner Messe erschienen Einkäufer aus etwa 52 verschiedenen Ländern, während Aussteller aus etwa 28 Nationen vertreten waren. Auch etwa 100 deutsche Ausstellerfirmen hatten die Messe teils direkt beschickt, teils ihre französischen Vertreter beauftragt, die Messeausstellung zu besorgen. Im Interesse der Förderung des Exports der deutschen Fertigwarenindustrie ist eine Beteiligung an der nächsten Lyoner Mustermesse zu empfehlen.

Verschiedenes

Saar-Abstimmung.

Die Firmen des Kammerbezirks werden nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es ihre Pflicht ist, den Abstimmungsberechtigten aus dem Saargebiet besonders entgegenzukommen. Viele Firmen betrachten es als Ehrenpflicht, den in die Heimat fahrenden Abstimmungsberechtigten während dieser Zeit nicht nur das Gehalt und den Lohn weiter zu zahlen, sondern darüber hinaus zu ihren Gunsten noch eine besondere Aufwendung zu machen. Im Interesse der deutschen Abstimmungsberechtigten und der nationalen Verpflichtung, die gegenüber dem Saargebiet besteht, darf auch von den Firmen des Kammerbezirks erwartet werden, daß sie in gegebenen Fällen entsprechend verfahren.

Finnisches Konsulat in Stettin.

Das Reich hat dem finnischen Wahlkonsul in Stettin, Herrn Leopold Wulle, am 23. November 1934 das Exequatur erteilt.

Ranoarbeit.

Willensäußerungen unseres Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler und seiner Minister unterstreichen die Bedeutung der Ranoarbeit im dritten Reich und fördern die tätige Mitwirkung aller Verwaltungen, Gesellschaften, Firmen und Betriebe, weil die Rano eine dem Staat dienende, freibewegliche Arbeitsgemeinschaft der Wirtschaft sein soll. Die gesetzlich anerkannte Rano ist im ganzen Reich den Arbeitsämtern gleichberechtigt. Aufgabe der seit 20 Jahren tätigen Rano ist die Arbeitsbeschaffung für die ihr von der Regierung zugewiesenen aus Heer, Marine und Polizei Ausgeschiedenen und Ausscheidenden. Mit der Reichswehr hat stets engste verfügungsmäßig geregelte Zusammenarbeit bestanden. Den Polizeidienststellen ist es vom Ministerium des Innern zur Pflicht gemacht, die in die Fürsorgeorganisation der Polizei offiziell eingebaute Rano bei der Arbeitsvermittlung maßgeblich zu beteiligen. Alle Wirtschaftsgruppen, Kammern, Verwaltungen, Reichsstände und Betriebe wirken in der Ranoarbeit mit.

Die Rano ist bemüht, Soldaten und Polizeibeamte, die Facharbeiter waren, auf Grund ihrer Eignung wieder in ihren erlernten Beruf einzugliedern und Leute, die vom Lande stammen, im Zusammenwirken mit allen Stellen des Reichsnährstandes wieder auf dem Lande unterzubringen. — Die Regierung hat der Ranoarbeit überall uneingeschränkten Entwicklungsraum geschaffen. Es ist erforderlich, daß den stets steigenden Aufgaben der Rano eine steigende Unterbringung von Ranobetreuten auch seitens der Betriebe des Bezirks entspricht. Jeder Betriebsführer fördere daher die Ranoarbeit durch Anforderungen und Einstellungen von Ranobetreuten und wende sich hierzu regelmäßig an den Vorstand der Rano, Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 35, Tel. B 1. 1027, in dessen Händen sich die sämtlichen amtlich überwiesenen Personalien der Rano-Betreuten aus allen Teilen des Reiches befinden.

Reichskurzschrift.

Der Reichsminister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat durch Erlaß vom 19. November 1934 angeordnet, daß bis auf weiteres in allen deutschen Volks-, Mittel- und höheren Schulen von jedem Zwange zur Erlernung der sogenannten Reichskurzschrift abzusehen ist. Der Erlaß hat folgenden Wortlaut:

„Die von dem Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung veranstalteten Erhebungen über den Kurzschriftunterricht an den höheren Schulen in Preußen (Erlasse vom 26. Juni 1933 — U II C 1587 — bezw. vom 1. Februar 1934 — U II C 3948 —, veröffentlicht im Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen am 5. März 1934) haben ergeben, daß die sogenannte Deutsche Kurzschrift nicht den Anforderungen entspricht, die an eine in den Schulen zu lehrende Volkskurzschrift zu stellen sind. Da die Jugend heute durch die Schule, HJ.-Dienst, Leibesübungen und Sport stark in Anspruch genommen wird, muß ich darauf Wert legen, daß bei der Erlernung der Kurzschrift der Aufwand an Zeit und Mühe in einem angemessenen Verhältnis zu dem Erfolg steht und jede unnötige Belastung der Schüler und Schülerinnen vermieden wird. Darum erscheint es mir angezeigt, daß die Frage nach der Wahl des Systems, das dem Schulunterricht zugrunde zu legen ist, noch einmal gründlich überprüft wird. Dazu bedarf es aber, zumal sich die stenographische Entwicklung in Deutschland noch in völligem Fluß befindet, einer geraumen Zeit. Ich ordne deshalb für die Uebergangszeit an, daß an allen meiner Aufsicht unterstellten Volks-, Mittel- und höheren Schulen von jedem Zwange, den Lehrgängen in Kurzschrift ausschließlich die sogenannte Deutsche Kurzschrift zugrunde zu legen, abzusehen ist. Gegen die Abhaltung von Lehrgängen in bewährten anderen Systemen, insbesondere dem System Stolze-Schrey oder Gabelsberger, habe ich keine Bedenken. Im übrigen kann der Kurzschriftunterricht nur außerhalb des Rahmens des planmäßigen Unterrichts als wahlfreies Fach erteilt werden."

Zwangsorganisation für Handelsvertreter und Handelsmakler

Anmeldepflicht vom 2. bis 15. Januar 1935.

Auf Grund des Gesetzes zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der Deutschen Wirtschaft vom 27. Februar 1934 ist durch Anordnung des Reichswirtschaftsministers vom 29. November 1934 die Wirtschaftsgruppe „Vermittlergewerbe" als alleinige Vertretung ihres Wirtschaftszweiges anerkannt worden. Diese Wirtschaftsgruppe gliedert sich in folgende Untergruppen:

Fachgruppe „Handelsvertreter und Handelsmakler"
Fachgruppe „Grundstücks- und Hypothekenmakler"
Fachgruppe „Versicherungsagenten- und Versicherungsmakler"
Fachgruppe „Agenten und Makler im Bau- und Zwecksparwesen"
Fachgruppe „Versteigerer"

Der Leiter der Fachgruppe „Handelsvertreter und Handelsmakler" hat im Einvernehmen mit dem Leiter der Reichsgruppe „Handel" die Bestimmungen über das Meldeverfahren herausgegeben. Alle Handelsvertreter und Handelsmakler, also solche Unternehmer und Unternehmungen, die eine Tätigkeit gemäß §§ 84 und 93 HGB. ausüben, sind anmeldepflichtig. Ausgenommen von der Meldepflicht sind Handelsvertreter und Handelsmakler, die gemäß der verschiedenen Verordnungen und Anordnungen über den Aufbau des Reichsnährstandes ausschließlich zum Reichsnährstand gehören. Anmeldepflichtig sind dagegen auch solche Unternehmer und Unternehmungen, die eine Tätigkeit als Handelsvertreter und Handelsmakler neben einem anderen Gewerbe ausüben.

Das Anmeldeverfahren wird in der Zeit vom 2. bis zum 15. Januar 1935 durchgeführt. Die Meldung gilt nur dann als ordnungsmäßig vollzogen, wenn sie auf dem dazu bestimmten Meldevordruck bei gleichzeitiger Zahlung des Beitrages für Dezember 1934 in Höhe von RM. 1,50 erfolgt. Der Meldevordruck wird auf Anfordern bei Meldestelle 3 gegen Einsendung des Rückportos zugesandt. Meldestellen in Stettin sind bei

1. Industrie- und Handelskammer, Zimmer 14, II. Stock,
2. Paul Bock, Barnimstraße 3,
3. Günter Molzahn, Gr. Oderstraße 3/4.

Die Meldestellen sind geöffnet von 9 bis 12 und 15 bis 18 Uhr.

Landesverkehrsverband Pommern e. V.

Rundschreiben Nr. 138.

Wir nehmen Bezug auf unser Rundschreiben Nr. 56 aus dem Jahre 1933 und teilen Ihnen heute folgendes mit: Auch für das Jahr 1935 werden wir wieder eine Sammelliste aller Prospekte, die in unserem Verbandsgebiet herausgegeben werden, zusammenstellen und sie an die Verkehrsstellen, die diese im Interesse unserer Mitglieder zur Verteilung bringen sollen, herausgeben. Wir sammeln dann die Anforderungen der betreffenden Stellen und geben unseren Mitgliedern bekannt, wer Prospekte haben will und wieviel gewünscht werden.

Wir ersuchen unsere Mitglieder, uns für die Aufnahme in die Sammelliste bis zum 8. Januar folgende Fragen zu beantworten:

a) Haben Sie Prospekte, die Sie unentgeltlich zur Verfügung stellen wollen, und wie heißt der Titel?
b) Haben Sie Prospekte bzw. Führer, die Sie gegen eine Prospektschutzgebühr an die Interessenten zur Verteilung bringen lassen wollen? Die Prospektschutzgebühr fällt im allgemeinen dem Verteiler (Verkehrsverein, Reisebüro usw.) zu.
c) Wie heißen die Titel dieser Führer und Prospekte?
d) Wie hoch sollen die Prospektschutzgebühren sein und was wollen Sie gegebenenfalls zurückhaben?
e) Wann stehen Ihre Prospekte zu a) und b) spätestens zur Verfügung?

Wir machen dabei darauf aufmerksam, daß ab 1935 alle Ausgabestellen, Verkehrsvereine, Reisebüros usw. verpflichtet sind, auf Grund der Vereinbarung mit unserer Reichsorganisation, dem Bund Deutscher Verkehrsverbände und Bäder e. V., Prospektschutzgebühr zu erheben. Für Prospekte, für die die Höhe der Prospektschutzgebühr nicht angegeben ist, wird der Verteiler nach eigenem Ermessen Schutzgebühr erheben.

Antworten, die nach dem 8. Januar 1935 hier einlaufen, können wir leider **nicht** mehr berücksichtigen, und es liegt deshalb im Interesse aller unserer Mitglieder, die angesetzte Frist einzuhalten!

Rundschreiben Nr. 136.

Ein Wasserbauamt hat eines unserer Mitglieder zu einem Vertrage aufgefordert, in dem vorgesehen ist, daß der betreffende Ort die Haftung für alle Schadensersatzansprüche übernimmt, die aus Anlaß von Unfällen bei dem Betreten der Molen von Personen eintreten könnten.

Weiter hat ein anderes unserer Bädermitglieder die Aufforderung erhalten, die Verpflichtung dafür zu übernehmen, daß der Ort auch außerhalb der ihm für den Badebetrieb zur Verfügung gestellten Strandstrecke dem Preußischen Staat gegenüber alle Schadensersatzansprüche aus Schadensfällen an den staatlichen Uferbefestigungen zu übernehmen.

Wir bitten alle unsere Mitglieder, an die ähnliche Schreiben ergangen sind, uns hiervon umgehend Kenntnis zu geben unter Abschrift der betreffenden Aufforderung. Wir haben diese Angelegenheit schon bei unserer Reichsorganisation, dem Bund Deutscher Verkehrsverbände und Bäder e. V., Berlin, anhängig gemacht und werden diese Sache dann auch für die weiter sich meldenden Bädermitglieder verfolgen.

Rundschreiben Nr. 137.

Der Bund Deutscher Verkehrsverbände und Bäder e. V., Berlin, gibt uns durch Rundschreiben das Nachfolgende bekannt:

„Wie uns der Reichsausschuß für Fremdenverkehr mitteilt, ist für die Anträge zur Erteilung der Erlaubnis zur Herausgabe von Werbeschriften mit Anzeigen nun doch die Ausfüllung eines Formulars erforderlich. Zur Verwendung kommen die früher bereits üblich gewesenen Antragsformulare. Soweit noch Formulare benötigt werden, bitten wir, diese umgehend bei uns anzufordern. Bei der Ausfüllung der Antragsformulare ist auf größte Sorgfalt zu achten, damit überflüssige Rückfragen vermieden werden."

Wir geben dies unseren Mitgliedern weiter. Antragsformulare können von uns angefordert werden.

Uebersendung von Prospekten!

Die nachstehend aufgeführten Stellen wünschen Prospekte der Mitglieder des Landesverkehrsverbandes Pommern e. V.:

1. Lloydreisebüro in Aachen, am Elisenbrunnen (je 20 Prospekte).
2. Verkehrsverein Neurode im Eulengebirge, Schweidnitzer Straße 11a.

Die Mitglieder werden gebeten, ihre Prospekte direkt an die betreffenden Stellen zu schicken.

Herr Lothar Schmorell, Hamburg 19, Fruchtallee 87 I, möchte für Vorträge, die er zu halten beabsichtigt, Bild-Prospekte von Pommern haben. Wir bitten unsere Mitglieder, die Prospekte, die sie dem Herrn überlassen wollen, an die obige Adresse einzusenden.

Länderberichte

Schweden

Die Ausfuhr, Einfuhr und Erzeugung von Eisenwaren in den ersten zehn Monaten 1934 ist nach dem neuesten Bericht der Vereinigung der Schwedischen Eisenwerke gewaltig gestiegen. Im Vergleich mit der entsprechenden Periode von 1933 ist die Eisenausfuhr von 175 300 t auf 208 400 t oder um 19 v. H. gestiegen. Die Eisenausfuhr hat zu derselben Zeit von 171 100 t auf 328 000 t oder um nicht weniger als 92 v. H. zugenommen, wobei diese Ziffern Schroteisen nicht enthalten.

Die Produktion der schwedischen Eisenwerke umfaßte in der genannten Periode 420 500 t Roheisen, 713 000 t Halbfabrikate und 516 000 t gewalztes und geschmiedetes Handelseisen. Diese Ziffern übertreffen die Produktion zur entsprechenden Periode des Vorjahres um 66 bezw. 40 bezw. 39 v. H.

Die schwedischen Eisenwerke sind noch gut beschäftigt, obwohl die Aufträge in der letzten Zeit etwas nachgelassen haben.

Die Eisenverschiffungen der Grängesberg-Gesellschaft im November betrugen 456 000 t gegen 521 000 t im Vormonat und 321 000 t im November 1933. In den ersten elf Monaten des laufenden Jahres umfaßten die Erzverschiffungen 5 129 000 t gegen 2 637 000 t in der entsprechenden Vergleichsperiode des Vorjahres, was einer Vermehrung um nahezu 100 v. H. gleichkommt.

Verlauf der Verhandlungen Deutschland/Schweden. Die seit einiger Zeit in Berlin stattfindenden Besprechungen über die Verlängerung des am 31. 12. 34 ablaufenden deutsch-schwedischen Verrechnungsabkommens vom 28. 8. 34 nehmen einen günstigen Verlauf, so daß ein befriedigender Abschluß erwartet werden kann. Die schwedische Abordnung steht unter der Leitung des Staatssekretärs Rickert, der von Bankier Wallenberg unterstützt wird. Auf deutscher Seite werden die Verhandlungen von Ministerialdirektor Waldeck geleitet.

Schiffsverkäufe. Die Reederei Bore in Gotenburg hat den Dampfer „Adele" nach Griechenland verkauft. „Adele" ist im Jahre 1916 in Oslo gebaut worden und hat ein Fassungsvermögen von 1869 NRT. — Die Reederei Cecil in Landskrona hat den Dampfer „Elsie" (2500 t) an eine Kopenhagener Kohleneinfuhrfirma zum Preise von 160 000 Kr. verkauft. Das Fahrzeug ist im Jahre 1906 in Kiel gebaut und im Jahre 1924 von der Landskrona-Reederei erworben worden.

Rückgang der Arbeitslosigkeit. Nach einem Bericht des Ausschusses für die Arbeitslosigkeit ist mit einem Stande vom 1. 10. 34 die Arbeitslosenziffer in Schweden um 80 000 niedriger als im vergangenen Jahr. Besonders stark ist die Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen zwischen dem 16. und 21. Lebensjahr gesunken. Der Arbeitslosenausschuß hat aus diesem Grunde für das neue Haushaltsjahr 1935/36 50 Mill. Kronen in Anschlag gebracht. Ende Oktober waren noch etwa 85 000 Arbeitslose angemeldet.

Norwegen

Umgestaltung der Osloer Konvention? Auf einer Veranstaltung der Vereinigung norwegischer Ingenieure hielt Staatsminister Mowinckel vor Führern der Wirtschaft und der Politik einen Vortrag über die wirtschaftliche Lage Norwegens. Hierbei berührte er u. a. die Oslo-Konvention, die zwar immer noch nicht die ursprünglich an sie geknüpften Erwartungen erfüllt habe, aber doch in dieser Zeit der Blockbildungen unter den europäischen Staaten einen gewissen Zusammenhalt der beteiligten Länder darstelle. Der Mangel liegt vor allem daran, daß die Konvention bisher zu wenig auf die außergewöhnlichen europäischen Wirtschaftsmaßnahmen, wie Kontingentierungen, Devisenbeschränkungen usw., eingestellt sei. Auf der kürzlich stattgefundenen Konferenz der Außenminister der nordischen Länder sei bereits die Frage erörtert worden, inwieweit die Oslo-Konvention in Uebereinstimmung mit den neuen europäischen Wirtschaftsverhältnissen gebracht werden müsse. Der Standpunkt der norwegischen Regierung hierzu ginge dahin, daß eine solche Uebereinstimmung herbeigeführt werden müsse. Wenn auch nach den Aeußerungen des schwedischen Außenministers zu urteilen wenig Aussicht bestände, daß der Außenhandel der nordischen Länder untereinander noch eine wesentliche Förderung erfahren könne, so könne aber doch zumindest einem etwaigen Rückgang dieses Handels vorgebeugt werden.

Ueber den Handel mit Deutschland erklärte Staatsminister Mowinckel, daß die Wirtschaftsbeziehungen durch die deutschen Devisenmaßnahmen zwar ziemlich erschwert seien, daß aber dennoch Grund zur Annahme bestehe, daß auch diese Schwierigkeiten überwunden werden würden.

Zollermäßigung auf Birnen und Aepfel. Vom 1. Januar 1935 ab hat Norwegen den Einfuhrzoll auf frische Aepfel und Birnen von 72 Öre je kg (+ Zuschlag) auf 36 Öre, also auf die Hälfte ermäßigt. Anscheinend sind die Vorräte an diesem Obst gegenwärtig nur gering.

Gründung von neuen Schiffahrtsgesellschaften. Zur Uebernahme des von der Firma Camillo Eitzen & Co. bei der Kockums Makaniske Verksted in Malmö bestellten Tankmotorschiffes von 14 500 t ist die Gründung einer Schiffahrtsgesellschaft unter der Firma A/S Navales mit einem Aktienkapital von ungefähr 600 000 Kr. geplant.

Der Kaufpreis für das genannte Tankschiff beträgt 2 680 000 Kronen, wovon 500 000 Kr. in bar gezahlt werden sollen, während der Rest von 2 180 000 Kr. als erste Schiffshypothek zugunsten der Werft eingetragen werden soll.

Unter der Firma Noravind A/S wurde in Sandefjord eine neue Schiffahrtsgesellschaft gegründet. Das Aktienkapital beträgt 200 000 Kr. Die Gesellschaft wird das schwedischcne Motortankschiff „Noravind", früher „Nordanvik", von 11 500 t dw übernehmen und für 6 Jahre an die Anglo-Saxon Petroleum Co. Ltd. zum Satze von 6/7½ verchartern.

Ferner wurde in Sandefjord die Schiffahrtsgesellschaft A/S Rose mit einem Aktienkapital von 200 000 Kronen zum Zwecke der Uebernahme des Motorschiffes „Rose", früher „Sunnanvik", mit 8800 t dw gegründet.

Silberfuchsausstellungen 1934. Nach einem in der Fachzeitschrift „Laer Sko og Skinn" veröffentlichten Verzeichnis haben in diesem Jahr in Norwegen 35 Silberfuchsausstellungen stattgefunden, die größtenteils ein bis zwei Tage dauerten. Zu der vom 30. bis 31. Oktober in Oslo durchgeführten Ausstellung waren etwa 450 Tiere angemeldet worden, doch konnten wegen Raummangels nur 350 ausgestellt werden. Man hatte versucht, für die norwegischen Pelztierauktionen französische Pelzhändler zu interessieren. Zu der Osloer Ausstellung soll nur ein französischer Pelzgrossist erschienen sein. Die Preise waren gegenüber dem vorigen Jahr unverändert. Von erstklassigen 27 Tieren wurden 21 prämiiert.

Osloer Flugausstellung. Die am 12. 12. 34 eröffnete Flugausstellung in Oslo fand reges Interesse. U. a. findet

auch das von der Lufthansa ausgestellte große Modell des Junkers-Flugzeugs „Generalfeldmarschall von Hindenburg" besondere Beachtung.

Dänemark

Bevorstehende Verlängerung der Einfuhrregelung. Die Verhandlungen der vier Reichstagsparteien über die Verlängerung des Valutagesetzes sind jetzt so weit gediehen, daß man mit einer Verlängerung der bisherigen Einfuhrregelung für das nächste Jahr rechnen darf. Die Bauern- und die Konservative Partei haben scheinbar besonderen Wert darauf gelegt, den vorübergehenden Charakter des Gesetzes schärfer zu betonen. Zu diesem Zweck haben die Konservativen, die bekanntlich die industriellen Interessen in erster Linie vertreten, verlangt, daß eine größere Zahl von Waren auf die Freiliste gebracht würde, die der Zuständigkeit des Valutakontors entzogen ist. Gegen eine starke Erweiterung hat die Regierung sich scharf ausgesprochen, und zwar auch aus handelspolitischen Gründen. Neben der Anwendung der Valutaregelung als handelspolitisches Instrument will man auch die Möglichkeit haben, die Dumping-Konkurrenz gewisser Länder, insbesondere Japans, fernzuhalten, um den dänischen Markt nach Möglichkeit für die Hauptabnehmer zu bewahren, auch wenn die dänischen Einfuhrfirmen dadurch etwas teurer kaufen. An der Art der Einfuhrregelung wird durch das Gesetz wahrscheinlich wenig geändert.

Außenhandel. Die dänische Einfuhr belief sich im November auf 123,8 gegenüber 131,8 Mill. Kr. im Vormonat, die Ausfuhr auf 107,9 (104,6) Mill. Kr.

In den ersten 11 Monaten dieses Jahres betrug der Einfuhrüberschuß bei einer Einfuhr von 1226,8 und einer Ausfuhr von 1104,9 Mill. Kr. 121,9 gegenüber 44,9 Mill. Kr. in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Einfuhr aus England ist fortgesetzt gestiegen, die Ausfuhr nach diesem Land dagegen weiter zurückgegangen. Die Einfuhr aus Deutschland hat mit 24,3 Mill. Kr. der Ausfuhr mit 23,3 Mill. Kr. fast die Waage gehalten, während im November vorigen Jahres die Einfuhr zu der Ausfuhr sich wie 2:1 verhielt.

Handelsverkehr mit Deutschland. In den Tagen vom 17. bis 21. 12. haben in Berlin Verhandlungen zwischen Vertretern der dänischen und der deutschen Regierung betreffend die Regelung des Handelsverkehrs zwischen Dänemark und Deutschland im Jahre 1935 stattgefunden. Da diese Verhandlungen aus technischen Gründen vor Ablauf des Jahres nicht zu Ende geführt werden können, sind sich die beiden Regierungen darüber einig geworden, vorläufig das deutsch-dänische Handelsabkommen vom 1. 3. 1934 bis zum Inkrafttreten des abzuschließenden neuen Abkommens, jedoch nicht über den 31. 1. 1935 hinaus, weiter anzuwenden. Die Verhandlungen werden Anfang Januar fortgesetzt.

Lettland

Neues Gesetz betreffend Flachs- und Hanfmonopol. Ein vom Ministerrat erlassenes und am 15. 12. 34 in Kraft getretenes Gesetz regelt neu die Uebernahme und Ausfuhr von Bastfasern in rohem und bearbeitetem Zustande. Monopolisiert wird damit neben der Flachswirtschaft nun noch die Hanfwirtschaft, mag auch diese einstweilen keinen nennenswerten Umfang in Lettland erreicht haben. Aber es ist das Bestreben der staatlichen Wirtschaftsleitung, die Erzeugung von Hanf erheblich zu fördern und damit auch die Einfuhr von Hanf, Hanfhede und Hanfsaat, die in den letzten Jahren auf zusammen 0,2 Mill. Ls. gekommen war, gänzlich auszuschalten, zugleich aber den Bezug von Seegras aus dem Auslande einzudämmen. Im übrigen bedeutet das neue Gesetz eine Neufassung wichtiger früherer bastfaserwirtschaftlicher Bestimmungen und eine Verzehnfachung der für die Nichtbeachtung vorgesehenen Geldbußen, deren Höchstmaß nunmehr mit 2000 Ls. bestimmt wird bei gleichzeitiger Einziehung beschlagnahmter Waren.

Bisher 100 000 to Getreide übernommen. Bis zum 10. 12. 34 hat das Landwirtschaftsministerium von den Bauern 56 985 to Roggen, 41 753 to Weizen und 31 to Gerste übernommen. Das sind zusammen rund 99 000 to Getreide, wovon 5000 to Roggen und 7500 to Weizen auf dem Binnenmarkt abgesetzt wurden, während die Spritbrennereien 2700 to Roggen erhielten. Ins Ausland wurden 32 400 to Roggen und 1000 to Weizen ausgeführt. Mithin sind die Staatsspeicher noch recht voll, während weitere Uebernahmen bevorstehen. Für die Getreideübernahme sind 18,4 Mill. Ls. ausgegeben worden.

Verkaufszentrale für Butter. Der Verkauf von Butter wird in Zukunft für In- und Ausland an einer Stelle vereinigt. Die bisherigen 7—8 Ausfuhrfirmen sollen ebenso wie die Einkaufsfirmen bestehen bleiben, jedoch ist alle Handelsbutter zuletzt an oder durch die noch zu gründende Zentrale weiterzuliefern. Genaueres wird bis zum 1. 1. 35 bestimmt werden.

Organisierung der Kleesaatwirtschaft für Ausfuhrzwecke. Das Landwirtschaftsministerium hat Bestimmungen erlassen, die eine Neuregelung der Ueberwachung der Kleesaatwirtschaft bedeuten. Alle Saatenzüchter müssen einem der schon bestehenden oder noch zu gründenden Fachvereine beitreten, damit sie Rotklee für Ausfuhrzwecke abliefern können.

Verzeichnis der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Der Rigaer Börsenkomitee legt folgendes Verzeichnis der Preise (je dz, Eier je Kiste) für landwirtschaftliche Erzeugnisse nach dem Stande vom 30. 11. 34 vor.

Gustav Schulz
Stettin, Neue Königstraße 4
Fernsprecher Nr. 36302 und 36322
Reederei und Verfrachtungs-Geschäft
Regelmässige Dampfschiffsverbindung
Stettin — Bergland — Lübzin
Gestellung von
Bugsier- und Bergungsdampfern, sowie Vermietung von Personendampfern für Vereinsfahrten und Schulausflüge

GEBR. KOLBE
Maschinenfabrik · Kessel-Schmiede · Schiffsreparaturen
STETTIN
MARIENSTRASSE 1 FERNSPRECHER 30883

Benennung der Waren	Von — Lat	bis
Leinsaat: Säe- 95 %	23,37	bis 23,81
„ Schlag- 95%	21,52	„ 22,14
Hafer, Basis 70 Pf. holl., ab Lager oder Waggon	9,50	„ 10,50
„ Basis 80 Pf. holl., ab Lager oder Waggon		
Gerste, hiesige, Futter- ab Lager	13,—	„ 14,—
„ hiesige, Brau- oder Waggon	15.—	„ 16,—
Roggen, Freiverkaufspreis	13,—	
„ Regierungspreis	19,—	
Weizen, Freiverkaufspreis	17,—	„ 18,50
„ Regierungspreis	27,—	
Butter: I. Sorte (Deutschland)	144,—	„ 149,—
„ I. Sorte (England)	95,—	„ 92,—
Speck aller Art	140,—	„ 195,—
Schinken aller Art	150,—	„ 180,—
Eier (1 Kiste 1440 Stück)	150,—	„ 180,—

Zuchtschafe aus Schweden. Nachdem in diesem Jahr größtenteils Zuchtschafe aus Deutschland zur Veredlung des einheimischen Schafbestandes bezogen wurden, sind letzthin 78 Tiere aus Schweden eingeführt und unter Schafzüchter verteilt worden. Die schwedischen Zuchtschafe sind Nachzucht von Shropshire und Oxfordshire.

Die staatlichen Holzaufbereitungen im Wirtschaftsjahr 1933/34. Im Wirtschaftsjahr 1933/34 hat das Forstdepartement in eigener Regie aufbereitet: 879 000 cbm Nadelholz- und 87 000 cbm Laubholzbalken und -klötze, 243 000 Standard Grubenholz, 400 000 Standard Papierholz und 541 000 Standard Brennholz.

Starke Zunahme der Industrieunternehmungen in den letzten 12 Jahren — Unveränderter Beschäftigungsstand der Industrie im 3. Vierteljahr. Die Zahl der Industrieunternehmungen hat sich in den Jahren 1922—1933, mit alleiniger Ausnahme von 1926, ständig vergrößert. 1922 wurden 1906 Betriebe mit mindestens 5 Beschäftigten bzw. mit mechanischer Arbeitskraft gezählt, 1924: 2598, 1928: 2887, 1930: 3013 und 1933: 3788. Der Gesamtzuwachs beträgt demnach fast 100%.

Für den Zeitraum 1922—1933 erhält man folgende Vergleichsstatistik:

	1933	1922
Gruben und Steinbrüche	12	5
Keramik usw.	109	47
Metallindustrie	416	174
Chemische Industrie	125	63
Lederindustrie	74	50
Textilindustrie	295	207
Holzindustrie	459	346
Papierindustrie	37	29
Polygraphische Industrie	153	82
Nahrungsmittelindustrie	1644	804
Bekleidungs- und Schuhindustrie	213	34
Bauwesen	133	20
Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke	74	43
Reinigungsanstalten	44	2
Zusammen	3788	1906

Die Zahl der Beschäftigten erreichte im letzten Jahr 70 387 Personen gegen 61 604 im Vorjahr; das bedeutet eine Zunahme um 14—15%. Im dritten Jahresviertel hat sich der Beschäftigungsgrad der Industrie fast unverändert gehalten. Die Zahl der in den Krankenkassen versicherten, in der Industrie tätigen Personen stellte sich in den Monaten Juli, August und September auf 83 814, 83 221 und 83 827. Ein Rückgang des Beschäftigungsgrades ist in der Holzindustrie und im Bauwesen festzustellen; er wird jedoch durch die Mehrbeschäftigung aller anderen Industriezweige ausgeglichen.

Seedepartement gegen Anheuerung ausländischer Matrosen. Das Seedepartement hat die einheimischen Reedereien aufgefordert, nach Möglichkeit keine Seeleute fremder Staatsangehörigkeit einzustellen, damit die einheimischen Kräfte mehr Beschäftigung finden als bisher.

Estland

Milderung der Devisenzwangswirtschaft — Verkauf von Reichsmarknoten und -münzen freigegeben. Die Eesti Bank hat nun zur Denkschrift des Bankenverbandes Stellung genommen, in der um die Lockerung der Devisenbewirtschaftung nachgesucht wurde. Der Aufsichtsrat beschloß, den Privatbanken das Recht zu geben, Devisen für die Wareneinfuhr aus Ländern, mit denen Estland eine aktive Handelsbilanz hat, gegen Warendokumente und Zollquittung frei zu verkaufen, soweit es sich um Devisen handelt, die nicht dem Clearingverkehr unterliegen. Durch diese Verfügung ist lediglich der Verkauf von Pfund Sterling erleichtert worden, weil der Weg über die Valutakommission vermieden wird. — Ferner beschloß die Eesti Bank, den Verkauf von Reichsmark- und Latnoten und deutschen wie lettländischen Münzen vollkommen freizugeben.

Die Regelung der Sprachenfrage in Aktiengesellschaften — Ersatz der ausländischen Sachverständigen durch inländische. Ein Gesetzentwurf, der demnächst in Kraft gesetzt werden soll, bestimmt, daß die Mitglieder der Verwaltung und des Aufsichtsrats in ihrer Mehrheit estländische Staatsbürger sein müssen und die estnische Sprache zu beherrschen haben. Der Innenminister kann in Vereinbarung mit dem Wirtschaftsminister die Fristen für die Erfüllung dieser Forderung festsetzen, doch darf sie 40 Tage nicht überschreiten. Falls die Forderung nicht erfüllt wird, so kann die Verwaltung bzw. der Aufsichtsrat der betr. Gesellschaft für ungesetzlich erklärt werden. Auch hat der Innenminister in diesem Falle das Recht, von sich aus Mitglieder der Verwaltung und des Aufsichtsrats zu ernennen.

Ein weiterer Gesetzentwurf schreibt vor, daß die Bücher und Rechnungen, ebenso auch die inländische Korrespondenz in geschäftlichen Unternehmungen, die laut Gesetz zur Buchführung verpflichtet sind, ab 1. 1. 35 in estnischer Sprache zu führen sind. Ausnahmen werden bei Unternehmungen gestattet, die auf einer Konzessionsgrundlage arbeiten, die als Filialen ausländischer Gesellschaften bestehen oder deren Aktienmehrheit sich in Händen einer ausländischen Gesellschaft befindet.

Der Wirtschaftsminister hat der Regierung einen Gesetzentwurf über die Ergänzung des Gesetzes über die Arbeitsbewilligung für Ausländer vorgelegt, das demnächst in Kraft gesetzt werden soll. Auf Grund dieses Entwurfs erhält der Wirtschaftsminister das Recht, die Handels- und Industrieunternehmen zu verpflichten, jedem ausländischen Arbeiter oder Angestellten einen oder zwei estnische Staatsbürger zur Seite zu stellen, um sie zu schulen und zu Sachverständigen auf dem betr. Gebiet auszubilden. Fehlt die Möglichkeit zu dieser Ausbildung, so kann der Wirtschaftsminister sie durch eine Zahlung von 120 Kr. pro Monat für jeden Auszubildenden oder 1200 Kr. pro Unternehmen ersetzt werden, welche Summen seitens der Verwaltung des Kulturkapitals zu den entsprechenden Zwecken verwendet werden.

Erweiterung der Liste des Einfuhrlizenzverfahrens. In die Liste der Einfuhrwaren, die dem Bewilligungsverfahren unterliegen, sind folgende Waren mit Wirkung ab 14. 12. 34 aufgenommen worden:

§ 135 des Einfuhrzolltarifs. Alle Arten organische, synthetische Färbestoffe (Pigmente), darunter auch Jod enthaltende, wie: Jodgrün Diamin, Cyamin, Chinolin-Blau u. a., desgl. Pigmente der Sulfosäure-Derivate, deren Basen und Leukoverbindungen, auch Verbindungen und Mischungen von Pigmenten mit anorganischen Basen und Salzen (Pigmentlacke oder Balkane, wie Krapplack u. a.); Alizarin und Alizarinlack; Indigotin (trockener Indioextrakt).

Aus § 185 des Einfuhrzolltarifs. Seiden- und Kunstseidengarn, gesponnen oder zu Zwirn gedreht: P. 3 aus Kunstseide, ohne Beimischung von natürlicher Seide.

Die estländische Handelsflotte war bis Mitte November, als aus verschiedenen, vom Frachtenmarkt unabhängigen Gründen, ca 10% der Gesamttonnage aufgelegt war, recht gut beschäftigt. Die meisten Schiffe führten Holz von Estland und Finnland nach England und eine größere Anzahl von Schiffen war auf time charter nach England vergeben. Ein ähnliches Geschäft mit Rußland ist in diesem Jahre nicht zustande gekommen.

Freie Stadt Danzig

Danzigs Warenverkehr im letzten Jahrfünft. Der Warenverkehr im Hafen von Danzig hat in den ersten zehn Monaten d. J. infolge der Auswirkung des Danzig-polnischen Hafenabkommens gegenüber dem Vorjahre eine beachtliche Zunahme erfahren und betrug 526 900 to in der Einfuhr und 4,8 Mill. to in der Ausfuhr. Der seit 1930 einsetzende Rückgang des Warenverkehrs ist aufgehalten worden. Das ziffernmäßige Bild des Warenumschlags ist aus folgender Aufstellung ersichtlich:

Januar bis Oktober	Einfuhr in to	Ausfuhr in to
1930	950 300	5 800 000
1931	655 300	6 200 000
1932	359 300	4 000 000
1933	400 070	3 600 000
1934	526 900	4 800 000

Demnach ist die Einfuhrmenge in diesem Zeitraum, trotz der Steigerung der beiden letzten Jahre um 19,8%, um 44,5% geringer geworden, während die Ausfuhrmenge nach einer Steigerung im Jahre 1931 um 6,9% einen Rückgang um 17,3% aufweist. Von den einzelnen Waren haben in den ersten zehn Monaten im Durchschnitt dieses Jahrfünfts eine Verminderung der Einfuhr zu verzeichnen gehabt: Erze um 68%, Chemikalien und Kunstdünger um 32,9%, Salzheringe um 30,5% und Metalle und Metallwaren um 4%. In der Ausfuhr ist bei Kohle ein Rückgang um 43,7% zu verzeichnen, dagegen ist bei Holz eine Zunahme um 1,4% und bei Getreide sogar um 90% eingetreten.

Fortfall von Kompensationsscheinen beim Export nach europäischen Ländern. Von der Kammer für Außenhandel zu Danzig wird mitgeteilt:

Bekanntlich wurde eine Anzahl von Waren beim Export nach Uebersee sowie nach europäischen Ländern zur sogenannten ausgleichenden Ausfuhr zugelassen. Die für den Export solcher Waren ausgestellten Bescheinigungen (Kompensationsscheine) gelten für den Exporteur als eine Art Ausfuhrprämie.

Diese dem Exporteur zukommende Unterstützung soll ab 1. Januar 1935 nur noch bei dem Export nach den überseeischen Ländern Anwendung finden. Von diesem Zeitpunkt an werden Kompensationsscheine für den Export nach den Europaländern nicht mehr ausgestellt.

Polen

Vorwürfe gegen die Polnische Gesellschaft für Kompensationshandel. Im Krakauer „Ilustrowany Kuryer Codzienny", der gute Beziehungen zum Regierungslager unterhält, ist im Handelsteil ein Artikel erschienen, der gegen die Polnische Gesellschaft für Kompensationshandel schwere Vorwürfe enthält und ihre Tätigkeit in Erfüllung des deutsch-polnischen Kompensationsabkommens kritisiert. Es wird der Gesellschaft u. a. vorgeworfen, daß sie durch ihre Maßnahmen die Einfuhr der im Abkommen vereinbarten Warenmengen aus Deutschland überaus erschwert, so daß der polnischen Wirtschaft schon heute über 8 Mill. Zl., die von den deutschen Importeuren für polnische Waren bei der Dresdner Bank in Berlin eingezahlt wurden, wieder eingefroren sind. Weiter wird die Frage aufgeworfen, wer an den Reichsmarküberweisungen der polnischen Importeure für deutsche Waren verdiene, da die Importeure die deutschen Rechnungen in Zloty zum Börsenkurse der Reichsmark einzahlen müßten und es unbekannt sei, mit welchen Mark, Register-, Sperr- oder Barmark, die alle zu verschiedenen Kursen zu haben seien, die Kompensationshandelsgesellschaft die deutschen Exporteure bezahle.

Polens Zuckerverbrauch. Die polnischen Zuckerfabriken haben im November im Inlande 22 512 to Zucker abgesetzt gegenüber 23 150 to im November 1933. Ausgeführt wurden 14 265 to Zucker gegenüber 15 581 to in der gleichen Zeit des Vorjahres. In den ersten zwei Monaten der diesjährigen Zuckerkampagne, d. h. im Oktober und November, wurden im Inlande 46 647 to Zucker abgesetzt gegenüber 44 751 to im Vorjahr und 33 283 to ausgeführt gegenüber 31 677 to in den Monaten Oktober und November des Vorjahres.

Im Sejm ist ein Gesetzentwurf von der Regierung eingebracht worden, mit dem ein Zuschlag zur Zuckersteuer in Höhe von 5 Zl. je 100 kg eingeführt werden soll. Diese Steuer soll von den Verbrauchern getragen werden.

Die polnische Kohlenausfuhr nach Finnland. In Gdingen fanden Verhandlungen zwischen den Vertretern der polnischen Kohlenkonvention sowie der ostoberschlesischen Kohlenindustrie und den Vertretern der finnländischen Kohlenimportfirmen über die Ausfuhr polnischer Kohle nach Finnland statt.

Schwimmende Ausstellung nach dem Fernen Osten. Der am 19. Januar 1935 von Gdingen abgehende regelmäßige Dampfer der britischen Far East Line wird im Zwischendeck die vielbesprochene schwimmende Ausstellung von Mustern und Proben polnischer Ausfuhrwaren nach dem Fernen Osten mitnehmen. Die Ausstellung soll in allen fernöstlichen Häfen, die der Dampfer anläuft, gezeigt und unter Umständen an einem Platze, der besonderes, konkretes Interesse an dieser Ausstellung bezeigt, für dauernd ausgeschifft werden. Die Ausstellung umfaßt in der Hauptsache Muster von Erzeugnissen der Holz- und der Eisenindustrie, Röhren, Steingutwaren, Geweben und Konfektion, sowie von Fleischwaren und Artikeln der Konservenindustrie.

Rußland

Die Erneuerungsbedürftigkeit der maschinellen Ausrüstung der Industrie. Das Organ des Volkskommissariats für die Schwerindustrie „Sa Industrialisaziju" erörtert die grundsätzlich wichtige Frage der Abnutzung und Erneuerungsbedürftigkeit der maschinellen Ausrüstung der neuaufgebauten Sowjetindustrie. „Sa Industrialisaziju" meint, die Er-

Rückforth Weinstuben
Vorzügliche Küche und Keller / Delikatessen der Saison
Kleine und große Gedecke
Stettin, Kaiser-Wilhelm-Denkmal

fahrungen der Jahre 1932 und 1933 nötigen zu der Schlußfolgerung, daß diejenige maschinelle Ausrüstung, die während des ersten Fünfjahresplanes angeschafft wurde, bereits bei Ende des zweiten Fünfjahresplanes (also Ende 1937) „zu ernster Quelle von Ausfällen innerhalb der industriellen Gesamtausrüstung" werden könnte. „Sa Industrialisaziju" behandelt besonders diejenigen Industriezweige, in denen chemische und Wärmeprozesse eine entscheidende Rolle spielen und stellt fest, daß diese Industriezweige schon gegenwärtig abnorme Aufwendungen für Ausrüstungsreparaturen benötigen. Schuld daran trügen Projektierungsfehler, Mängel der Bauanlagen, vor allem falscher Umgang mit der Ausrüstung. Eine besonders zerstörende Wirkung würde oft dadurch hervorgerufen, daß ohne Rücksicht auf die Erfordernisse der betreffenden technischen Prozesse unregelmäßige Ueberbelastungen vorgenommen würden. Durch mißbräuchliche „Stoßarbeitsmethoden" und sogenanntes „alle Mann an Bord" würden maschinelle Havarien herbeigeführt und Bruch gemacht. „Sa Industrialisaziju" tadelt auch die Maßnahmen von falscher Rationalisierung, die Anwendung ungeeigneter Surrogate und erwähnt, daß beispielsweise in der metallverarbeitenden Industrie allein im Jahre 1932 von sämtlichen Metallschneidemaschinen 23% eine Totalreparatur erforderten. Der Artikel der „Sa Industrialisaziju" lenkt die Aufmerksamkeit auf die prinzipiell wichtige Frage des russischen industriellen Aufbaus.

Günstige Abwicklung der russischen Holzausfuhr über Leningrad. Wie berichtet wird, sind im laufenden Jahre aus dem Leningrader Hafen insgesamt 1378 Schiffe mit Holzladungen ausgelaufen. Der Holzexportplan der Leningrader Abteilung der staatlichen Holzausfuhrgesellschaft „Exportles" wurde dabei drei Wochen früher, als im Voranschlag festgesetzt war, ausgeführt.

Nach Angaben der Sowjetstatistik ist Holz der wichtigste russische Exportartikel in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres gewesen. Es wurden in der Berichtszeit 4 345 225 to Holzmaterialien im Werte von insgesamt 58,1 Mill. Rubel ausgeführt gegenüber 3 491 535 to im Werte von 43,2 Mill. Rbl. im entsprechenden Zeitabschnitt des Vorjahres. Die russische Holzausfuhr zeigt mithin sowohl mengenmäßig als auch wertmäßig eine starke Zunahme.

Holzbereitstellungen. Nachdem im ganzen Gebiet von Archangelsk infolge reichlichen Schneefalls und Frostwetters jetzt gute Schlittenwege vorhanden sind, ist mit dem Abtransport des gefällten Holzes aus den Wäldern begonnen worden. Bis zum 1. Dezember d. J. hat der Holztrust Nordrußlands „Sewles" 3 Millionen Kubikmeter Holz bereitgestellt, das sind 24% des Jahresplanes. Im Vergleich zum entsprechenden Zeitabschnitt des Vorjahres sind vom Trust 800 000 Kubikmeter Holz mehr bereitgestellt worden.

Flachsbereitstellungen. Nach den vorliegenden sowjetamtlichen Berichten ist der Jahresplan der Flachsbereitstellungen bis zum 5. Dezember in Sowjetrußland zu 78,2% ausgeführt worden. Wie üblich, werden Mengenangaben nicht gemacht. Am günstigsten sind die Ergebnisse im Moskauer Gebiet, in dem der Jahresvoranschlag mit 100,1% durchgeführt wurde. Sehr stark im Rückstande mit den Flachsbereitstellungen sind vor allem die Gebiete Swerdlowsk, Tschelljabinsk, West- und Ostsibirien und die Ukraine. So ist z. B. der Flachsbereitstellungsplan in Ostsibirien nur zu 5,5% und in Westsibirien nur zu 19,9% ausgeführt worden.

Finnland

Außenhandel. Im November 1934 betrug der Wert der Einfuhr 448,1 Mill. Fmk., der Wert der Ausfuhr 549,6 Mill. Fmk., mithin der Ausfuhrüberschuß 101,5 Mill. Finnmark.

Für 11 Monate 1934 ergibt sich jetzt ein Ausfuhrüberschuß von 1293,2 Mill. Fmk. gegen 1270,9 Mill. Fmk. in der gleichen Zeit 1933 und 1097,0 Mill. Fmk. 1932.

Verlängerung der Handelsabkommen mit Deutschland. Am 22. 12. 34 ist im Auswärtigen Amt in Berlin ein Protokoll unterzeichnet worden, durch das der deutsch-finnländische Handelsvertrag vom 24. 3. 34, der am 31. 12. 1934 abläuft, bis zum 31. 12. 1935 verlängert wird. Der Vertrag gilt als jeweils um ein Jahr verlängert, wenn die beiden vertragschließenden Teile sich bis zum Ende des vorhergehenden Jahres darüber verständigt haben.

Bevorstehende Verlängerung des handelspolitischen Ermächtigungsgesetzes bis Ende 1935. Das am 30. 12. 33 erlassene Gesetz zum Schutze des finnischen Außenhandels läuft Ende dieses Jahres ab. Die Regierung hat daher dem Reichstag in einem Gesetzentwurf die Annahme eines gleichen Gesetzes für das Jahr 1935 empfohlen.

Die Begründung des Gesetzentwurfs lehnt sich stark an die Vorgänge für 1933 und 34 an. Diesmal hebt die Regierung aber besonders hervor, daß in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise fast alle europäischen Länder nach wie vor bewußt eine die Freiheit des Handels einschränkende Politik fortführten, sie sogar durch Suche nach neuen Formen zu verschärfen trachteten. Dieser Zustand könne dem finnländischen Außenhandel gefährlicch werden. Durch die Bestrebungen der Regierung, die bisherige Freiheit des Handels weiter aufrechtzuerhalten, fehle ihr aber die Möglichkeit, ihren Außenhandel mit den gleichen Mitteln wie andere Länder zu schützen. Sie will daher in der Lage sein, etwa notwendig werdende Schutzmaßnahmen im Verordnungswege treffen zu können. Nebenbei hofft sie, daß das Gesetz gleichzeitig andere Länder davor warnt, durch entsprechende Maßnahmen den finnländischen Außenhandel zu erschweren.

Die Regierung führt weiter an, daß sie die mit Griechenland und der Türkei abgeschlossenen Kompensations- bzw. Handelsabkommen und das mit Estland verlängerte Protokoll über Zahlungen auf Grund des Gesetzes für 1934 im Verordnungswege in Kraft gesetzt hat. Da diese Verordnungen mit Ende dieses Jahres außer Kraft gesetzt werden würden, die Abkommen aber wahrscheinlich weiter bestehen bleiben, müßten die bisherigen Vollmachten verlängert werden.

Das Gesetz, welches textlich mit dem jetzigen fast wörtlich übereinstimmt, soll bis Ende 1935 Gültigkeit haben.

Zolleinnahmen. Im Zusammenhang mit dem Steigen der finnländischen Einfuhr haben die Importzölle in den ersten elf Monaten 1934 1400 Mill. Fmk. ergeben, d. s. 150 Mill. Fmk. mehr, als im Budget veranschlagt war. Die Zolleinnahmen sind bisher um 190 Mill. Fmk. höher als im entsprechenden Zeitabschnitt des Vorjahres.

Holzlieferungen nach Norwegen. Die staatliche Forstverwaltung in Finnland hat dieser Tage der norwegischen Aktiengesellschaft Pasvik Timber Co. 201 291 Baumstämme aus dem Enare-Distrikt im Gesamtbetrage von 3,4 Mill. Fmk. verkauft. Das Holz wird von der Forstverwaltung nach dem norwegischen Eismeerhafen Kirkenäs gebracht.

Verhandlungen über den Transit russischer Waren. Eine finnländische Handelsdelegation hat kürzlich in Sowjetrußland geweilt. U. a. wurden von der Delegation mit den zuständigen Sowjetstellen Verhandlungen über den Transit russischer Waren über gewisse Winterhäfen Finnlands während der Zeit, in der der Leningrader Hafen geschlossen ist, geführt.

Wechselproteste. Im November 1934 kamen 228 Wechsel auf eine Gesamtsumme von 0,9 Mill. Fmk. zum Protest, im November 1933 aber 473 Wechsel mit 2,8 Mill. Fmk.

In 11 Monaten 1933 waren es 8246 Wechsel mit 40,3 Mill. Fmk., in der gleichen Zeit 1934 aber bloß 3786 Wechsel mit 17,1 Mill. Fmk.

Deutsch-Schwedischer Nachrichtendienst

Belegstücke nach Greifswald, Roonstr. 9 erbeten.

Herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft zum Studium Schwedens und dem Schwedischen Institut der Universität Greifswald durch Prof. Dr. D. h. c J. Paul

Erscheint monatlich

Belegstücke nach Greifswald, Roonstr. 9 erbeten.

1. Januar 1935 Nr. 1 | Als Manuskript gedruckt. Kostenloser Abdruck mit Quellenangabe gestattet. | 8. Jahrgang

Aus den Deutsch-schwedischen Vereinigungen.

Greifswald: Am 3. Dezember verloren wir unser langjähriges Mitglied, den ordentlichen Professor der Geschichte, Dr. Hans Glagau. Er gehörte der Deutschen Gesellschaft zum Studium Schwedens seit ihrer Begründung an und war uns stets ein treuer Freund.

Nachdem die Gesellschaft am 8. Dezember durch mehrere Mitglieder bei der Lucia-Feier der Deutsch-schwedischen Vereinigung in Stralsund vertreten war, konnten wir unsere eigene Lucia-Feier am 15. 12. im gewohnten Rahmen und unter Beteiligung von über hundert Gästen begehen. Sie scheint bei allen Teilnehmern angenehme Erinnerungen zurückgelassen haben.

Mit dieser Nummer des Deutsch-schwedischen Nachrichtendienstes beginnt ein neuer Jahrgang. Damit werden auch die Mitgliedsbeiträge fällig und wir bitten, sich zu ihrer Ueberweisung des Kontos 921 bei der Stadtsparkasse Greifswald zu bedienen.

Stettin: Am 4. Dezember hielt Herr Major Gutschmidt-Berlin einen Lichtbilder-Vortrag über seine Eindrücke auf einer 19 tägigen Seereise mit dem Dampfer „Wartburg" der Reederei Gribel-Stettin nach den Häfen Westschwedens und den Fjorden Norwegens. Die Lichtbilder zeigten eigene Aufnahmen des Vortragenden. Der Vortrag war sehr gut besucht und gab die Anregung, solche Fahrten im Jahre 1935 in größerem Maßstab zu wiederholen. Ein Kabinenplatz kostet für diese 19 tägige Seereise einschließlich voller, erstklassiger Einheitsverpflegung 160—240 M., je nach der Lage der Kabine. Wir könnten auch eine etwa 10 tägige Fahrt nach Stockholm—Visby unternehmen. Wie wäre es, wenn wir Vereinigungen von Greifswald, Stralsund und Stettin diesen Dampfer zu einer Fahrt für 1935 chartern würden? Anfragen beantworte ich gern. Jedenfalls werde ich diese Anregung zu gegebener Zeit, also im Frühjahr 1935, wiederholen.

Am 13. Dezember feierten wir das Luciafest mit etwa 100 Mitgliedern und Gästen. Herr Dr. Dibbelt-Kolberg sprach über die Entstehung und Bedeutung der Luciafeier. Die Damen hatten alles aufs beste vorbereitet: die Tafel reich geschmückt und leckeren Kuchen gebacken. Der sachkundig gebraute Weihnachts-Glögg fand reißenden Absatz.

Am 19. Januar, nicht wie vorgesehen am 12. Januar, feiern wir unser Winterfest, zu dem die Einladungen noch rechtzeitig ergehen werden.

Dr. Preußner.
Stettin, Gottfried-Keller-Weg 2 a.

(DSN.) Freiwillige allgemeine Sammlung für die olympischen Spiele in Schweden.

Die sozialdemokratische Regierung Schwedens hat den von dem olympischen Komitee für die Spiele in Berlin 1936 erbetenen Anschlag abgelehnt. Darauf hat sich Gesellschaft „Manhem", die sich eine schärfere Betonung der nationalen Belange Schwedens zur Aufgabe gemacht hat, an den Prinzen Gustaf Adolf gewandt, der an der Spitze des Reichssportbundes steht und hat ihn gebeten, zu einer allgemeinen Sammlung aufzurufen, damit Schweden bei der Berliner Olympiade würdig vertreten wird. Die Gesellschaft Manhem hat sofort 5 000 Kr. für diesen Zweck zur Verfügung gestellt.

(DSN.) Der Luftschutz in Stockholm.

Bei der letzten Versammlung des schwedischen Technologen-Vereins in Stockholm wurde der Luftschutz der Zivilbevölkerung erörtert. Während die Militärbehörden Maßnahmen ergreifen müßten, um die Flugzeuge an der Erreichung ihres Zieles zu verhindern, sei es die Pflicht der Zivilbehörden, für den Fall eines Durchbruchs durch die Verteidigungslinie einen angemessenen Luftschutz der Zivilbevölkerung zu organisieren. Es wurden Pläne entwickelt, nach denen die Straßenbeleuchtung auszulöschen, lebenswichtige Betriebe einzunebeln und die Bevölkerung in bombenfesten Schutzkellern unterzubringen wäre, deren Bau man in Angriff nehmen müßte. Weiter wurde in Vorschlag gebracht, die Feuerwehr ganz besonders auf die Ablöschung der Brände, die bei einem Luftangriff entstehen, einzuüben.

Reichstagsjubiläum 1935.

Außer in Stockholm wird das 500 jährige Jubiläum des Schwedischen Reichstags auch in Arboga gefeiert, wo der erste schwedische Reichstag stattfand und zwar am 27. Mai 1935. Hierbei findet zuerst eine Gedächtnisfeier in der Heiligen Dreifaltigkeitskirche (13.—14. Jahrhundert) statt, worauf das durch eine Reichsspende geschaffene Engelbrechts-Denkmal des Bildhauers Carl Eldh enthüllt wird.

(DSN.) Verkehrssicherheit in Schweden.

Im Zusammenhang mit der Gründung einer Vereinigung, die die Verkehrssicherheit in der Hauptstadt und auf dem Lande fördern will, ist die Frage wieder aufgeworfen worden, ob man wie bisher in Schweden links fahren solle oder ob man die Fahrseite ändern und sich damit der Fahrtordnung aller anderen Nationen auf dem Kontinent angleichen solle. Von den Gegnern der Aenderung wurde angeführt, daß die Umschaltung eine große Vermehrung der Unglücksfälle unmittelbar zur Folge haben würde. Von der anderen Seite wurde darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige Regelung eine große Gefahr für die im Ausland fahrenden Schweden sowohl wie für die in Schweden fahrenden Ausländer darstelle.

(DSN.) Nordische Historikertagung.

Vom 9.—12. August 1935 bindet in Stockholm und Uppsala die 6. Nordische Historikertagung statt. Als Veranstaltungen sind vorgesehen: Am 9. und 10. August Verhandlungen in Stockholm, am 11. evtl. ein Ausflug nach Birka, am 12. Besuch in Uppsala und Alt-Uppsala mit Bankett im Reichssaal des Schlosses. Am 13. und 14. ist eine Rundfahrt um den Mälarsee geplant, wobei Sigtuna, Skokloster, Gripsholm und Strängnäs besucht werden sollen. (Auskünfte beim Generalsekretär des Kongresses Dozent Krafft, Roslagsgatan 15, Stockholm).

(DSN.) Die Goldschürfungen in Schweden.

Der Direktor des Geologischen Untersuchungsamts Schwedens, Dr. Axel Gavelin, hat unlängst in einem Zeitungsinterview interessante Mitteilungen über die Goldschürfungsresultate in Nordschweden gemacht. Die geologischen Untersuchungen in Schweden werden mit allen modernen von der Wissenschaft zur Verfügung gestellten Hilfsmitteln betrieben.

Nach den Aussagen Dr. Gavelins zeigen die sorgfältigen Analysen der Proben, daß sich der Goldsektor Schwedens in dem Gebiete von Skellefteå befindet, wo auch die bekannten Bolidengruben liegen. Boliden ist gegenwärtig die einzige aktive Goldgrube in Schweden, aber in den letzten 15 Jahren sind nicht weniger als 40 neue Fundstätten entdeckt worden, von denen jedoch keine von derselben Bedeutung ist wie die letztgenannte.

Die größte neue Fundstätte liegt in Rakkejaure. Sie hat ein Areal von 20 000 qm, während die Bolidenlager nur 11 000 qm umfassen. Man kann noch nicht sagen, wie hoch der Goldgehalt dieser Lager ist, soll sich aber der Grubenbau lohnen, so muß nach der Meinung von Dr. Gavelin die Produktion in erster Linie auf Kupfer, Blei und Zink eingestellt werden, während Gold und Silber erst in zweiter Linie als Nebenprodukte gewonnen werden könnten.

Archäologische Funde in Schweden.

Die zahlreichen Wegebauten, die in diesem Jahre in Schweden stattfinden, haben viele Gegenstände von archäologischem Wert ans Tageslicht gebracht und die Landesmuseen bereichert.

Manche der gefundenen Gegenstände wurden auf ein Alter von 3000, 4000 und sogar 6000 Jahren geschätzt. So wurde in einem Wikingergrab in der Nähe von Uppsala ein kostbarer Siegelring gefunden, der alle bisher bekannten aus derselben Periode an Größe übertrifft, und während der Nivellierungsarbeiten auf dem Gelände des neuen Stockholmer Flughafens zu Bromma wurde ein Begräbnisplatz aus der Wikingerzeit mit vielen Gräbern, Ueberresten und Gegenständen in wohlerhaltenem Zustande freigelegt. In der Nähe von Katrineholm werden von den Archäologen Fundstellen untersucht, von denen man glaubt, daß sie 6000 Jahre alt sind und zu den ältesten in Schweden bisher erforschten Siedlungen gehören. Wichtig ist auch die Entdeckung eines bedeutenden Schatzes, bestehend aus bronzenen und goldenen Ringen bei Simrishamn in Südschweden.

Große Brückenbauten in Schweden.

In Stockholm sind in diesem Jahre nicht weniger als drei große Brücken teils vollendet, teils in Bau genommen worden. Von den drei neuen Brücken Stockholms ist die Traneberg-Brücke, die den Mälarsee überspannt und die Innenstadt mit einer der größten Gartenstädte der Umgebung Stockholms verbindet, Ende August dieses Jahres dem Verkehr übergeben worden. Die mittlere Spanne dieser Brücke besteht aus zwei parallelen selbständigen Bogen und ist mit ihrer Länge von 181 m die längste Betonspanne, die bisher gebaut wurde. Die freie Höhe über dem Wasserspiegel beträgt 27,8 m. Zusammen mit den Auffahrten ist die ganze Brücke 465 m lang und 27,5 m breit und hat besondere Strecken für Straßenbahnen, Kraftwagen und Fahrräder. Eine zweite große Brücke, Västerbron, die den nördlichen Stadtteil Stockholms mit dem südlichen verbinden soll, geht ihrer Vollendung entgegen. Sie ist aus Eisen gebaut, ist 601 m lang, 24 m breit und hat eine lichte Höhe von 24 m. Neben dieser Brücke, die im Herbst 1935 dem Verkehr übergeben werden soll, sind noch zwei kleinere im Bau, von denen die eine den Polsund und die andere den Stocksund überspannen soll. Auch einige von den Brücken, die im Lande gebaut werden, sind von ansehnlicher Größe, besonders die bei Hammar, die über den Ångermanälv führen soll, und alle anderen schwedischen Provinzbrücken an Größe übertrifft.

Mitteilungen des Vereins zur Förderung überseeischer Handelsbeziehungen zu Stettin e. V.

Zum neuen Jahr.

Allen Mitgliedern, Förderern und Freunden unseres Vereins übermitteln wir hierdurch unsere besten Wünsche für das neue Jahr. Wir verbinden hiermit zugleich den Dank für tätige Mitarbeit und gewährte Unterstützung und sprechen den Wunsch und die Hoffnung aus, daß der Ueberseeische Verein und seine Einrichtungen auch künftig Sammelpunkt nicht nur des alten bewährten Mitgliederstammes, sondern in vermehrtem Maße auch für die vorwärtsstrebende kaufmännische Jugend sein möge, die sich der hohen Aufgabe bewußt ist, welche sie im neuen Staate durch höchste Leistung zu erfüllen hat, ganz besonders aber im Hinblick auf Deutschlands Ansehen und seine wirtschaftliche Geltung und Stärkung im Ausland.

Ausreise nach Honduras. (Schluß des Berichtes unseres jüngsten Stipendiaten Gerhard Schwenn.)

Am nächsten Morgen, als noch graue Dämmerung herrschte, stand ich schon an der Reeling und sah groß und hochaufragend die Küste Jamaikas sich nähern. Es war ein wunderbarer Anblick, wie die aufgehende Sonne immer mehr und mehr durch die Wolken brach, und wie sich unter ihren Strahlen immer neue Schönheiten der Insel offenbarten. Nach kurzem Halten im Vorhafen lief die „Patuca" in Kingston ein. Der erste Eindruck war für mich verblüffend; was auf Ohr und Auge einstürmte, ließ sich in der schnellen Zeit kaum verarbeiten. Was war das für ein Geschrei, Rufen und Lärmen! Das Schiff hatte vor einem Schuppen der United-Fruit-Company festgemacht, auf dessen anderer Seite ein Schiff derselben Reederei Bananen lud. Ueberall rannten Neger, Männer und Weiber, mit allen möglichen Lumpen bekleidet, umher. Ein Mischvolk aus allen möglichen Rassen. Die Produkte dieser Kreuzungen machen gerade keinen vertrauenerweckenden Eindruck. Auch die Luft war, wie es sich bei der Hitze und den vielen unsauberen Menschen denken läßt, nicht die beste.

Interessant ist die Art, wie die noch grünen Bananen aus dem Waggon ins Schiff verladen werden. Aus dem Waggon werden die Stämme den Trägern, meist Weibern, herausgereicht, die sie dann, im Gänsemarsch hintereinander, auf dem Kopfe balancieren. Zuerst geht es vorbei an einem Kerl, der mit einem langen Messer die allzu langen Stämme an den Enden etwas behaut und gleichzeitig überflüssiges Strauchwerk und Blätter entfernt. Ich möchte nicht eine solche Last auf dem Kopfe balancieren, und solch ein Messer dicht vor meinem Gesicht vorbeisausen sehen. Dann geht es weiter, an drei Leuten vorbei, von denen zwei die Anzahl und die Klasse der Bananen notiert und der dritte die Güte, d. h. die Anzahl der „Hände" prüft, die ein Stamm trägt. Ob ein Stamm neun, acht, sieben oder weniger „Hände"

hat, sieht er mit einem Blick, Stämme mit weniger als sieben Händen werden aussortiert und kommen für die Verschickung nicht in Frage; sie decken, wie mir ein Engländer sagte, nicht die Kosten ihrer Fortschaffung. — Auf einem kleinen Spaziergang sah ich mir die Stadt ein wenig an. Zunächst geht es durch einige nicht schöne Straßen zur „City". Rum und anderer Schnaps wird an allen möglichen Ecken und mehr oder weniger freundlich aussehenden Buden angeboten. Der Rum ist billig, und wie er bei der Hitze wirkte, konnte ich abends feststellen, als einige Leute vom Schiff heranschwankten. Das farbige Volk hatte seinen Spaß daran, den weißen Mann betrunken zu sehen, und trieb mit lautem Johlen allerlei Allotria. Die Stadt hat recht ordentliche Asphaltstraßen, Steinhäuser, sehr ansehnliche Verwaltungsgebäude und eine Reihe von guten Geschäften. Es war die erste Tropenstadt, die ich sah, aber so schön, wie sie vorher gerühmt war, fand ich sie eigentlich nicht. Erst als ich später noch andere Häfen zu sehen bekam, änderte ich mein Urteil über Kingston. Seine schönsten Teile liegen ja auch weiter draußen, wo die Leute mit mehr Geld wohnen. Den ganzen Tag, von morgens bis 10 Uhr abends, lag das Schiff am Kai, und der Lärm ließ keinen Augenblick nach. Das andere Schiff war noch nicht voll beladen und noch immer wurden neue Waggons erwartet. Zwischendurch schliefen die Farbigen, irgendwie und irgendwo, zwischen den Schienen oder wo sie sonst lagen. Der Hafen selbst zeigte regen Betrieb, es waren an diesem Tage 10 Schiffe von Uebersee dort. — Am Abend desselben Tages kam dann leider eine unangenehme Ueberraschung, unser Schiff mußte nämlich seinen Kurs ändern und sollte nicht, wie ursprünglich vorgesehen, nach Tela, sondern nach dem guatemaltekischen Hafen Puerto Barrios fahren. In Tela lag nämlich nicht genügend Frucht für Ladung vor, und darum ließ die United-Fruit-Company, die ihren Sitz in Boston hat, den Kurs ändern. Die Schiffe der „Fyffes-Linie" haben sich, wenn sie ohne Last nach Amerika gehen, unterwegs nach den Anweisungen der Fruit-Company zu richten. Gottlob waren die Befürchtungen der drei übriggebliebenen Fahrgäste wegen Anschlusses nach Honduras und der Entstehung neuer Kosten unnötig. Nach drei Tagen waren wir in Puerto Barrios, wo wir die „Patuca" freudigen Herzens verließen. In dem kleinen Hafen, in dem nur einige Gebäude der Fruit-Company und dahinter die Häuser von Eingeborenen stehen, mußten wir 1½ Tag bleiben. Wir aßen und schliefen im Hause der Company und erhielten auch unsere Karten für die Weiterfahrt nach Honduras mit dem amerikanischen Schiff „Santa Martha". Straßen gibt es in dem Ort nicht; wenn man bis ans Ende des Dorfes gehen will, klettert man am besten zwischen den Gleisen der Eisenbahn nach Guatemala-City umher. Es fehlt aber nicht der „Park" mit dem Musiktempel, ein Platz mit Bäumen und Ziersträuchern und Bänken, der des Abends den Mittelpunkt des Spazierganges bildet. Solch Park fehlt wohl in keinem Ort. — Mit der „Santa Martha", einem größeren Schiff als die „Patuca", fuhren wir drei dann nach Honduras; sie stoppte sowohl in Puerto Cortez, als auch in Tela. Da ich aber ursprünglich nach Tela wollte, hielt ich es für besser, wenn ich nun auch bis dorthin fuhr, wodurch ich einen Tag später am Bestimmungsort ankam. Sonntag, den 7. Oktober, landete ich abends in Tela. Mit den erforderlichen Formalitäten ging alles gut und am nächsten Morgen brachte mich ein Flugzeug nach San Pedro Sula, ich war am Ende und Ziel meiner Reise.

Nach der Weihnachtspause nehmen wir unsere Arbeit an den Mittwoch-Abenden am 9. Januar wieder auf mit einem Vortrage des Herrn Franz Schaumann, der über Die Entstehung unseres Weltbildes sprechen wird. Am 16. Januar folgt dann ein Vortrag des Herrn Fürstenau: Die wirtschaftliche Bedeutung des Eisengewerbes.

War das Thema des 12. Dezember „Nebelheim" bis zum Tage des Vortrags noch in ziemliches Dunkel gehüllt, so brachte Herr Franz Brünke doch recht schnell die nötige Aufklärung. Er führte in die Zeit der Erdentstehung aus dem Gasnebel, berührte das Problem der Geburt der Ozeane, ging auf Wasserbildung und Wasserverbrauch in frühester Zeit und in später Zukunft ein. Von der Entstehung der Erdkruste und der Gebirge, nicht zuletzt der norwegischen Fjorde, kam er durch die geologischen Zeitalter bis zur neuesten Theorie des belg. Prof. Kaisin, der durch eine Expedition ins Erdinnere das Nichtvorhandensein des Magmas (der glutflüssigen Masse), nachweisen will. Zu all den nebelhaften Erkenntnissen der geologischen Welt gehört die gleichfalls unbewiesene Annahme über Herkunft und Dasein von Menschen in frühester Zeit. Doch aus den Zeiträumen der Jahrmillionen und Jahrtausende führte der Vortragende seine Hörer sicher über Rasseneinteilung bis zur indogermanischen und nordischen Rasse, deren Kultur bis in die Steinzeit nachgewiesen werden kann. Dolmen und Pyramiden stehen sich gegenüber. Alte Geschichte wird in uns wachgerufen. Von Aegypten über Griechenland und Rom kommen wir zu Pytheas von Massalia, der die erste Fahrt bis nach Thule unternommen haben soll. Wanderungen der Kimmerier 800 v. Chr. nach Kleinasien, die der Kimbrer und Teutonen 600 Jahre später nach Italien, die Züge der Heruler im 3. bis 5. Jahrhundert und später die der Sachsen, Dänen und Normannen sind ein bezeichnender Zug in der Weltgeschichte. Der Norweger Ottar, Ende des 9. Jahrh., hat als Erster das Nordkap umfahren. Die Sehnsucht nach dem unbekannten Norden, die den Griechen Pytheas veranlaßte, bis an den Polarkreis vorzudringen, führte erst 1200 Jahre später Ottar dazu, das Nordkap zu umsegeln und bis ins weiße Meer zu fahren. Harald Harfagr war der erste norwegische König. Nachdem nun Schritt für Schritt der Nebel durchbrochen war, zeigte der Vortragende nach kurzer Uebersicht über Norwegens Land und Leute, Kultur und Geschichte eine Anzahl von Aufnahmen von einer Reise in die Zauberwelt norwegischer Fjorde und Gletscher zur Mitternachtssonne bis zur nördlichsten Spitze Europas, zu dem steil aufragenden grauen Schieferfelsen des Nordkaps.

Franz L. Nimtz
STETTIN
Tel.: Sammelnummer 35081 — Bollwerk 1
Reederei u. Bunkerkohlen

Bezugspreis vierteljährlich 2,50, Ausland 3,— Reichsmark. — Anzeigen-Preisliste Nr. 2.
Verlag: Baltischer Verlag G. m. b. H., Stettin. Druck: Fischer & Schmidt, Stettin. Schriftleitung und Inseraten-Annahme: Stettin, Börse. Fernsprecher Sammel-Nr. 35341. Die Zeitschrift erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Zahlungen auf das Postscheckkonto des Baltischen Verlages G. m. b. H., Stettin Nr. 10164. Bankverbindung: Pommersche Bank A.-G.
Für nicht erbetene Zusendungen übernimmt der Verlag keine Verantwortung.

Steuertermin- u. Wirtschaftskalender für den Monat Januar 1935.

1. Januar:

Inkrafttreten verschiedener neuer Steuergesetze und zwar:

1. des neuen Umsatzsteuergesetzes,
2. der neuen Bestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn (neue Tabellen),
3. der neuen Bestimmungen über den Steuerabzug vom Kapitalertrag (in Zukunft auch von G.m.b.H.-Ausschüttungen),
4. des neuen Reichsbewertungs- und Vermögenssteuergesetzes (der 1. Januar 1935 ist Stichtag für die Vermögenssteuer-Neuveranlagungen 1936),
5. des neuen Kapitalverkehrssteuergesetzes,
6. der Aenderungen bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer (erhöhte Freigrenzen).

5. Januar:

1. Steuerabzug vom Arbeitslohn.
2. Ehestandshilfe.
3. Arbeitslosenhilfe.
4. Bürgersteuer für Lohnsteuerpflichtige.
   Die im Monat Dezember 1934 einbehaltenen Beträge sind zu 1. bis 3. unter gleichzeitiger Einreichung der Lohnsteueranmeldung an das zuständige Finanzamt, die einbehaltenen Beträge an Bürgersteuer an die Gemeinde abzuführen.

7. Januar:

Einreichung der Aufstellung über die im Monat Dezember 1934 getätigten Devisengeschäfte.

10. Januar:

1. Umsatzsteuer-Vorauszahlung und Abgabe der Voranmeldung für den Monat Dezember 1934 bzw. 4. Kalendervierteljahr 1934. Die bisherige Zahlungsfrist von 1 Woche ist ab 1. 1. 1935 in Fortfall gekommen. Betriebe, denen eine Fertigstellung der Umsatzsteuervoranmeldung vor dem 17. jeden Monats nicht möglich ist, können Antrag auf Verlängerung für Voranmeldung und Vorauszahlung stellen.
2. Kirchensteuer. Entrichtung einer Vierteljahresrate der evang. Kirchensteuer für Januar/März 1935 lt. Kirchensteuerbescheid 1934.
3. Börsenumsatzsteuer für Dezember 1934.
4. Anmeldung der eingegangenen Exportvaluten (Reichsbank).
5. Entrichtung der Hundesteuer (Stettin).

15. Januar:

1. Grundvermögen- und Hauszinssteuer. Entrichtung beider Steuern für den Monat Januar 1935.
2. Lohnsummensteuer für den Monat Dezember 1934 (in Stettin am 21. 1. 1935 fällig).

21. Januar:

1. Steuerabzug vom Arbeitslohn. Die in der Zeit vom 1. bis 15. 1. 1935 einbehaltenen Beträge sind, falls sie 200,— RM. übersteigen, an das zuständige Finanzamt abzuführen, sonst erst am 5. 2. 1935.
2. Bürgersteuer. Desgleichen wie 1. an die zuständige Gemeinde abzuführen.
3. Lohnsummensteuer. Entrichtung der Lohnsummensteuer für Dezember 1934 für Stettin.
4. Anmeldung der eingegangenen Exportvaluten (Reichsbank).

24. Januar:

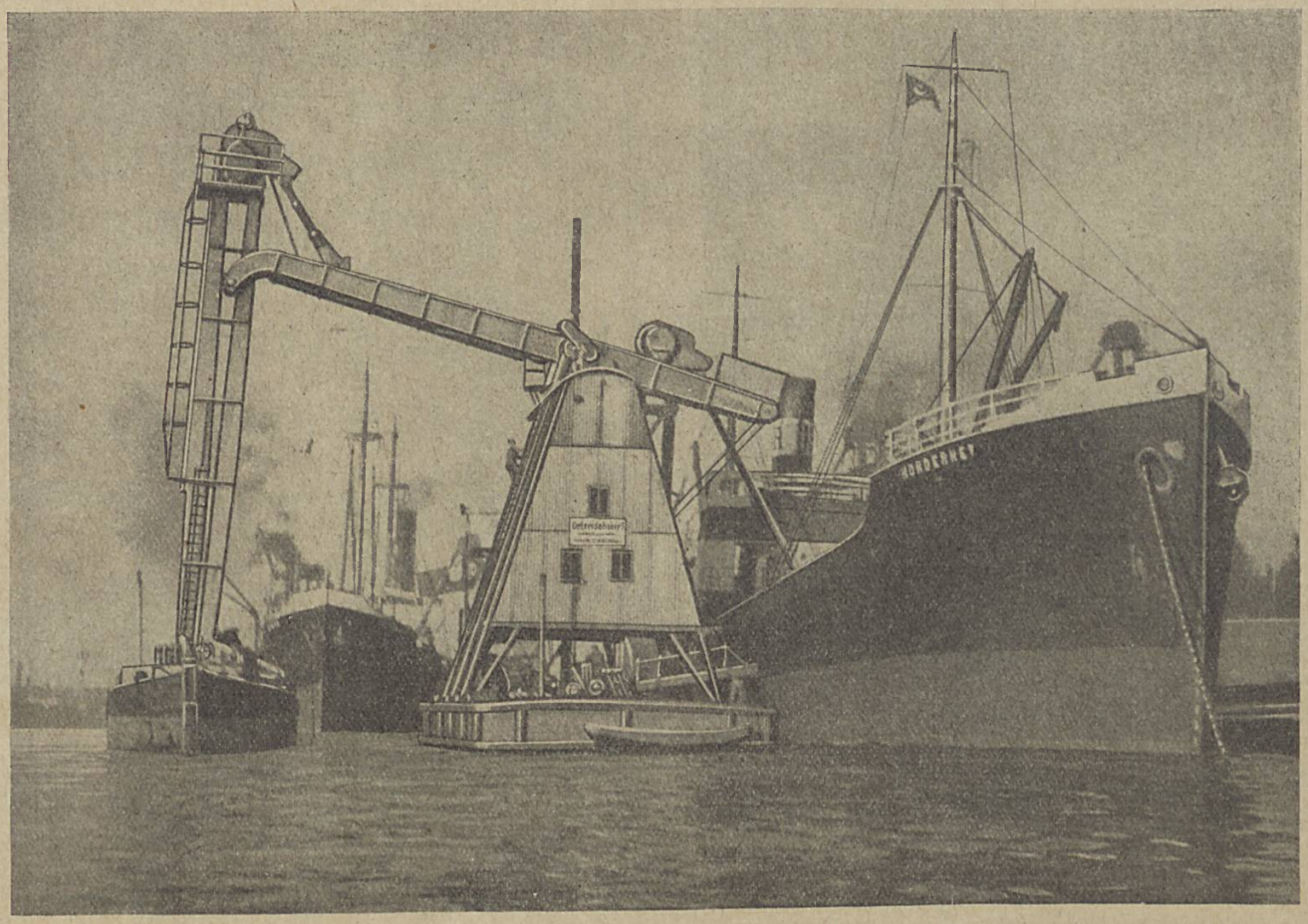
Fälligkeit der Bürgersteuer von Wochenlohnempfängern ($^1/_{24}$) lt. Steuerkarte 1934 (abzuführen am 5. Februar 1935).

31. Januar:

1. Einreichung der Lohnzettel durch Arbeitgeber an Finanzamt für Arbeitnehmer mit höherem Arbeitslohn in 1934 als 8400,— Reichsmark.
2. Anmeldung der eingegangenen Exportvaluten (Reichsbank).

NORD-OSTSEE
SCHIFFAHRT- und TRANSPORT-GESELLSCHAFT
MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG
STETTIN / AM KÖNIGSTOR 6
FERNSPRECHER 28696 :: TEL.-ADR.: „NORDOSTSEE"
BEFRACHTUNG, SPEDITION UND KLARIERUNG
ÜBERNAHME SÄMTL. SEE- UND BINNENTRANSPORTE

Hagen & Co.
Gegr. 1853
Sämtliche Oele ▫ Maschinen-Bedarf
Asbest ▫ Gummi
21673 Bollwerk 3



Billigster Getreideumschlag

aus Kähnen und Eisenbahnwagen
in Seeschiffe und umgekehrt durch

schwimmende Elevatoren

mit Leistungsfähigkeit bis zu 100 to stündlich

Die Elevatorenverwaltung

der Industrie- und Handelskammer zu Stettin

Fernsprecher 35341 und 34766

HIER LIEST MAN ÜBERALL
DEN
„OSTSEE-HANDEL"
SCHWEDEN
FINNLAND
NORWEGEN
EST-
LAND
LETTLAND
LITAUEN
DÄNE-
MARK
DEUTSCHES
REICH
POLEN
TSCHECHO-
SLOWAKEI
STETTIN
TORE
TORNEA
KEMI
LULEA
ULEABORG
KAJANA
NAMSOS
DEGERFORS
UMEA
GAMLAKARLEBY
(KOKKOLA)
JAKOBSTAD
KUOPIO
JOENSUU
DRONTHEIM
ORNSKOLDSVIK
WASA
HARNÖSAND
JYVÄSKYLÄ
SAVONLINNA
SORTAVALA
AALESUND
SUNDSVALL
MIKKELI
TAMMERFORS
HUDIKSVALL
BJÖRNEBORG
HEINOLA
LAPPEENRANTA
LAHTI
VIBORG
SÖDERHAMN
RAUMA
RIIHIMÄKI
FREDRIKSHAMN
LOVISA
BORGA
KOTKA
GÄFLE
ABO
SALO
BERGEN
FALUN
SANDVIKEN
TIERP
SÖDERFORS
HELSINGFORS
HANGÖ
NARVA
OSLO
DRAMMEN
HORTEN
SPRYDEBERG
ÅRVIKA
UPSALA
ENKÖPING
REVAL
HAUGESUND
TÖNSBERG
EIDSBERG
MOS
ESKILSTUNA
STOCKHOLM
SKIEN
FREDRIKSTAD
KARLSTAD
LILJEHOLMEN
SÖDERTELGE
PORSGRUND
BREVIK
KRAGERÖ
LAARVIG
ÖREBRO
KATRINEHOLM
NYNÄSHAMN
STAVANGER
ARENDAL
KRISTINENHAMN
PERNAU
DORPAT
SANDNÄS
EKERSUND
GRIMSTAD
NORRKÖPING
FLEKKEFJORD
UDDEVALLA
LIDKÖPING
LYSEKIL
TROLLHÄTTAN
EKENNINGE
CHRISTIANSAND
LEMSAL
SKAGEN
MARSTRAND
JÖNKÖPING
EKSJÖ
VISBY
TABERG
OSCARSHAMN
WINDAU
RIGA
FREDERIKSHAVN
GÖTEBORG
VARBERG
THISTED
AALBORG
FALKENBERG
MITAU
AGGERSBORG
NYBRO
KALMAR
LIBAU
SKIVE
HALMSTAD
LEMVIG
RANDERS
GREENAA
SCHKUDY
HOLSTREBO
KRISTIANSTAD
KARLSHAMN
AARHUUS
HOGANAS
HELSINGBORG
SÖLVESBORG
ODDER
HORSENS
LANDSKRONA
MEMEL
VARDE
KOPENHAGEN
ESLÖF
KOLDING
MALMÖ
ESBJERG
ODENSE
SVENDBORG
YSTAD
KÖWNO
RÖNNE
KÖNIGSBERG
FLENSBG
SASSNITZ
LAUENBURG
KIEL
KÖSLIN
DANZIG
DOBERN
STRALSUND
KOLBERG
ELBING
GREIFSWALD
TREPTOW
KIRSCHAU
ANKLAM
KAMMIN
GREIFENBERG
ALTONA
HAMBURG
WILHELMSHAVEN
LAUENBURG
EMDEN
YAREL
HARBURG
GRAUDENZ
BREMEN
STARGARD
THORN
BROMBERG
WLOZLAWEK
HANNOVER
BERLIN
PLOCK
WARSCHAU
BIELEFELD
HAMELN
BRAUNSCHWEIG
MAGDEBURG
POSEN
LODZ
BOCHUM
DUISBURG
DORTMUND
KASSEL
LEIPZIG
HALLE
APOLDA
JENA
BRESLAU
OPPELN
CZENSTOCHAU
KÖLN
BONN
MARBURG
LIMBURG
FRANKFURT
ASCHAFFENBURG
BEUTHEN
KRAKAU
TARNOW
LEMBERG
PRAG
PILSEN
HOHENSTADT
NEUTITSCHEIN
DROHOBYCZ
MANNHEIM
HEIDELBERG
SAARBRÜCKEN
NECKARSULM
BRUCHSAL
KARLSRUHE
CAUNSTADT
PFORZHEIM
STUTTGART
NÜRNBERG
OBER ROSENTHAL
JGLAU
ZWITTAU
OLMUTZ
WEISSKIRCH
TREBIC-MÄHREN
BRÜNN
BUDWEIS
GRÄTZEN
EGGENBURG
BRATISLAVA
KÖNIGSFELD
MÜNCHEN

ERSTKLASSIGE
INLÄNDISCHE INDUSTRIE-
UND BUNKERKOHLEN
B.V.-BENZOL / B.V.-ARAL
BENZIN / GASÖL
SCHMIERÖL

TANKSTELLENNETZ
IN
POMMERN - GRENZMARK - MECKLENBURG
UND ANGRENZENDEN GEBIETEN

HUGO STINNES
G. M. B. H.
STETTIN, KRONPRINZENSTR. 29
FERNSPRECHER 35221

Druckschrift C 63 u. Vorschläge unverbindlich

Gerhardt & Schwarzlose
Reederei,
Verfrachtungs- u. Schleppgeschäft

Massengut-Transporte auf allen deutschen Wasserstraßen. Kahngestellung für Lagerung. Übernahme von Bugsier- u. Schlepparbeiten. Vermietung von Dampfern und Motorbooten für Fahrten aller Art. Gestellung von Eisbrechern und Bergungsdampfern

Stettin
Bollwerk 37 — Ruf 31191, 30707
(auch nach Büroschluß)

Hermann Riedel
Stettin
Getreidespedition

Verfrachtung / Umschlag
Versicherung
Lagerung in erstklassigen Getreidespeichern
Moderne Trocknungs- und Begasungsanlagen

Fernspr.: Sammel-Nr. 35071 / Telegr.-Adr.: Speriedel

STETTIN

STETTIN

Der größte und leistungsfähigste

Ostseehafen

Anschlußmöglichkeit nach

allen Häfen der Welt

Modernste Lagerhäuser

Getreideelevatoren

Eigene Hafenbahn

Kühlanlagen

Niedrige Hafenabgaben

Hafengesellschaft

Stettin = Freibezirk

Fischer & Schmidt, Stettin.